

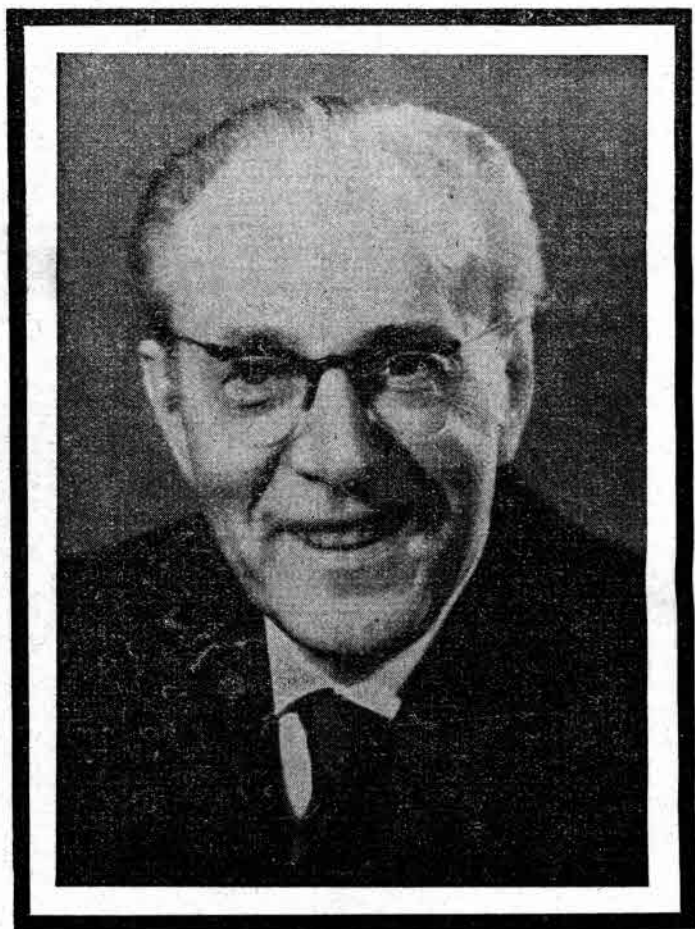
WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

19. Jahrgang / Heft 11/12

November-Dezember 1964

Einzelpreis 50 Pf



**Das Kämpferherz unseres Genossen Otto Grotewohl
schlägt nicht mehr**

11. März 1894 – 21. September 1964

In seinem Geiste für Frieden, Aktionseinheit und Sozialismus

Beileidsschreiben des ZK der KPD

An das

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,
zu Händen des Ersten Sekretärs, des Genossen Walter Ulbricht

Teure Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist tief bewegt von der Nachricht, daß unser teurer Genosse Otto Grotewohl, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Vorsitzender des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, am 21. September 1964 verstorben ist. Mit der Bevölkerung der DDR trauern die Kommunisten in der Bundesrepublik, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, fortschrittlich denkende Menschen aller Bevölkerungsschichten um diesen hervorragenden Arbeiterführer und Staatsmann, dessen ganzes Leben den Interessen der Arbeiterklasse und dem Wohle der Nation, den hohen Ideen des Friedens und des Sozialismus gewidmet war.

Über fünfzig Jahre lang stand Genosse Otto Grotewohl in den Reihen der organisierten Arbeiterbewegung, in der Front des Kampfes gegen Militarismus und imperialistischen Krieg. Seit 1910 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und seit 1912 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zog er aus den bitteren Enttäuschungen und Niederlagen, zu denen die Politik der rechten Führer der SPD an den Schnittpunkten der deutschen Geschichte geführt hatte, und vor allem aus den harten Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes die entscheidende Schlußfolgerung, daß nur die geeinte Arbeiterklasse die Verderber Deutschlands überwinden und ihre historische Aufgabe als Führerin der Nation erfüllen kann. So leistete Genosse Otto Grotewohl nach 1945 seinen hervorragenden Beitrag, um gegen den wütenden Widerstand im Antikommunismus verharrender rechter sozialdemokratischer Führer in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit den Genossen Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Friedrich Ebert die Aktiongemeinschaft und schließlich die Einheit der Arbeiterbewegung durch die Vereinigung der SPD und der KPD auf revolutionärer Grundlage im Osten Deutschlands herzustellen.

Heute kann jeder deutsche Arbeiter prüfen, welcher Weg richtig und welcher falsch gewesen ist. Die Fortdauer der Spaltung der Arbeiterbewegung in Westdeutschland ermöglichte die Spaltung Deutschlands, die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik, die Wiederaufnahme der verderblichen imperialistischen Politik des Wettrüstens und der bis zum Griff nach Atomwaffen gesteigerten Kriegsvorbereitung nach außen, die Willkürherrschaft der Monopole und das Wiederaufleben der Gefahr einer militaristischen und faschistischen Diktatur im Innern. In der Deutschen Demokratischen Republik aber schuf die geeinte Arbeiterklasse unter Führung der SED, im Bündnis mit der Bauernschaft und allen werktätigen Schichten des Volkes ihren Staat, den ersten deutschen Friedensstaat, die Grundlage der sozialistischen Zukunft für ganz Deutschland.

Seit 15 Jahren stand Genosse Otto Grotewohl in der Führung der Partei und an der Spitze der Regierung der DDR und hatte so maßgeblichen Anteil am politischen und wirtschaftlichen Aufstieg, an der Entfaltung der sozialistischen Demokratie, am Erblühen einer sozialistischen Nationalkultur und an der ständigen Erhöhung des internationalen Ansehens und der Weltgeltung der Deutschen Demokratischen Republik. In ihrem Namen war er unermüdlich tätig für die Verständigung der beiden deutschen Staaten, für Schritte der Abrüstung und Entspannung, für die Bildung einer Konföderation und die Öffnung des Wegs zur Lösung der nationalen Frage unseres Volkes. Dieses von höchstem Verantwortungsbewußtsein für die deutsche Nation und für den Frieden Europas getragene Wirken hat dem Staatsmann Otto Grotewohl in

ganz Deutschland, bei allen friedliebenden Menschen in der Welt hervorragendes Ansehen und warme Sympathie verschafft.

Der Verlust eines so hervorragenden Kämpfers und Freundes trifft uns schwer. Aber das Leben, das sich hier allzufrüh vollendet hat, bleibt reich und groß durch seine unverlierbaren geschichtlichen Leistungen. Genosse Otto Grotewohl wird für immer fortleben in den unvergänglichen Verdiensten, die er sich um den Zusammenschluß von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, um die Gründung des ersten deutschen Staates der Arbeiter und Bauern und um den sozialistischen Aufbau in der DDR, um die unzerstörbare Freundschaft mit der großen Sowjetunion und die Entwicklung einer Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft erworben hat. Und er wird fortleben als Vorbild des Kampfes, den unsere Partei in der Bundesrepublik um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, um das Zusammenwirken von SED, SPD und KPD, DGB und FDGB gegen den gemeinsamen Todfeind, den deutschen Imperialismus und Militarismus, für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt führt. So wissen wir uns zutiefst verbunden mit dem Lebenswerk und mit dem Vermächtnis, das der teure Tote uns, der ganzen deutschen Arbeiterklasse, der gesamten Nation hinterlassen hat. Wir nehmen Abschied von unserem unvergeßlichen Genossen Otto Grotewohl mit dem Gelöbnis,

in seinem Geist für die Vollendung seines edlen Strebens, für den Sieg des Friedens und des Sozialismus in ganz Deutschland zu wirken.

22. September 1964

**Kommunistische Partei Deutschlands
Zentralkomitee
Max Reimann
Erster Sekretär**

Ein neues Blatt der Geschichte ist aufgeschlagen

Aus der Festrede des Genossen Walter Ulbricht zum 15. Jahrestag der DDR*)

Es ist üblich, nach 15 Jahren Bilanz zu ziehen. Wie sieht diese Bilanz in beiden deutschen Staaten aus?

Die Aktiv-Seite zeigt: Im östlichen Teil Deutschlands haben wir die große Chance, die nach dem Sturz des Hitlerfaschismus gegeben war, gut genutzt. Die Einheit der Arbeiterschaft wurde hergestellt. Das Bündnis mit der Bauernschaft, der Intelligenz und anderen werktätigen Schichten wurde geschlossen. Es wurde nicht nur mit der Vergangenheit abgerechnet, sondern eine neue antifaschistisch-demokratische Staatsordnung und später

eine sozialistische Ordnung geschaffen. Die Werktätigen selbst haben unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse im eigenen Haus Ordnung geschaffen. Sie haben die Reste des Nazismus ausgekehrt und die Kriegsverbrecher, Monopolherren und Militaristen entmachtet.

Alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik können stolz darauf sein, daß in ihrem deutschen Staat die sozialistische Umwälzung durchgeführt, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft, eine mächtige volkseigene Industrie geschaffen wurde und daß in der Landwirtschaft der Zusammenschluß der Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erfolgt ist. So wurde die Grundlage für die Entwicklung unserer schönen Menschengemeinschaft geschaffen, deren humanistischer Inhalt Gebot all unseres Tuns ist.

*) Die Festveranstaltung fand am 6. Oktober 1964 in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle statt. Führende Repräsentanten der sozialistischen Länder und der kommunistischen und Arbeiterparteien sprachen zu Ehren des Festtages. Für die KPD sprach Genosse Max Reimann, Erster Sekretär des ZK der KPD. Die Rede des Genossen Reimann ist in der November Nr. 1964 von „Freies Volk“ im Wortlaut veröffentlicht.

Die Passiv-Seite der Bilanz zeigt: In Westdeutschland wurde die große Chance vertan. Das westdeutsche Finanzkapital und die imperialistischen Besatzungsorgane verhinderten die Einigung der Arbeiterschaft. Die Spaltung der Arbeiterschaft, die Verhinderung des Bündnisses mit der Bauernschaft und die Illusionen über den leichteren Weg mit Hilfe des Marshall-Planes ermöglichten es dem Finanzkapital, die Macht der großen Monopole und des deutschen Militarismus zu restaurieren. Die Bewältigung der Vergangenheit gelang den fortschrittlichen Kräften in Westdeutschland nicht.

Die herrschenden Kreise des imperialistischen Westens schufen den westdeutschen Separatstaat als Teil ihres NATO-Bündnisses. Zur höheren Ehre der Profite des Monopolkapitals und zur Abschirmung seines Herrschaftsgebietes gegenüber den sozialistischen Ländern erfanden sie die Hallstein-Doktrin und verhinderten die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den deutschen Staaten.

Wenn die herrschenden Kreise in Westdeutschland behaupten, sie seien für die Einheit Deutschlands, so ist es notwendig, ihnen immer und überall die Frage zu stellen: Was für eine Einheit wollt ihr? Zu welchem Zweck wollt ihr die Einheit? Deutschland war bekanntlich ein einheitliches Land, als es zwei Weltkriege begann.

Die westdeutschen Monopole, die diesen Weg fortsetzen wollen, haben deshalb Deutschland gespalten. Wir aber wollen ein friedliebendes, demokratisches und fortschrittliches Deutschland. Die Einheit ist nur in diesem Sinne denkbar. Diesmal wollen wir eine Einheit für einen dauerhaften Frieden. Wir wollen eine Einheit, in der die friedliebenden demokratischen Kräfte des Volkes mit der Arbeiterschaft an der Spitze im Staat und in der Wirtschaft bestimmen. Wir wollen, daß alle Garantien geschaffen werden, daß niemals mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgeht.

Im Bewußtsein unserer nationalen Verantwortung erkläre ich: Nach 15 Jahren Spaltung Deutschlands ist die Zeit überreif, durch gegenseitige Anerkennung der deutschen Staaten

einen Weg der Verständigung zu beschreiten. Es ist die Zeit da, durch Verständigung zur Abrüstung in beiden deutschen Staaten und zur Sicherung des Friedens zu kommen.

Alle Völker erwarten solche Schritte der Verständigung von beiden deutschen Staaten. Denn sie dienen der Sache der Entspannung und der Sicherung des Friedens in der Welt.

Der Neubeginn konnte nur Erfolg haben, weil die Kommunistische Partei Deutschlands dem Volk im Juni 1945 ein klares Programm gegeben hatte, ein Programm der Sicherung des Friedens und des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus zum Wohle aller; weil die Vereinigung von KPD und SPD vollzogen wurde und weil die Sowjetunion die antifaschistisch-demokratischen Kräfte aktiv unterstützte.

Zwar war es von 1945 bis 1949 dank den heroischen Anstrengungen der Arbeiterklasse, der Bauern, der Intelligenz und anderer werktätiger Schichten des Volkes gelungen, die größte Not zu bannen. Die Industrie, die Landwirtschaft und die anderen Zweige des wirtschaftlichen Lebens waren wieder in Gang. Die lebensnotwendigsten Bedürfnisse der Menschen wurden befriedigt. 1950 war der Produktionsstand von 1936 im großen und ganzen erreicht.

Ohne den festen Zusammenschluß aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte wäre das niemals möglich gewesen. Es erfüllt mich mit Freude, daß diese einstmals in der Not unseres Volkes geborene breite Arbeits- und Kampfgemeinschaft aller Deutschen guten Willens nach Überwindung der größten Schwierigkeiten nicht auseinanderfiel, sondern zu einer festen Grundlage unserer Entwicklung wurde. Unsere Kameraden und Freunde aus dieser Arbeits- und Kampfgemeinschaft von damals sind heute gute Kameraden und Freunde und Mitstreiter beim umfassenden Aufbau des Sozialismus.

Wir sehen hier die große Kraft der Arbeiterklasse, die ihre Spaltung überwunden hat. Sie vermochte es unter Führung ihrer vereinten Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das ganze werktätige Volk, alle demokratischen und antifaschistischen

Kräfte um sich zu scharen. In einem Entwicklungsprozeß von historischer Größe wurde aus dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien eine feste, unlösbare Kampfgemeinschaft, die – ungeachtet weltanschaulicher Unterschiede – gemeinsam den Sozialismus aufbaut und das Modell des künftigen einheitlichen sozialistischen deutschen Volksstaates errichtet.

Im Gründungsjahr der Deutschen Demokratischen Republik waren längst nicht alle Trümmer beseitigt. Noch immer galt es vor allem dem Mangel zu steuern und zugleich – soweit unsere Kräfte reichten – wiedergutzumachen, was der deutsche Imperialismus in seinem zweiten Weltkrieg der Sowjetunion und anderen Völkern angetan hatte. Die Bürger der kleinen Deutschen Demokratischen Republik haben damals die Wiedergutmachungsleistungen für ganz Deutschland erarbeitet.

Ein sozialdemokratischer Wissenschaftler, der bei seinem Studium der ersten Nachkriegsperiode diese Feststellung bestätigt fand, zog daraus die Schlußfolgerung: Westdeutschland ist der Deutschen Demokratischen Republik einige Dutzend Milliarden Mark schuldig. Der Bonner Staat, so meint er, hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, endlich mit der Abzahlung dieser Milliardenverschuldungen gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und deren Bürgern zu

beginnen. Dabei hatte er noch gar nicht berücksichtigt, daß die in Westdeutschland herrschenden Kräfte, deren Reden von den „lieben deutschen Brüdern und Schwestern im Osten“ triefen, uns bis 1961 von mindestens 30 Milliarden Mark „befreit“ haben. Das ist in der Tat etwa der Betrag, der – unter skrupelloser Ausnutzung der offenen Grenze in Berlin – den Bürgern der DDR gestohlen wurde.

Auf düsterem Hintergrund vollzog sich dank der gesellschaftlichen Umwälzung, dank der großen Vorzüge der sozialistischen Planwirtschaft, dank der aufopferungsvollen Arbeit vieler Millionen Bürger unseres Staates aus allen Schichten des Volkes ein unerhört schneller und tiefgreifender Aufstieg.

Dank der weitsichtigen Direktive der Fünfjahrpläne und dem ernsten Willen der Bevölkerung, die Schäden des Krieges zu überwinden und ein neues Deutschland aufzubauen, war es möglich, das gesellschaftliche Gesamtprodukt von 51 Milliarden Mark im Jahre 1950 auf 152 Milliarden Mark im Jahre 1963 zu steigern.

Der Umfang der jährlichen Investitionen stieg in der Zeit von 1950 bis 1963 von 3,6 Milliarden auf 16,4 Milliarden Mark. Unser Entwicklungstempo war schneller als das Westdeutschlands und um das Zweifache bis Dreifache schneller als das der USA, Frankreichs oder Großbritanniens.

Die Herrschaft der hundert Multimillionäre und ihrer reaktionären Helfer in Westdeutschland

Die USA, England und Frankreich haben das Potsdamer Abkommen gebrochen, indem sie den deutschen Konzernen in Westdeutschland halfen, ihre ökonomische und politische Macht zu bewahren.

So gerieten die Früchte der Arbeit des Volkes wiederum in die Hände einer kleinen Gruppe von Monopolherren. Für das Volk in Westdeutschland ist das ein Unglück. Die großen Konzerne reißen immer mehr Volksvermögen und Macht an sich. Selbst nach offiziellen Bonner Angaben stieg der Anteil der 50 größten westdeutschen Unternehmen am Gesamtumsatz von 17,7 Prozent im Jahre 1954 auf 22,8 Prozent im Jahre 1960. Die drei

großen Monopolbanken besaßen Ende 1960 zwei Drittel aller Aktien und Beteiligungen, über die sämtliche westdeutsche Banken zusammengekommen verfügten. Die Profite der 50 größten Aktiengesellschaften sind im Zeitraum von 1950 bis 1962 auf fast das Siebenfache gestiegen. Jährliche Steigerungsraten des Profits von 30 bis 40 Prozent waren keine Seltenheit. Die großen Monopole heimsen durch direkte Ausnutzung der Staatsmacht riesige Überprofite ein, indem sie den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ausnützen und sich aneignen, was das Volk Hände schufen.

Die Macht der großen Konzerne ist heute stärker als selbst in der Hitler-

zeit. So kommt es, daß sogar eine Zeitung wie „Christ und Welt“ „die totale Macht der hundert Männer“ feststellen und ihre ernste Besorgnis über diese Entwicklung äußern muß. Sie spiegelt die Unruhe wider, die sich großer Teile der kirchlich gebundenen Bevölkerung bemächtigt hat. Das ist ja eben der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, vor dem wir die Arbeiterklasse und die ganze Bevölkerung immer wieder warnen und warnen.

Die von Westdeutschland ausgehende Atomkriegsgefahr ist nicht etwa nur das Werk einiger weniger besessener Politiker. Diese Atomkriegsgefahr entspringt unmittelbar den Produktionsverhältnissen und Herrschaftsbedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland. Die großen Monopole wollen die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges korrigieren und für die Niederlage in ihrem Hitlerkrieg Revanche nehmen. Sie nutzen einen Teil ihrer Überprofite, um Atomwaffen zu erlangen. Mit ihrer Hilfe wollen sie eine ihrer ökonomischen Stärke entsprechende Neuaufteilung der Einfluß- und Machtsphären in der Welt erzwingen. Die größte Gefahr geht dabei von den Rüstungsmonopolen aus. Ihre Expansionspolitik hat bisher eine Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten verhindert. Sie ruft auch dauernd Konflikt mit anderen Staaten in Europa und mit den jungen Nationalstaaten hervor, die ihre Souveränität sichern wollen.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus führt zwangsläufig zur Demonstrierung der Demokratie in Westdeutschland, wie das auch der sozialdemokratische Professor Flechtheim nachwies. Die großen Monopole verfügen über ganze Gruppen einflußreicher Politiker, die ihre Aufträge besorgen. Sie entsenden ihre Vertreter direkt oder über die Unternehmerverbände ins

Parlament. Sie unterwandern regelrecht und systematisch die Parteien und Fraktionen im Parlament. Andererseits wurden zahlreiche Parlamentsabgeordnete in die Aufsichtsräte der großen Aktiengesellschaften aufgenommen, so daß manche Aufsichtsräte förmlich eine „Große Koalition“ der Manager, von Angehörigen der CDU, der FDP und SPD darstellen.

Mit ihren politischen und ökonomischen Machtmitteln beherrschen die Monopole auch die wissenschaftlichen Institute, die Hochschulen und höheren Fachschulen. Die Lehr- und Forschungsarbeit wird überwiegend nach ihren Profitinteressen organisiert.

Der westdeutsche staatsmonopolistische Kapitalismus hat über die großen Zeitungskonzerne ein raffiniertes System der politischen Einflußnahme und der Irreführung der Bevölkerung geschaffen. Auch die vom Staat kontrollierte Literaturpolitik dient dem Ziel, die Ideologie der Monopole in die Massen des Volkes zu tragen. Diese Methoden sind eine schwere Gefahr für die kulturelle Entwicklung in Westdeutschland. Die Monopole tragen die Verantwortung dafür, daß das Schulwesen zurückgeblieben ist. Sie tragen die Verantwortung dafür, daß die Jugend durch Mordfilme und Schundliteratur vergiftet wird. Die Mehrheit der westdeutschen Bürger ist über diese Zustände tief beunruhigt. Viele Mitglieder der SPD und auch viele christliche Bürger wünschen, daß in Westdeutschland moralische Sauberkeit einkehren möge.

Wir sind gewiß: Die antikommunistische Hetze, besonders die Hetze gegen die DDR, durch die das Volk vom Kampf um Demokratie, vom Kampf gegen die totale Herrschaft der großen Monopole abgelenkt werden soll, wird eines Tages ebenso Schiffbruch erleiden wie die Propaganda von Goebbels.

In welchem deutschen Staat lebt es sich besser?

Der westdeutsche Bundeskanzler, Herr Erhard, hat unlängst einem ausländischen Besucher gegenüber eine angebliche Überlegenheit Westdeutschlands gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik mit der Feststellung zu beweisen versucht,

Westdeutschland produziere erheblich mehr Autos als die DDR.

Auf den Einwand des ausländischen Besuchers, daß aber in der DDR im Verhältnis zur Einwohnerzahl viel mehr Bürger eine höhere Bildung erhielten, Hochschulen und Universitä-

ten besuchten, lernten und sich beruflich qualifizierten, wußte Professor Erhard keine Antwort.

Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik können in Frieden leben. Jegliche Kriegspropaganda und jeder Revanchismus sind untersagt. Das entspricht unserer Verfassung. Aber das fordert eigentlich auch das westdeutsche Grundgesetz, in dessen Artikel 26 gesagt wird, daß Handlungen verfassungswidrig sind, die „geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Leben der Völker zu stören“. Die Forderung nach multilateraler Atomrüstung und die atomare Kriegsrüstung in Westdeutschland sowie die Revancheforderungen sind also verfassungswidrig und müßten als strafbare Handlungen unterdrückt und verfolgt werden. Aber in der westdeutschen Bundesrepublik, die manche Leute einen Rechtsstaat nennen, brauchen solche Verfassungsbestimmungen nicht beachtet zu werden.

Die ungeheure Konzentration in der Industrie drängt jeden vernünftigen Menschen den Gedanken auf: Das Volk muß Eigentümer der großen Industriekombinate sein. In der Deutschen Demokratischen Republik ist in der Tat das Volk mittels seines volksdemokratischen Staates Eigentümer der Produktionsmittel der Industrie. In Westdeutschland jedoch bestimmen hundert Konzern- und Bankgewaltige über Wirtschaft und Staat. Einige tausend Millionäre sind die wahren Herrscher über 50 Millionen westdeutscher Bürger. Das werktätige Volk schuftet zur höheren Ehre der Großkapitalisten. Die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik jedoch arbeiten für sich, für ihre Wirtschaft, für ihren Arbeiter-und-Bauern-Staat. Und ihre Lebenshaltung erhöht sich von Jahr zu Jahr.

Das durchschnittliche monatliche Arbeitseinkommen der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten der sozialistischen Wirtschaft ist von 311 Mark im Jahre 1950 auf 592 Mark im Jahre 1963 gestiegen. Der Reallohn wuchs im gleichen Zeitraum auf das Dreieinhalbfache.

Während 1958 erst jede 48. Familie in der DDR einen Kühlschrank, jede

63. Familie eine Waschmaschine und jede 20. ein Fernsehgerät besaß, wird bis Ende dieses Jahres jede fünfte Familie einen Kühlschrank, jede fünfte Familie eine Waschmaschine und fast jede zweite Familie ein Fernsehgerät besitzen.

In der Deutschen Demokratischen Republik gibt es soziale Sicherheit. Hier drohen weder Krisen noch Inflation. Aber in Westdeutschland bestehen diese Gefahren. Sie werden verschärft durch die Rüstungslasten und durch die Vernichtung der Lebensgrundlagen vieler kleiner Eigentümer. In den 15 Jahren des Bestehens der westdeutschen Bundesrepublik wurden mehr als 450 000 landwirtschaftliche Betriebe der Größenklassen von einem halben Hektar bis 10 Hektar vernichtet. In diesen 15 Jahren haben in Westdeutschland mehr als 200 000 Handwerksbetriebe ihre Existenz verloren. Mehr als 100 000 Einzelhändler haben unter dem Druck der Konkurrenz ihre Geschäfte aufgegeben. Das ist auch eine der Ursachen für die Existenzangst breiter Schichten der westdeutschen Bevölkerung.

Die eigene Verantwortung des arbeitenden Volkes und seiner gewählten Vertreter für die Leitung des Staates und Wirtschaft gewährleistet bei uns die Würde des Menschen. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben wie in den Leitungen der Wirtschaft, die Gesetze über die Gleichberechtigung und den Schutz der Würde der Frau — speziell das Gesetz zum Schutz von Mutter und Kind — sowie der Erlaß über die Rechtspflege gewährleisten die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung und die Sicherung der Würde des Menschen. In Westdeutschland jedoch sind die Arbeiter durch das Betriebsverfassungsgesetz entrechtet. In der Leitung der Wirtschaft können sie nicht mitbestimmen. Für die Frauen ist nicht einmal gleicher Lohn für gleiche Arbeit gewährleistet. Ist es nicht höchste Zeit, daß auch in Westdeutschland ein Gesetz über die Rechte der Frau und den Schutz von Mutter und Kind beschlossen wird? Ist es nicht höchste Zeit, daß endlich gleicher Lohn für

gleiche Leistung durchgesetzt wird? Und die Jugend hat nicht einmal die Grundrechte der jungen Generation.

Der Perspektivplan zur Vollendung des Sozialismus in der DDR

In diesen Wochen ist die Direktive für den Perspektivplan bis 1970 nach gründlicher Prüfung und Diskussion verabschiedet worden. Sie kennzeichnet eine neue Stufe der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Begründung der Entwicklung unserer nationalen Wirtschaft bis 1970. Man kann sagen, daß diese bis in die Einzelheiten gehende Konzeption auch auf neue Weise erarbeitet wurde. Sie verkörpert bereits die Gemeinschaftsarbeit von Zehntausenden Wirtschaftlern, Staatsfunktionären, Wissenschaftlern, Neuerern und Erfindern.

Die Direktive für die Ausarbeitung des Perspektivplanes stellt folgende Hauptziele fest:

1. Zur Gestaltung der nationalen Wirtschaft unter den Bedingungen der DDR ist es erforderlich, eine weitere Veränderung der Struktur der materiellen Produktion in Übereinstimmung mit den Grundrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu erreichen, um den Anforderungen der erweiterten sozialistischen Reproduktion zu entsprechen. Die Aufgabe besteht darin, die Produktion so zu entwickeln, daß sie in Qualität, Sortiment und Kosten den Erfordernissen der Erhöhung der produktiven Akkumulation, der Erweiterung eines rentablen Exports und der ständigen Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung entspricht.

Gegenwärtig gehen wir davon aus, daß die Industrieproduktion im Jahre 1970 einen Wert von 125 bis 130 Milliarden Mark erreicht. Das heißt, die Industrieproduktion der DDR wird 1970 fast sechsmal so groß sein wie die Industrieproduktion auf dem Territorium der DDR im Jahre 1936. Wir werden 1970 das Eineinhalbfache der Industrieproduktion des ganzen ehemaligen Deutschen Reiches im Jahre 1936 erzeugen.

2. Der Hauptinhalt des Perspektivplanes ist die Durchführung der technischen Revolution. Der Plan hat die schnelle Einführung der neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und

Das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung und das Recht auf Erholung wird ihr vorenthalten.

Technik auf den entscheidenden Gebieten zum Inhalt. Er sieht vor allem die weitere Chemisierung der Volkswirtschaft auf der Basis der vorrangigen Entwicklung der Petrochemie sowie die vorrangige Entwicklung der Elektrotechnik vor, den Übergang zu kontinuierlichen hochproduktiven Produktionsprozessen und Fertigungsverfahren sowie die Produktion und den Einsatz neuer effektiverer Rohstoffe. Neben der schnellen Entwicklung der Petrochemie konzentrieren wir uns dabei besonders auf die Entwicklung der zweiten Verarbeitungsstufe der Metallurgie, die Produktion hochwertiger Stähle und von Reinstoffen sowie hochwertiger Glas- und keramischer Werkstoffe.

Grundlage der raschen Entwicklung der Produktivkräfte ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Sie soll in der volkseigenen Industrie bis 1970 auf etwa 160 Prozent gegenüber 1963 anwachsen.

3. Es ist vorgesehen, im Jahre 1970 24 bis 25 Prozent des Nationaleinkommens zu akkumulieren. Mit dieser Zielstellung nähert sich die DDR im Akkumulationsniveau den führenden Industriestaaten. Bekanntlich haben wir auf diesem Gebiet bestimmte Rückstände, die in den Jahren der offenen Staatsgrenze entstanden.

Selbstverständlich ist es nicht möglich, diese Rückstände von heute auf morgen auszugleichen. Deshalb beschreiten wir den Weg der kontinuierlichen Erhöhung der Akkumulationskraft und ihrer Konzentration auf die führenden Zweige und deren entscheidende Kettenglieder, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt verkörpern und den Bedingungen der nationalen Wirtschaft der DDR entsprechen. Das erfolgt bei einer gleichzeitigen kontinuierlichen Erhöhung des Lebensstandards.

Davon ausgehend ist vorgesehen, den Umfang der Investitionen von 16,4 Milliarden 1963 auf 27 bis 30 Milliarden 1970 zu erhöhen. Die Hauptform des Einsatzes der Investitionen

muß in der umfassenden Rationalisierung und Modernisierung der Produktion zur vollständigen und ökonomisch zweckmäßigsten Nutzung der vorhandenen Grundfonds bestehen.

Vor der Landwirtschaft steht die Aufgabe, durch die Steigerung der eigenen Produktion die Bevölkerung ständig besser mit hochwertigen Nahrungsmitteln und die Industrie mit Rohstoffen zu versorgen.

Dazu ist die planmäßige Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion durch den allmählichen Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden auf der Grundlage der modernsten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik notwendig.

Der für die großen Städte vorgesehene Wohnungsbau ist maximal auf die Stadtzentren zu konzentrieren. Das Antlitz unserer großen Städte — insbesondere von Berlin, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Magdeburg — ist sichtbar zu verändern.

In der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, in Berlin, ist entsprechend dem gemeinsamen Beschluß von Politbüro, Präsidium des Ministerrates und Magistrat das Ensemble vom Brandenburger Tor zum Marx-Engels-Platz und Alexanderplatz bis zur Karl-Marx-Allee entsprechend den Erkenntnissen der modernen sozialistischen Architektur zu gestalten.

Die Chemiestadt Halle-West ist in fortschrittlicher Bauweise und mit dem Einsatz neuer Chemiebaustoffe aufzubauen und die Schnellverkehrsverbindung zu organisieren. Im Rahmen der Perspektivplanzielfern sind in Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt die weiteren Baumaßnahmen im Stadtzentrum zu konzentrieren. In den Zentren der Städte Rostock, Neubrandenburg, Potsdam, Frankfurt (Oder), Magdeburg, Dessau, Gera und Suhl sind die im Bau befindlichen Objekte in den nächsten Jahren fertigzustellen.

Das Bild des künftigen Lebens in der DDR

Die Durchführung unseres Perspektivplans wird sich unmittelbar auf die Verbesserung, Verschönerung und Vervollkommen des persönlichen Lebens der Werktätigen auswirken.

Das Realeinkommen der Bürger der DDR wird sich durch die Erfüllung der im Perspektivplan gesteckten Ziele bis 1970 um etwa 20 bis 25 Prozent erhöhen. Die Bürger der DDR werden sich gesünder ernähren, besser kleiden, sie werden bedeutend mehr hochwertige Industriewaren besitzen und angenehmer leben. Die ganze Republik und jeder einzelne wird reicher. Entsprechend den Grundsätzen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft werden die Früchte der Arbeit vor allem denjenigen Werktätigen zugute kommen, die gute Leistungen für die Gesellschaft vollbringen.

Eine der Grundfragen der Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen ist die Erarbeitung der Möglichkeiten für eine Verkürzung der Arbeitszeit und auch einer Verlängerung des Urlaubs. Die Lösung dieser Frage ist jedoch nicht einfach.

Faschismus und Militarismus haben uns durch zwei Weltkriege mit Millio-

nen Toten eine solche Altersstruktur hinterlassen, daß von 100 Bürgern nur 59 im arbeitsfähigen Alter sind. Von den westdeutschen Imperialisten sind bis 1961 vor allem arbeitsfähige Bürger abgeworben worden. Diese Lage macht es besonders schwierig, jetzt schon den Urlaub zu verlängern und die Arbeitszeit zu verkürzen.

In den Betrieben, wo der technologische Prozeß einen durchgehenden Produktionsablauf erfordert, sollte dabei zur rollenden Arbeitswoche mit 5 Arbeitstagen überggegangen werden. Über diese Fragen wird bei der Beschlußfassung über den Perspektivplan bis 1970 durch die staatlichen Organe im Sommer 1965 entschieden werden.

Die Maßnahmen müssen so vorbereitet werden, daß die Fünf-Tage-Woche bei Sicherung der vollen Erfüllung des Planes eingeführt wird. Für bestimmte Bereiche, wie z. B. Gesundheitswesen, Handel, Volksbildung u. a., wird allerdings die Arbeitszeit bis auf weiteres auf 6 Wochentage verteilt bleiben müssen. Zum Beispiel würden bei der Volksbildung solche Mittel zum Schulbau erforderlich sein, die gegenwärtig für uns nicht verfügbar sind.

Der Übergang zur Fünf-Tage-Woche ist noch keine generelle Verkürzung der Arbeitszeit. Eine Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit um etwa 2 bis 3 Stunden kann nur, wie bereits im Parteiprogramm festgelegt, durch die überplanmäßige Steigerung der Arbeitsproduktivität ermöglicht werden.

Die Verlängerung des Mindesturlaubs von 12 auf 15 Arbeitstage sollte insbesondere durch die Senkung der Ausfallzeiten und des immer noch überhöhten Krankenstandes in den Betrieben und Einrichtungen ausgeglichen werden.

Ich bin der Meinung: Es können alle Voraussetzungen geschaffen werden, um bei Einhaltung der im Perspektivplan gestellten volkswirtschaftlichen Aufgaben die Fünftageweche einzuführen und den Mindesturlaub zu erhöhen. Darüber könnte bei Bestätigung des Perspektivplanes im Juli 1965 entschieden werden.

Das Politbüro der SED hält ferner im Perspektivplan Maßnahmen für notwendig und möglich, die — ausgehend

vom Parteiprogramm — die große Aktivität und Initiative der Frauen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus würdigen.

Auch für unsere alten Bürger werden mit der Ausarbeitung des Perspektivplanes Rentenmaßnahmen vorbereitet, die ihre materielle Lage weiter verbessern, nachdem ab 1. Januar 1964 bereits eine Erhöhung der Renten wirksam wurde.

Mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik steigt der Bedarf und Verbrauch an modernen und hochwertigen industriellen Konsumgütern weiter an. Neben traditionellen Gebrauchsgütern werden eine Reihe von Erzeugnissen neu entwickelt bzw. weiter vervollkommen.

Im Jahre 1970 werden von 100 Haushalten 54 einen Kühlschrank, 46 eine Waschmaschine, 81 ein Fernsehgerät besitzen.

Damit werden diese Konsumgüter zunehmend die Lebenshaltung der mittleren und zum Teil auch schon der unteren Einkommensgruppen bestimmen.

Auf dem Wege zum Volksstaat

Im Prozeß der Verwirklichung der vor 15 Jahren angenommenen Verfassung haben sich grundlegend neue gesellschaftliche Bedingungen und damit neue Grundsätze unseres sozialistischen Staatswesens herausgebildet. Sie sind die Grundlage der weiteren Entwicklung.

Mit der revolutionären Veränderung der sozialökonomischen Basis unserer Republik ergaben sich auch bedeutende Änderungen im Bewußtsein der Massen und insbesondere in ihrem Verhältnis zum Staat. Das Gesetzbuch der Arbeit, die Programmatische Erklärung des Staatsrates, sein Erlaß über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege, das Jugendgesetz und andere wichtige Beschlüsse trugen dazu bei, die neuen Züge der sozialistischen Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik zu prägen. In immer stärkerem Maße wurden die Entwürfe dieser und anderer wichtiger Dokumente vor der gesamten Bevölkerung zur Diskussion gestellt. Millionen Bürger berieten die Entwürfe, unterbreiteten Vorschläge für

die Verbesserung der Gesetzestexte und für die besten Methoden der Verwirklichung. So wurden als Ausdruck der Volkssouveränität wesentliche Grundlagen unserer sozialistischen Staatsordnung geschaffen.

In der Deutschen Demokratischen Republik war es möglich, die Hauptaufgabe der Diktatur des Proletariats — die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft — auf friedlichem Wege zu lösen. Es ist uns gelungen, den schmerzlosesten Weg des Übergangs zum Sozialismus zu gehen. Es haben sich inzwischen immer stärker die Wesensmerkmale des sozialistischen Volksstaates herausgebildet. Es hat also der Übergang von der Diktatur des Proletariats zum Volksstaat bereits begonnen.

Das Programm des Sozialismus, das auf dem VI. Parteitag angenommen wurde, das Nationale Programm, das die Nationale Front beschloß sowie der Perspektivplan bis 1970 zeigen den Weg, um zu dem Ziel der Entwicklung des Volksstaates zu kommen. Es charakterisiert unseren Staat sehr richtig, wenn Werktätige heute erklären:

„Der Staat sind wir.“ In der Tat: Die Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik sind die umfassende Organisation der Werktätigen.

Im sozialistischen Staat nimmt jeder ehrliche Bürger einen geachteten Platz ein. Er entscheidet mit und trägt Verantwortung für das Ganze. Die Erziehung und Überzeugung werden zur Hauptmethode der Ausübung der Staatsmacht. Während im kapitalistischen Staat die herrschenden Kreise an einer politischen Passivität der Bevölkerung interessiert sind — Ausnahmen zeigen sich nur in Wahlzeiten —, ist der sozialistische Staat an der schöpferischen Zusammenarbeit der Bürger und der Staatsorgane interessiert. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik tragen auf ihren Schultern eine große Verantwortung für ihren Arbeiter-und-Bau-

ern-Staat. Sie planen und regieren mit. Denken ist bei uns die erste Bürgerpflicht. Zwang wird lediglich gegenüber Personen angewandt, die grob gegen die öffentliche Ordnung und die Gesetze unseres Volksstaates verstoßen.

Das jetzt erreichte Stadium der Entwicklung unserer sozialistischen Staatsmacht in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus erfordert gesetzmäßig die weitere Entwicklung der Rechte der Bürger. Ihre Rechte auf aktive Teilnahme an der Leitung des Staates und bei der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und aller anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die ehrenamtliche Arbeit und die öffentliche Diskussion wichtiger Gesetze und gesamtstaatlicher und auch örtlicher Maßnahmen werden planmäßig weiter ausgestaltet.

Der demokratische Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands

Auch die klügsten und weitsichtigsten Menschen können heute nicht voraussagen, wann und unter welchen Umständen sich die deutschen Staaten wieder vereinigen werden. Aber es ist klar, daß die Vorbereitung mit gleichberechtigten Verhandlungen der beiden deutschen Regierungen und der gegenseitigen Anerkennung beider deutschen Staaten beginnt.

Wie sich jedoch die Wiedervereinigung Deutschlands unter gar keinen Umständen vollziehen wird, das wissen wir. Unter gar keinen Umständen ist eine Wiedervereinigung im Zeichen der Herrschaft des Monopolkapitals, der Revanchepolitik und des Militarismus möglich. Sie kann und wird sich nur friedlich und demokratisch vollziehen oder gar nicht. Denn die Alternative zur friedlichen und demokratischen Vereinigung wäre ein furchtbarer Bruderkrieg, wahrscheinlich im Rahmen eines Weltkrieges. Und solch ein Krieg würde Deutschland nicht wiedervereinigen, sondern biologisch auslöschen.

Eine Wiedervereinigung kann auch nicht so zustande kommen, wie sich das einige unverbesserliche Narren vorstellen, daß man nämlich irgend jemandem die DDR abkauft. Die Deutsche Demokratische Republik gehört sich selbst. Sie gehört ihren Bürgern,

die weder sich selbst noch ihre Republik an die imperialistischen Westmächte zu verkaufen bereit sind.

Weshalb wollen wir eigentlich die Wiedervereinigung?

Ich möchte hier vorausschicken: Für ein gutes Leben der Bevölkerung, für den weiteren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der Deutschen Demokratischen Republik ist die Wiedervereinigung nicht Voraussetzung. Wir werden auch ohne Wiedervereinigung den Aufbau des Sozialismus vollenden und zum Aufbau des Kommunismus übergehen.

Wenn wir im Zusammenhang mit unserem Perspektivplan bis 1970 oder 1980 gefragt werden, ob wir für diese Zeit die Wiedervereinigung Deutschlands abgeschrieben haben, so sagen wir: Nein!

An erster Stelle stand und steht immer die Sicherung des Friedens und die Verständigung über die Gestaltung des neuen, friedliebenden, abergerüsteten, demokratischen und fortschrittlichen Deutschland. Das Wichtigste ist, daß kein Krieg entsteht. Denn er würde jeden Aufstieg — für alle Deutschen in Ost und West — unmöglich machen.

Was ist also der Kern der nationalen Fragen Deutschlands? Die Vereinigung

der deutschen Staaten muß der größtmöglichen Sicherung des Friedens dienen, niemals aber dem Revanchismus und dem Krieg.

Die Vereinigung der deutschen Staaten muß das Friedenspotential der deutschen Nation stärken, niemals aber das Kriegspotential.

Die Vereinigung der deutschen Staaten kann und muß dem Wohlstand der Bürger beider deutscher Staaten dienen. Sie darf nicht dazu mißbraucht werden, ihren Wohlstand zu mindern. Die Wiedervereinigung Deutschlands verlangt daher keine Opfer von der Bevölkerung. Die Wiedervereinigung muß in jeder Beziehung mit den nationalen Interessen übereinstimmen.

Jawohl: Wir sind für eine solche nationale Wiedervereinigung, die garantiert, daß niemals wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht, die keine Unruhe in Europa und in der Welt erzeugt, die die Grenzen anderer Länder nicht antastet, die die Atom-bombe abschafft, die Rüstung verringert und eine allgemeine und vollständige Abrüstung garantiert.

Wir sind für ein solches vereinigtes Deutschland, in dem der Grundsatz gilt: Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein; in dem das große Talent der vereinten deutschen Arbeiterklasse, der Ingenieure, der Bauern und Handwerker, der Wissenschaftler, noch viel schneller als es heute möglich ist, Wohlstand für alle Deutschen schafft und aus ganz Deutschland jenes reiche, kulturvolle und friedliche Land macht, das uns Marxisten schon immer vorschwebt.

Der Schlüssel zur Lösung der nationalen Frage

Allein der Staat der deutschen Arbeiter und Bauern mit den Werktätigen der westdeutschen Bundesrepublik und Westberlins und ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gemeinsam können den Frieden und die nationale Einheit Deutschlands retten.

Ein Verständigungsfrieden zwischen der SED und der SPD in Westdeutschland und den Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten ist — so wie die Dinge heute nun einmal liegen — die einzige Möglichkeit der schrittweisen Überwindung der deutschen Spaltung.

Das ist die Wiedervereinigung, für die wir durch den Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik kämpfen. Das ist unser entscheidender geschichtlicher Beitrag zur Vereinigung der deutschen Staaten. Je schneller und erfolgreicher wir unseren Aufbau vollziehen, desto größer werden auch in Westdeutschland die Chancen für die Wiedervereinigung. Vorausgesetzt natürlich, daß — durch unser Beispiel ermuntert — die westdeutschen Werktätigen aus der Bundesrepublik Deutschland endlich einen friedlichen, demokratischen Staat machen.

Wir sind bestrebt, mit jeder westdeutschen Regierung in Kontaktgespräche und Verhandlungen zu kommen. Jeder begreift, daß es ohne solche offiziellen Kontakte, Gespräche und Verhandlungen zwischen den Regierungen der deutschen Staaten nicht zu einer Wiedervereinigung kommen kann.

Es ist undenkbar, daß ohne die gegenseitige Anerkennung der beiden deutschen Staaten auch nur ein ernster Schritt in Richtung auf die Wiedervereinigung getan werden kann.

Ich frage die Herren in der Regierung und im Bundestag in Bonn: Wie lange wollen Sie sich noch hartnäckig als Sektierer gebärden und sich gegen die Vernunft sperren? Wie lange wollen Sie noch verzögern, was doch unweigerlich kommen wird? Wie lange wollen Sie reaktionäre Sturheit mit nationalem Stolz verwechseln und die Lage zwischen den deutschen Staaten noch komplizierter machen, als sie es ohnehin schon ist?

Er ist der Schlüssel zur Lösung der nationalen Frage.

Dabei gehe ich davon aus, daß auch die westdeutsche Sozialdemokratie und die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung jeden Gedanken an militärische Eroberungen ablehnen. Sollte ich mich in diesem Punkte irren — und die Antwort darauf wird die Geschichte geben —, dann freilich wäre die Gefahr des Infernos eines nuklearen Krieges noch erheblich größer als wir sie heute sehen. Dann allerdings müßten alle Möglichkeiten einer Verständigung und Wiedervereinigung auf

lange Zeit, ja vielleicht sogar auf un-
absehbare Zeit abgeschrieben werden.

Von dem Verständigungsfrieden zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands hängt also der Frieden in Deutschland und für Deutschland und die Möglichkeit einer Wiedervereinigung ab.

Da ist kein Raum für taktische Manöver und kleinliche Jagd nach Vorteilen. Es müssen auch alle Hintergedanken ausgemerzt werden, daß irgendeine Partei die andere ausschalten und vernichten könne. Schließlich geht es um die Lebensfragen Deutschlands, um nicht mehr und nicht weniger.

Es wäre eine Tragödie für das deutsche Volk, wenn alte Gegensätze, altes Mißtrauen und die Erinnerung an Streitigkeiten und harte Auseinandersetzungen das notwendige Zusammenfinden derjenigen Kräfte in Deutschland verhindern würden, deren Zusammenarbeit historisch notwendig und für die Zukunft Deutschlands unentbehrlich ist. Auf der Arbeiterschaft und ihren Organisationen hüben und drüben lastet die große Verantwortung für die Geschicke der deutschen Nation.

Liebe westdeutsche Arbeiter!

Wir warten auf eine Antwort im Geiste der Vernunft und des guten Willens.

Wir können nur hoffen, daß sie nicht erst dann kommen wird, wenn es zu spät ist.

Gestatten Sie mir, einem deutschen Arbeitersohn, der sich sein Leben lang nach bestem Wissen und Gewissen bemühte, seine Pflicht in der deutschen Arbeiterbewegung zu erfüllen, Ihnen noch einige Gedanken darzulegen:

Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie sich die westdeutsche Arbeiterbewegung und die in Westberlin entwickelt. Die Solidarität, die wir gegenüber allen Arbeitern der Welt empfinden, ist natürlich gegenüber den westdeutschen und Westberliner Arbeitern besonders stark ausgeprägt. Uns ist Ihr Schicksal in den nächsten Jahren nicht gleichgültig. Auch vom nationalen Gesichtspunkt aus ist es von höchstem Interesse, in

welcher Lage sich die westdeutsche und Westberliner Arbeiterklasse zu dem Zeitpunkt befinden wird, da wir uns vereinigen. Denn wir wollen und können uns nur mit einem Westdeutschland und Westberlin vereinigen, wo der Gedanke des Friedens und wahre Demokratie der beherrschende Gedanke ist.

Wir stellen uns oft die Frage: Muß es denn so sein und bleiben, daß sich die westdeutschen und Westberliner Arbeiter von hundert großkapitalistischen Monopolen und ihren Organisationen beherrschen, ausbeuten, betrügen und unterdrücken lassen? Verlangt die demokratische Entwicklung nicht vielmehr, daß die großen Monopole vom westdeutschen Volk wirklich kontrolliert werden? Wäre es nicht möglich, daß eine demokratische Regierung Westdeutschlands, die sich unter der Führung der Arbeiterschaft, der Bauern, der Intelligenz und des friedlich und demokratisch gesinnten Bürgertums befindet, die großen Monopole nationalisiert, aufkauft und sie der Kontrolle der Arbeiterschaft, der Betriebsräte, der Gewerkschaften und der Angehörigen der Intelligenz unterstellt?

Heute, da die Sowjetunion und das sozialistische Weltsystem existieren, ist die Frage zu prüfen, ob nicht die Arbeiterschaft in bestimmten Ländern noch unter kapitalistischen Verhältnissen durch ihren politischen und ökonomischen Kampf die Macht der großen Monopole zurückdrängen und später die Monopole auskaufen kann. Friedrich Engels hat auf Gedanken von Karl Marx aufmerksam gemacht, der zu dieser Frage erklärte, die Lösung hänge von den Umständen ab, unter denen die Werktätigen in den Besitz der Macht kommen. Engels sagte — ich zitiere:

„Ob diese Expropriation mit oder ohne Entschädigung erfolgt, wird größtenteils nicht von uns abhängen, sondern von den Umständen, unter denen wir in den Besitz der Macht kommen, und namentlich auch von der Haltung der Herren Großgrundbesitzer selbst. Eine Entschädigung sehen wir keineswegs unter allen Umständen als unzulässig an; Marx hat mir — wie oft! — als seine Ansicht ausgesprochen, wir kämen am wohlfeilsten weg, wenn

wir die ganze Bande auskaufen könnten.“

Da in einem Teil Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, die sozialistischen Produktionsverhältnisse bereits gesiegt haben, liegt es um so näher, über diese Möglichkeiten ernsthaft nachzudenken.

Liebe Genossen, liebe Freunde!

Kann es denn dort eine Entwicklung der Demokratie geben, wo es keine Demokratie in der Wirtschaft gibt, wo eine Handvoll großkapitalistischer Monopolverbände die Diktatur über das Leben des Volkes ausübt? Was kann es für eine Demokratie geben, wo tagein, tagaus die Presse dieser großkapitalistischen Verbände schmutzige militaristisch-chauvinistische Propaganda verbreitet und Haß gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder sät, wie das z. B. die Springer-Presse tut?

Was ist denn das für eine „Demokratie“, wenn einige Dutzend Multimillionäre tagein, tagaus viele Dutzende Millionen Zeitungen und Zeitschriften verbreiten können, deren Lebenszweck es ist, in raffinierter Weise den Interessen dieser Multimillionäre zu dienen?

Oder ist es nicht etwa höchste Zeit für Westdeutschland, dem Abbau der Demokratie ein Ende zu bereiten? Ist es nicht höchste Zeit, die Macht des Parlaments und der Ausschüsse wenigstens im Sinne der bürgerlichen Verfassung zu sichern und den Einfluß der großkapitalistischen Gesellschaften auf viele Abgeordnete unmöglich zu machen? Ist es nicht auch höchste Zeit, das Grundgesetz in seiner Ursprünglichkeit wiederherzustellen und zu verhindern, daß es durch Notstandsverordnungen ein Stück Papier mit vielen Löchern wird?

Unsere Arbeitersolidarität verlangt es, offen auszusprechen: Wir sehen mit Bitterkeit, daß wirkliche Gleichberechtigung der Frauen in Westdeutschland nicht existiert! Auch die Rechte der Jugend können sich in keiner Weise mit denen messen, die die Jugend in der DDR genießt. Wo bleibt in Westdeutschland ein Gesetz über die Grundrechte der jungen Generation?

Und wie könnten wir ruhig bleiben, wenn in Westdeutschland nur ein win-

ziger Teil der Arbeiterjugend Zugang zu einer höheren Schulbildung hat, wenn die Einklassenschule noch in so vielen Orten Trumpf ist und wenn ein rückständiges Bildungssystem Westdeutschland rückwärts entwickelt und selbst im Verhältnis zu anderen kapitalistischen Ländern zurückbleiben läßt?

Wir fragen uns: Wie kann die westdeutsche Arbeiterschaft das alles dulden? Wie kann sie es dulden, daß die Rechte der Betriebsräte statt erweitert ausgehöhlt werden? Wo bleibt denn das Recht der Kontrolle der Betriebe durch Gewerkschaften und Betriebsräte, um wirklich dafür sorgen zu können, daß sich die Demokratie auch in den Fabriken und Bergwerken das Bürgerrecht erobert? Und müßten nicht sehr energische Maßnahmen in Westdeutschland unternommen werden, um aus der Bundeswehr den reaktionären Geist auszutreiben und zu verhindern, daß die Söhne der Arbeiter und Bauern zu Landsknechten erzogen werden?

Liebe westdeutsche Landsleute!

Sie mögen sagen, ich mischte mich hier in Angelegenheiten ein, die Sache der Westdeutschen sei. Verübeln Sie mir das nicht! Wenn ich an die Vereinigung der deutschen Staaten denke, so muß ich mir ja einen westdeutschen Staat vorstellen, in dem die friedlichen, schöpferischen demokratischen Kräfte die Oberhand gewonnen haben; in dem die Entwicklung zur Demokratie geht und nicht wie jetzt immer mehr zur großkapitalistischen, nur notdürftig verhüllten Diktatur der Monopole. Und wie soll eigentlich ein friedlicher und demokratischer westdeutscher Staat entstehen, der sich auch seiner Verantwortung für die Verständigung der beiden deutschen Staaten bewußt ist, ohne daß die zahlenmäßig stärkste Klasse, die Arbeiterklasse, im Bunde mit den Bauern, den Intellektuellen, den Mittelschichten, ihre große Kraft, ihre Fähigkeiten und die Lebensinteressen des Volkes in die Waagschale wirft?

Genauso unvoreingenommen und sachlich, wie wir jeden ernststen Vorschlag prüfen wollen, der von seiten der westdeutschen Sozialdemokraten und Gewerkschafter kommt, bitten wir Sie, liebe westdeutsche und West-

berliner Arbeiter und Werktätige, auch unsere Gedanken und Vorschläge zu prüfen. Wir betrachten sie, das sagen wir gleich, natürlich nur als Grundlage für eine fruchtbare Diskussion.

Wir sehen für Westdeutschland zwei Möglichkeiten der Entwicklung:

Entweder wird Westdeutschland durch die Macht und den Druck der großkapitalistischen Monopole und der mit ihnen verbündeten Militaristen und ultrareaktionären Politiker ein immer reaktionärereres Land, in dem die demokratischen Rechte immer mehr abgebaut und die Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiter und Bauern verschärft werden. In diesem Falle wird dieses Westdeutschland nicht nur immer gefährlicher für die Erhaltung des Friedens. Dann schwindet auch jede Möglichkeit der Wiedervereinigung in weite, weite Ferne.

Oder: Die Arbeiterklasse wird durch ihre Parteien und Organisationen, die sich mit allen demokratischen und friedlich gesinnten Kräften verbünden, die politische Macht auf demokratische und friedliche Weise erobern, die aktiven Nazis und Kriegsverbrecher aus dem Staatsapparat entfernen, den großkapitalistischen Monopolen die Wirtschaftsmacht entwenden, die Demokratie entwickeln, die Rüstungen abbauen, die atomare Aufrüstung (eingeschlossen die multilaterale) verhindern und sich jeder revanchistischen Forderung entgegenstemmen. Dazu gehört auch: Der westdeutsche Staat, unter dieser neuen politischen Führung, beginnt sich mit der Deutschen Demokratischen Republik über die Annäherung und Zu-

sammenarbeit der deutschen Staaten und schließlich über die Überwindung der Spaltung Deutschlands zu verständigen.

Wenn sich die Werktätigen in Westdeutschland von einer solchen Politik leiten lassen, dann helfen sie nicht nur ihr eigenes Leben und das Leben des ganzen deutschen Volkes vor einem neuen Krieg zu bewahren. Sie sichern sich damit gleichzeitig ihre wirtschaftliche und soziale Existenz. Und dazu weitere Entspannung und Entfaltung der Demokratie.

Eine solche Lage würde wahrscheinlich die Vereinigung der deutschen Staaten in einem viel schnelleren Tempo ermöglichen, als wir uns das heute vorstellen können.

Wäre es nicht vielleicht zweckdienlicher, wenn alle deutschen Arbeiterparteien und Gewerkschaften auf paritätischer Grundlage gemeinsam eine Zeitschrift herausgeben würden, in der in kameradschaftlicher Diskussion alle Vorschläge, alle Wege zur Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten zu ihrer Vereinigung geprüft werden?

Liebe Genossen!

Nach 15 Jahren Deutsche Demokratische Republik können wir mit gutem Gewissen vor dem Urteil der Geschichte bestehen. Wir gehen in das vierte Jahr fünf im Leben unseres sozialistischen deutschen Volksstaates mit dem Gelöbnis, auch weiterhin mit Kraft und Leidenschaft unserem deutschen Volk, dem Frieden und dem Sozialismus zu dienen, die Deutsche Demokratische Republik allseitig zu stärken und ihr Ansehen in der Welt durch friedliche Leistungen zu erhöhen.

Der gefährliche Kurs der chinesischen Führer*)

VON WILLI MOHN, MITGLIED DES POLITBÜROS DES ZK DER KPD

Die KPD sieht gegenwärtig ihre Hauptaufgabe darin, alle friedliebenden Kräfte aus der Arbeiterklasse und aus den anderen Volksschichten im Kampfe für eine Politik des Friedens und der Entspannung, für die Verteidigung der demokratischen

Rechte und Freiheiten, für die sozialen Interessen der Werktätigen zu mobilisieren. Unsere Anstrengungen sind vor allem darauf gerichtet, zu verhindern, daß von westdeutschem Boden ein neuer Krieg ausgeht.

Für alle Menschen ist das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt und sind die Erfolge der konsequen-

*) Erschienen in der „Prawda“ vom 8. September 1964

ten Friedenspolitik der Sowjetunion sichtbar. Als Ergebnis dessen stoßen die herrschenden Kreise in Bonn auf immer neu erwachsende Schwierigkeiten. Der unlängst abgeschlossene Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR hat endgültig alle Illusionen und Spekulationen der westdeutschen Imperialisten über die Möglichkeit, die DDR der Bundesrepublik „anzuschließen“ oder den sozialistischen deutschen Staat von der Sowjetunion zu isolieren, weggeblasen. Es unterliegt somit keinem Zweifel, daß die fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik mit dem Abschluß dieses Vertrages Unterstützung von Seiten der Sowjetunion und der DDR erhalten haben.

Doch muß leider bemerkt werden, daß gleichzeitig bestimmte Kreise in ihrem Bestreben, die Gefährlichkeit des revanchistischen Kurses der westdeutschen Imperialisten zu verniedlichen und abzuschwächen, dem nicht leichten Kampf unserer Partei und der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik ernststen Schaden zufügen, da sie damit die Völker desorientieren und demobilisieren. Nur so aber kann man die Politik und die Tätigkeit der chinesischen Führer einschätzen.

Seit die Führer der KP Chinas die Theorie von der „Zwischenzone“ verkündeten, ist einige Zeit vergangen. Da zu dieser „Zone“ auch die Bundesrepublik gezählt wird, hat das ZK unserer Partei diese besagte „Theorie“ aufmerksam und eingehend studiert, vor allem vom Standpunkt ihrer praktischen politischen Bedeutung aus.

Die These von der „Zwischenzone“ ist unvereinbar mit der Politik der KPD. Das Zentralkomitee unserer Partei hat bereits in früheren Erklärungen betont, daß die These von der „Zwischenzone“ in schroffem Widerspruch steht zu der gemeinsamen Einschätzung der kommunistischen und Arbeiterparteien in der Moskauer Erklärung von 1960, daß die Bundesrepublik zum Hauptgefahrenherd für den Frieden in Europa geworden ist.

Mit Freude haben sich die reaktionärsten und aggressivsten Vertreter der Monopole, die nach der atomaren Aufrüstung gieren, auf die Theorie

der „Zwischenzone“ gestürzt. Sie wollen sie zur Tarnung des wahren Charakters ihrer Ziele und ihrer Politik benutzen. Die neofaschistische, den extremsten militaristischen Kreisen nahestehende „Deutsche National- und Soldatenzeitung“ bedankt sich bei der chinesischen Parteiführung für die These von der „Zwischenzone“ mit den Worten: „Es ist für uns ein ungewöhnliches Erlebnis, einmal nicht zu den Imperialisten, sondern zum friedliebenden Teil der Welt gerechnet zu werden.“ Die gleiche Zeitung hetzt weiter: „Das von Menschen überbordende China kann sich nur in Regionen ausdehnen, die unter russischer Flagge stehen.“

Die westdeutsche Reaktion beschränkt sich nicht auf die propagandistische Ausnutzung der Spaltertätigkeit der chinesischen Führer. Es ist kein Zufall, daß gerade die „Besessenen“ sich am stärksten für die Aufnahme von Beziehungen zu China einsetzen. Das sind dieselben Kreise, die sich am schärfsten gegen jeden Schritt der Entspannung und Verständigung mit der DDR und der Sowjetunion wenden, die am lautesten die Revision der Grenzen fordern.

Woher plötzlich dieses besondere Interesse der deutschen Imperialisten an China? Ein bestimmtes Licht wirft auf diese Frage die „Augsburger Allgemeine Zeitung“. Sie brachte unlängst folgende Meldung aus Paris: „Der Geschäftsträger Pekings in Paris, Sun-Shi-Kuan, habe angedeutet, daß Peking bereit sei, im Austausch für Handelsbeziehungen auch die Hallstein doktrin anzunehmen, also mit der DDR zu brechen und die Bundesrepublik allein als deutschen Staat anzuerkennen, in der DDR aber Rußlands westliches Formosa zu sehen.“

Das sind die Hintergründe, die zeigen, welche „Hoffnungen“ die anti-sowjetischen Positionen der Leiter der KP Chinas bei den deutschen Imperialisten erweckt haben.

Die These der chinesischen Führer von der „Zwischenzone“ geht davon aus, daß der westdeutsche Imperialismus nur ein „Schatten“ des USA-Imperialismus und daß er deshalb weniger gefährlich sei. Aber das ist, was Europa anbetrifft, einfach nicht wahr. In Europa geht die Hauptkriegsgefahr

vom westdeutschen Imperialismus aus, ist er der Hauptgegner jeglicher Entspannung und Abrüstung, ist er es, der sich am heftigsten einer Anerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges widersetzt und der revanchistische Forderungen erhebt.

Wir wissen sehr gut, was unserm Kampf gegen die revanchistische Politik der westdeutschen Militaristen hilft und was ihm schadet. Es nützt diesem Kampf nicht, wenn man sich in Worten gegen den deutschen Imperialismus ausspricht, aber durch Ablehnung des Moskauer Teststoppabkommens die deutschen Militaristen ermuntert, selbst nach Atomwaffen zu greifen. Es nützt dem Kampfe gegen den Imperialismus nicht, wenn man in Worten die Gefährlichkeit des amerikanischen Imperialismus geißelt, aber die Augen vor der Tatsache verschließt, daß in Europa der Friede insbesondere vom deutschen Imperialismus und Revanchismus bedroht wird. Es hilft den friedliebenden und demokratischen Kräften der Bundesrepublik nicht, wenn man sie in Worten der Unterstützung versichert, den deutschen Imperialismus aber die Munition liefert, um den Kampf der Arbeiterklasse und die Friedensbewegung zu schädigen.

Seit einiger Zeit schon erlebt unsere Partei, wie die in Bonn herrschenden Kreise alle Anstrengungen unternehmen, um die Positionen und die Materialien der chinesischen Führer zu nutzen. Wir haben Beweise dafür, daß das Amt für Verfassungsschutz (Politische Polizei) eine besondere Abteilung geschaffen hat, mit der Aufgabe, die Politik der chinesischen Parteiführung zu studieren und Empfehlungen zu geben, wie diese Politik genutzt werden kann, um gegen die KPD vorzugehen, die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten und die Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte zu erschweren und die psychologische Kriegsführung gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion zu verstärken.

Unsere Partei war daher gezwungen, eine offene ideologisch-politische Auseinandersetzung mit den schädlichen Auffassungen und der spalterischen Tätigkeit der chinesischen Füh-

rer, mit ihren vom Marxismus-Leninismus abweichenden Theorien und Methoden zu führen. Diese Diskussion, die vom Boden des Marxismus-Leninismus, von den gemeinsamen Beschlüssen der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960, vom Boden unserer Politik, wie sie auf dem Parteitag der KPD 1963 beschlossen wurde, geführt wird, hat die Partei ideologisch und politisch gestärkt. Das Zentralkomitee unserer Partei, unsere Bezirks- und Kreisleitungen sind bestrebt, trotz der erschwerten Bedingungen der Illegalität in allen Grundeinheiten kollektive Diskussionen durchzuführen, um allen Genossen das Verständnis für das Wesen und den Inhalt der Meinungsverschiedenheiten mit den chinesischen Führern zu vermitteln.

Unsere Grundorganisationen weisen kategorisch die „Plattform“ der Führer der KP Chinas ab, als mit den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus unvereinbar, als der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung widersprechend.

Unsere Partei betrachtet den XX. Parteitag der KPdSU als den historischen Wendepunkt in der internationalen kommunistischen Bewegung. Sie sieht es als großes geschichtliches Verdienst des ZK der KPdSU unter Leitung des Genossen N. S. Chruschtschow an, daß es den Personenkult und seine Folgen liquidiert und den schöpferischen Leninschen Geist und Stil in seiner gesamten Tätigkeit durchgesetzt hat. Wir lehnen die verderbliche Praxis des Personenkults um Mao Tse-tung und der Mißachtung der Leninschen Normen des Parteilebens in der KP Chinas ab. Obwohl unsere Partei seit 1956 in der Illegalität arbeiten muß, haben wir in dieser Zeit zwei Parteitage und eine Parteidelegiertenkonferenz durchgeführt. Die Parteileitungen und Grundorganisationen wurden zur Erarbeitung der Politik der Partei herangezogen. Umso entschiedener lehnen unsere Genossen den sich immer weiter verstärkenden Anspruch der chinesischen Führer im Namen anderer Parteien aufzutreten und deren nationalistischen, abenteuerlichen Kurs ab.

Die Tatsache, daß die chinesischen Führer ihre Angriffe und Verleumdungen gegen die KPdSU und gegen

andere Bruderparteien fortsetzen und daß sie ihre Spaltertätigkeit verstärken, zwingt selbstverständlich alle marxistisch-leninistischen Parteien zu ernstesten Überlegungen, wie man die Spaltung verhindern und die Einheit festigen kann.

Unser Zentralkomitee unterstützt den Vorschlag der KPdSU und anderer Bruderparteien, eine internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien einzuberufen. Wir sprechen damit aus, was immer stärker von den Leitungen und Grundorganisationen unserer Partei gefordert wird. Wir sind der Meinung, daß die neue Beratung von den Parteien vorbereitet werden sollte, die 1960 in der Redaktionskommission der Beratung der 81 Parteien vertreten waren.

Die Notwendigkeit einer neuen Beratung ergibt sich aber nicht nur aus den entstandenen Meinungsverschie-

denheiten. Vor uns stehen viele die Bruderparteien gemeinsam berührenden grundsätzlichen Fragen, die mit den Problemen verbunden sind, die sich im Ergebnis des weiter wachsenden Einflusses des sozialistischen Weltsystems, der Erfolge der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder auf ökonomischem Gebiet und dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt, die neuen Prozesse in den jungen Nationalstaaten, die Erfolge der nationalen Unabhängigkeitsbewegung und der neuen Erfahrungen der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern ergeben haben. Alles dies erfordert die kollektive Erörterung und die marxistisch-leninistische Verallgemeinerung. Deshalb erscheint uns die Einberufung einer neuen internationalen Beratung unerläßlich. Ihre Vorbereitung ist eine wichtige Aufgabe der allernächsten Zeit.

Die Notstandsgesetze müssen verhindert werden

von MAX SCHÄFER

Es ist tatsächlich „Gefahr im Verzuge“, Gefahr für die noch verbliebenen demokratischen Rechte des Volkes, Gefahr für das Grundgesetz in seiner Gesamtheit.

Bundesinnenminister Höcherl und mit ihm alle Scharfmacher in Bonn wollen unbedingt die Notstandsgesetze in dieser Legislaturperiode des Bundestages, d. h. bis spätestens Juli 1965 beschließen lassen. Möglichst aber soll das noch in diesem Jahre geschehen, um zu verhindern, daß die unpopulären Gesetze Gegenstand des Wahlkampfes werden. Sie enthalten nämlich neben der Gefahr einer Notstandsdictatur auch unmittelbare erhebliche Belastungen für die Bevölkerung. So können z. B. nach dem Zivildienstgesetz alle Männer zwischen 18 und 65 Jahren (außer der Wehrpflicht) und alle Frauen zwischen 18 und 55 Jahren für „lebenswichtige und verteidigungswichtige“ Dienste aller Art ausgebildet werden, wobei nach Artikel 7 des Entwurfs die Erstausbildung 200 Stunden oder 28 Tage, die weitere Ausbildung jährlich 100 Stunden oder 14 runde Tage betragen darf.

Gleichzeitig verursachen sie große finanzielle Belastungen. So soll nach dem Selbstschutzesgesetz „jeder zur Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen zum Schutze gegen die Einwirkung radioaktiver Niederschläge und gegen chemische Kampfstoffe und biologische Kampfmittel“ (§ 6), eines Notvorrats von Lebensmitteln für 14 Tage (§ 7), von Geräten zur Brandbekämpfung und zur Selbstbefreiung (§ 8) gezwungen werden. Hinzu kommen die sehr erheblichen Belastungen durch das Schutzaugesetz. Nach einer im Auftrage der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V.“ von der Schweizer Prognos AG angefertigten Schätzung müßten dafür minimal 10 Jahre lang jährlich 9,9 Milliarden DM, bei einer mittleren Schätzung 10 Jahre lang jährlich 13 Milliarden DM aufgewandt werden.

Alle, die aus eigenem Erleben den Bombenkrieg kennen, und sich die Auswirkungen eines um das Tausendfache schlimmeren Atomkrieges auch nur annähernd vorstellen können, wissen, wie wertlos all dies ist. Aber es ist nicht nur wertlos, wie der zwei-

fache amerikanische Nobelpreisträger Prof. Pauling auf seinen Kundgebungen im Juni 1964 in der Bundesrepublik sagte, sondern auch gefährlich, da den Menschen ein Schutz vorgegaukelt wird, der gar nicht existiert und sie so psychologisch auf den Krieg vorbereitet werden.

Die Gefahr, daß die Bevölkerung, die Gewerkschaften, die demokratischen und Friedensorganisationen durch eine plötzliche Verabschiedung der Notstandsgesetze überrascht werden — einige von ihnen wurden bereits im Februar 1963 in erster Lesung im Bundestag beraten — ist gerade deshalb so groß, weil die SPD-Führung auch in dieser Frage „Gemeinsamkeit“ mit den Scharfmachern in Bonn will. So berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 28. August 1964:

Die Front des Widerstandes ist breit

Sie reicht von den Gewerkschaften, den demokratischen und Friedensorganisationen, der Intelligenz — wie der Vereinigung deutscher Wissenschaftler bis zum Mittelstand und selbst zu Unternehmerkreisen. Das ist natürlich, denn die Notstandsgesetze bedrohen alle Menschen, die Arbeiter die Bauern, die Intelligenz, den Handel und die Unternehmer, mit Ausnahme jener kleinen Gruppe von Monopolisten und Militaristen, die unmittelbar an der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung interessiert sind.

Viele Kritiker, insbesondere aus bürgerlichen Kreisen, sprechen vom Perfektionismus dieser Gesetze. In der Tat. Diese Gesetze ermöglichen es, alle Arbeitskräfte, das ganze Leben und das Eigentum des Bürgers in den Dienst der Kriegsrüstung und des Krieges zu stellen und dazu alle demokratischen Rechte des Volkes aufzuheben und alle demokratischen Institutionen ihrer Funktionen zu entkleiden. Rechtsanwalt Heinrich Hannover sagte völlig zutreffend auf der 11. Tagung des erweiterten Initiativ-

„Die Chancen einer Verabschiedung der wichtigsten Notstandsgesetze noch in dieser Legislaturperiode werden auch von den Sozialdemokraten als nicht schlecht angesehen. Wie die anderen Bundestagsfraktionen ist auch die der Sozialdemokraten an einer endgültigen und raschen Regelung der Notstandsfrage interessiert. ... Der parlamentarische Geschäftsführer der Landesgruppe der CSU, Wagner, äußerte sich am Donnerstag in Bonn befriedigt über die Erklärungen Schmitt-Vockenhausens zur Notstandsfrage. Somit bestehe die Hoffnung, sagte er, daß nach einer ersten positiven Stellungnahme der SPD-Führung das Notstands-Verfassungsgesetz und ein beachtlicher Teil der übrigen Notstandsgesetze noch vor Weihnachten verabschiedet werden könnten.“

Ausschusses für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen, daß mit Hilfe dieser Gesetze „der totale Notstandsstaat“ geschaffen werde.

„Die Notstandsgesetze in ihrer Gesamtheit stellen die totale Inpflichtnahme und politische Entmündigung der Bevölkerung dar.“¹⁾

Über diesen „totalen Notstandsstaat“ sagt er:

„Alle den freiheitlich-demokratischen Staat konstituierenden Verfassungsprinzipien sind in ihr Gegenteil verkehrt: Nicht Freiheit und Würde des Menschen sind Ausgangspunkt alles staatlichen Handelns, sondern umgekehrt haben sich die ökonomischen und politischen Grundrechte des Menschen einer Staatsräson zu beugen, die nach den Erfordernissen des Krieges ausgerichtet ist.“²⁾

Zu einer ähnlichen Feststellung kommen die Professoren Dr. H. Heimpe, Dr. L. Raiser, Dr. L. Snell, Dr. W. Walcher in ihrem Vorwort zu einem Memorandum, das Prof. Dr. H. K. I. Ridder und Dr. E. Stein im Auftrag der „Vereinigung deutscher Wissenschaftler e. V.“ ausgearbeitet haben: „Dadurch werden die Grenzen zwischen dem Friedensrecht und dem Kriegsrecht weitgehend verwischt. So kann die Freiheit bereits preisgegeben

¹⁾ „Veröffentlichung über die erweiterte 11. Arbeitstagung und Gesamtsprache des erweiterten Initiativ-Ausschusses für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen“ S. 25

²⁾ ebenda, S. 25/26

werden, bevor ein Krieg sie bedroht.³⁾

Die Notstandsgesetze würden es der Bonner Regierung und dem Staatsapparat ermöglichen, Maßnahmen bereits in Friedenszeit durchzuführen, die im zweiten Weltkrieg von den Hitler-Faschisten erst nach der Niederlage in der Schlacht an der Wolga ergriffen wurden, als Goebbels den

totalen Krieg verkündete. Die Ereignisse des zweiten Weltkrieges sind vielen Menschen noch in Erinnerung und selbst Kapitalisten sagen sich, daß sie ein drittes Mal nicht mehr davonkommen würden. Daraus ergibt sich der Widerstand in allen Bevölkerungsgruppen ergibt sich die Möglichkeit, die Notstandsgesetze am Volkswiderstand scheitern zu lassen.

Gegen die Täuschungsmanöver der Scharfmacher

Darum gerade wird amtlicherseits versucht, der Bevölkerung den Inhalt der Notstandsgesetze zu verschweigen und ihre wahre Bedeutung zu verschleiern. Während die Beratung der Gesetze sonst der Öffentlichkeit zugänglich ist, wird seit dem 3. Oktober 1963 die Beratung über die Notstandsgesetze im Rechtsausschuß geheim durchgeführt.

Die ganze Bevölkerung über die furchtbare Bedrohung durch die Notstandsgesetze aufzuklären, ist daher das erste Erfordernis, um eine umfassende Bewegung gegen die Notstandsgesetze, für den Schutz des Grundgesetzes zu organisieren.

Bei der Notstandsgesetzgebung handelt es sich gegenwärtig um 12 Gesetz-

entwürfe, um das Notstandsverfassungsgesetz und den sogenannten einfachen Notstandsgesetzen. Von dem ersten behauptet Höcherl in einem Gespräch mit dem militärischen Mitarbeiter der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Adelbert Weinstein: „Hiergegen habe man längere Zeit Widerstand, vor allem bei den Gewerkschaften, gespürt. Doch er sei jetzt sicher, daß die Gewerkschaften grundsätzlich nicht anderer Auffassung seien als das Innenministerium.“⁴⁾ Daß das eine grobe Irreführung ist, hat u. a. die Frauenkonferenz der IG Metall bewiesen, die am gleichen Tag an alle SPD-Bundestagsabgeordnete appellierte, jede Notstandsgesetzgebung abzulehnen.

Notstandsgesetze bringen keinen Schutz

Zur Täuschung der Bevölkerung behaupten die Notstandspolitiker, die Gesetze gelten nur für den „Verteidigungsfall“, oder „um Tatsachen zu schaffen für einen besseren Schutz von Frauen und Kindern“ (Höcherl). Die Regierung aber weiß sehr gut, daß es einen wirksamen Schutz im Atomkrieg für die Bevölkerung der Bundesrepublik nicht gibt. So sagte Höcherl selbst am 13. April 1962 in einer Rede vor dem Industrie- und Handelstag in Bremen:

„Wir müssen mit zahllosen Verletzten, Toten und Obdachlosen rechnen. Wenn ich Zahlen nannte, würde Ihnen das kalte Gruseln über den Rücken laufen. Wenn Sie Karten sähen, in

denen man gewisse Annahmen, ich möchte sagen, kartographisch festlegt, so sähen Sie Todeszonen von unerhörtem Ausmaße mit Inselstreifen, in denen vielleicht noch eine gewisse Ordnung aufrechterhalten werden kann.“⁵⁾

Staatssekretär Hans Schäfer vom Bundesinnenministerium wurde am 8. Mai 1964 in Bad Boll noch deutlicher:

„Der massierte Einsatz atomarer, biologischer oder chemischer Waffen des Gegners im Bundesgebiet. In einem solchen Fall treten so ungeheure Verwüstungen ein, daß das Ergebnis sich kaum von einer gänzlichen Ausrottung der deutschen Bevölkerung unterscheiden würde. Ein Schutz der Bevölkerung oder gar eine Aufrechterhaltung der inneren Ordnung wären ausgeschlossen; jegliche Vorbereitungen hierzu wären in der Tat sinnlos.“⁶⁾

Daraus gibt es nur eine Schlußfolgerung: **Nur die Erhaltung und Sicher-**

³⁾ „Der permanente Notstand“ S. 5

⁴⁾ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 4. September 1964

⁵⁾ Zitiert nach „Der permanente Notstand“ S. 42

⁶⁾ „Bulletin der Bundesregierung“, 14. Mai 1964, S. 702

rung des Friedens gibt der Bevölkerung Schutz. Aber keinerlei Vorbereitungen für den „Ernstfall“ können das erreichen. Im Gegenteil, da sie zu den Kriegsvorbereitungen gehören, bringen gerade sie uns der Katastrophe näher.

Um dennoch seine Notstandsgesetze durchzubringen, behauptet Höcherl „die Wahrscheinlichkeit, daß es bei uns zum Atomkrieg komme, betrage 4 Prozent“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 4. September 1964). Das ist nun allzu plump; denn alle Staatsmänner des Westens und Ostens sind sich darüber im klaren, daß jeder

Krieg im Herzen Europas, wenn er nicht als Atomkrieg beginnt, doch in einem solchen endet. Gerade die Bundesregierung unternimmt doch alles, damit es nicht anders sein kann. Sie lehnt alle Vorschläge der DDR auf Atomverzicht und Verständigung ab. Die Bundesregierung ist gegen die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Sie fordert Verfügungsgewalt über Atomwaffen und die atomare Vorwärtstrategie, den Einsatz von Atomwaffen in der ersten Stunde, die Ausrüstung der NATO-Divisionen mit Atomwaffen usw.

Regierung könnte jederzeit Notstand erklären

Bei der „Notstandsverfassung“ handelt es sich um 12 Artikel, 115a bis 115l, die ins Grundgesetz eingebaut werden sollen. Art. 115a sieht vor, daß der „Zustand der äußeren Gefahr“ ausgerufen wird, „wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff droht“.

Nun wissen wir ja, daß auch Hitler am 1. September 1939 erklärte: „Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen.“ Vorher war ein Angriff polnischer Soldaten auf den Gleiwitzer Sender fingiert worden. Auch der Angriff auf die Sowjetunion 1941 wurde mit angeblichen „bolschewistischen Angriffsvorbereitungen“ begründet, denen man zuvorzukommen müsse. Aus dem Artikel „Fallex 62“ im „Spiegel“, der die Nacht-und-Nebel-Aktion gegen den „Spiegel“ auslöste, geht hervor, daß auch in der Bundeswehrführung die Offiziere in der Überzahl sind, die wie Hitler 1941 — die These vom „zuvorkommenden ersten Schlag“ vertreten.

Über die Frage, wer nun feststellt, daß ein „Angriff droht“, heißt es in der schriftlichen Begründung der Bundesregierung: „... in der Regel ist nur diese auf Grund der ihr zugänglichen nachrichtendienstlichen und sonstigen amtlichen Erkenntnisquellen in der Lage, zu beurteilen, ob es an der Zeit und angebracht erscheint, die Feststellung des ‚Zustandekommens der äußeren Gefahr‘ einzuleiten“.

„Bei der 2. Alternative ist in erster Linie an offenkundige internationale

Spannungszustände gedacht, die einen solchen Grad erreicht haben, daß mit einem alsbaldigen bewaffneten Angriff eines fremden Staates oder einer fremden Regierung auf das Bundesgebiet gerechnet werden muß. Die 2. Alternative wäre aber auch dann als erfüllt anzusehen, wenn auf Grund nachrichtendienstlicher oder anderer geheimer Quellen die den vorliegenden Erfahrungen nach als zuverlässig gelten können, ein bewaffneter Angriff ... als bevorstehend erscheint oder wenigstens ernstlich mit einem solchen Ereignis gerechnet werden muß, auch ohne das eine für alle Welt offenkundige internationale Spannung zu bestehen braucht.“

Wir brauchen also gar nicht erst an den Krieg in Korea, den faschistischen Putschversuch am 17. Juni 1953 in der DDR, die Suez-Krise 1956, die Kuba-Krise 1962 usw. zu denken, die Regierung wird, wenn sie will, jederzeit einen Anlaß für die Verkündung des Zustandes der „äußeren Gefahr“ finden. Höcherl sagt daher auch schlicht und einfach in dem Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Eigentlich befänden wir uns seit 1953 ständig in einer gefährlichen Lage. Diese Gefahr bleibe.“⁷⁾

Da die Bonner Agentendienste mit Leuten durchsetzt sind, die nicht das Grundgesetz, sondern die SS-Runen unter dem Arm tragen und unter der bewährten Leitung durch die Scharfmacher Krone und Höcherl stehen, wird es im von der Regierung gewünschten Augenblick auch nicht an dem notwendigen Material fehlen.

⁷⁾ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 4. September 1964

Die „Notstandsverfassung“ aber gibt dann der Regierung die Möglichkeit, die entscheidenden Grundrechte — darunter auch das Koalitions- und

Ermächtigungs- und Antistreikgesetze

Für die sogenannten „einfachen Notstandsgesetze“ gilt dasselbe wie für die Notstandsverfassung: sie sind angeblich „für den Verteidigungsfall“ gedacht. Die Wahrheit aber, so stellen Ridder und Stein z. B. vom Zivildienstgesetz und dem Aufenthaltsregelungsgesetz fest: „Alle in ihnen vorgesehenen Freiheitsbeschränkungen treten spätestens in Kraft, sobald es die Bundesregierung für ‚den Umständen nach dringend erforderlich‘ hält.“⁹⁾ Von den Sicherstellungsgesetzen wird gesagt: „Ein genaues Studium der Entwürfe zeigt jedoch, daß sie nicht eine einzige Vorschrift enthalten, die ausschließlich im Verteidigungsfall anwendbar wäre.“¹⁰⁾

Die Befürworter der Notstandsgesetze versuchen den Widerstand der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften dadurch zu schwächen, daß sie erklären, das Streikrecht werde durch die Notstandsverfassung nicht beeinträchtigt. In Wahrheit bedarf es für die Militaristen dieser Bestimmung nicht, denn das Zivildienstgesetz, das die Deckung des Personalbedarfs zur Erfüllung der lebens- und verteidigungswichtigen Aufgaben gewährleisten soll (nach Begründung Seite 17) **nimmt dem Arbeiter sowohl das Recht der freien Arbeitsplatzwahl wie auch das Streikrecht.**

Rechtsanwalt Hannover weist darauf hin, daß dieses Gesetz die Bevölkerung in zwei Gruppen teilt: „... nämlich in Zivildienstberechtigten und Zivildienstpflichtigen. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, daß diese Grup-

Streikrecht — aufzuheben, mit Notverordnungen zu regieren, die Bundeswehr gegen das Volk einzusetzen usw.

pen identisch sind mit den in der marxistischen Terminologie als „Klassen“ bezeichneten Unterscheidungen in Eigentümer von Produktionsmitteln und Proletariat oder — bürgerlich aber ungenauer ausgedrückt — in Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“¹¹⁾

An anderer Stelle heißt es:

„Nach § 63 ZDG wird jede Verletzung der ZD-Pflicht bestraft. Die Regelung ist im einzelnen parallel den Strafvorschriften gegen Verletzungen der Wehrdienstpflicht: Der Entfernung von der Truppe entspricht die Regelung des § 63, Abs. 1, die ein eigenmächtiges Verlassen der Arbeitsstelle oder ein Fernbleiben unter Strafe stellt, der Fahnenflucht des Soldaten entspricht das in § 63 Abs. 2 ZDG geregelte Verlassen oder Fernbleiben mit der Absicht, sich der ZD-Pflicht dauernd zu entziehen. Der Streik zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen innerhalb eines ZD-Verhältnisses — vom politischen Streik ganz zu schweigen — wird damit zu einer strafbaren Handlung.“¹²⁾

So sieht es also in Wirklichkeit mit der Behauptung sozialdemokratischer Führer zur Verharmlosung der Notstandsgesetze aus, daß mit der Notstandsverfassung die gewerkschaftlichen Rechte nicht angetastet würden. Da das ZDG jederzeit in Kraft gesetzt werden könnte, sobald es die Regierung „den Umständen nach dringend erforderlich hält“, könnte jeder Streik von Bedeutung damit unterdrückt werden.

Nach dem Vorbild des Hitler-Faschismus

Mit dem Zivildienstgesetz würden die Arbeiter zu den Unternehmern in ein ähnlich rechtloses Verhältnis ge-

setzt, wie während des Hitler-Faschismus die „Gefolgschaft“ zum „Betriebsführer“. Der Unternehmer oder sein Beauftragter hat als Zivildienstberechtigter die Eigenschaft eines staatlichen Funktionärs, dessen Befehlen der Arbeiter, der Zivildienstpflichtige bei Strafe nachzukommen hat.

Der Unternehmer oder sein Beauftragter ist gleichzeitig Leiter des Be-

⁹⁾ „Der permanente Notstand“ S. 14

¹⁰⁾ ebenda S. 15

¹¹⁾ Aus: „Veröffentlichung über die erweiterte 11. Arbeitstagung und Gesamtaussprache des erweiterten Initiativ Ausschusses für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen“, S. 17

¹²⁾ ebenda S. 19

triebselbstschutzes (nach § 21 II, SSG). Nun soll auch der Werkschutz, „die Privatarmee der bundesdeutschen Industrie“¹²⁾ den Status von Hilfspolizisten erhalten. Rechtsanwalt Hannover sagt dazu:

„Das ganze bietet ein so makabres Bild einer Kongruenz der entworfenen

verfassungsjuristischen Staatsstruktur mit den realen wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Kreise, daß sich die kommunistische Propaganda kein dankbareres Objekt zur Veranschaulichung einer mit Zwangsgewalt aufrechterhaltenen Klassengesellschaft hätte ausdenken können.“¹³⁾

Das Grundgesetz schützen

Die Notstandsgesetze sind nicht nur die bloße Fortsetzung des Prozesses der Einschränkung der demokratischen Rechte, der Aushöhlung der demokratischen Institutionen, wie wir sie seit 1949 mit der Wiederherstellung der Macht der Monopole und des deutschen Militarismus sowie der atomaren Aufrüstung kennen. Die Notstandsgesetze schaffen eine gänzlich neue Lage. Jetzt geht es um die Erhaltung des Grundgesetzes überhaupt. Die Verwirklichung der Notstandsgesetze würde eine neue faschistische Diktatur oder, wie Rechtsanwalt Hannover sagt, den „totalen Notstandsstaat“ schaffen. Zu dieser Feststellung gelangt auch der Staatsrechtler Prof. Ridder von der Universität Bonn:

„Ich habe versucht klarzumachen, daß die Bundesregierung nach der Logik ihrer eigenen Konzeption von den ihr durch eine solche Gesetzgebung übertragenen Vollmachten alsbald in größtem Umfang Gebrauch machen müßte. Das heißt also, daß sie die mit der Notstandsgesetzgebung entstandene Nebenverfassung ständig zur Wirklichkeit, die Hauptverfassung unseres Grundgesetzes aber zum Blatt Papier machen müßte. Die Verfassungswirklichkeit wäre die der Nebenverfassung, die man nicht mehr als eine rechtsstaatliche und demokra-

tische bezeichnen kann... Das Ende der Weimarer Reichsrepublik zeigt Ihnen, daß nicht nur politisch, sondern auch staatsrechtswissenschaftlich eine solche Durchbrechung der rechtsstaatlichen und demokratischen Verfassung die Vernichtung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bedeutet.“¹⁴⁾

In Übereinstimmung damit sagt Rechtsanwalt Hannover:

„Die Entwürfe der Bundesregierung zur Notstandsgesetzgebung... konzipieren einen gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung qualitativ andersartigen Staat und nicht nur, wie die Befürworter dieser Gesetze glauben machen wollen, eine vorübergehende Regelung für einen in seinen tatsächlichen Voraussetzungen äußerst fragwürdigen Notstandsfall. Permanenz und Totalität des sogenannten Notstandes sichern zugleich die Permanenz und Totalität der Abschaffung der Demokratie. Der Notstandsfall, vor dem das deutsche Volk in seiner Gesamtheit geschützt werden muß, ist der von der Bundesregierung konzipierte totale Notstandsstaat. Es wird höchste Zeit, daß die Demokraten in unserem Staat, denen nicht durch Parteidisziplin oder Fraktionszwang der Mund verbunden ist, sich zu Wort melden, auch wenn sie nicht gefragt sind.“¹⁵⁾

Eine breite Front des Volkes gegen die Notstandsgesetze — für Demokratie

Die Gefahr ist groß und sehr akut. Aber da die Kräfte des Widerstandes alle Volksschichten umfassen, kön-

nen die Notstandsgesetze verhindert werden. Dazu ist erstens notwendig, die ganze Bevölkerung über ihren ungeheuerlichen Inhalt aufzuklären und zweitens, die gewerkschaftlichen Beschlüsse auf Aktionen durchzuführen, von der Aufklärung, in Briefen und Resolutionen an die Abgeordneten, Verpflichtung der Bundestagsabgeordneten, die Mitglieder der Gewerkschaften sind, gegen die Gesetze zu stimmen, bis zu Kundgebungen und Demonstrationen.

¹²⁾ „Frankfurter Rundschau“. 27. August 1964

¹³⁾ „Veröffentlichung über die erweiterte 11. Arbeitstagung und Gesamtsprache des erweiterten Initiativausschusses für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen, S. 21

¹⁴⁾ ebenda, S. 14

¹⁵⁾ ebenda, S. 26

Die Gewerkschaften haben ihre Ablehnung der Gesetze im DGB-Grundsatzprogramm und in diesem Jahre erneut im Beschluß des Gewerkschaftstages der ÖTV und der Frauenkonferenz der IG Metall bekräftigt. Der konkreteste Beschluß in Bezug auf Aktionen wurde sicher vom Gewerkschaftstag der IG Chemie im September 1963 gefaßt. Er sieht vor:

„1. Die Gewerkschaftspresse soll mehr als bisher auf die Gefahren der Notstands- und Zivildienstgesetzgebung hinweisen.

2. Aufklärende Flugblätter und Broschüren sind vor den Betrieben zu verteilen.

3. In den Lehrgängen an DGB-Bundesschulen und Schulen der Gewerkschaften muß über die Notstands- und Zivildienstgesetzgebung gesprochen werden.

4. In Kundgebungen und Demonstrationen sollen die deutschen Gewerkschaften in aller Öffentlichkeit ihren ablehnenden Standpunkt begründen.

5. Es soll eine Sternfahrt — verbunden mit einer Protestkundgebung — nach Bonn durchgeführt werden.

6. Jeder im DGB organisierte Abgeordnete des Bundestages sollte aufge-

fordert werden, der beabsichtigten Notstands- und Zivildienstgesetzgebung seine Zustimmung zu verweigern.

7. Durch Unterschriftensammlungen, die an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages zu richten sind, soll der Wille der Arbeitnehmer zum Ausdruck gebracht werden.“¹⁹⁾

Hiernach sollten die Gewerkschafter handeln und dabei das Wort von Adolph Kummernuß auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV beachten, daß man im Kampf gegen die Notstandsgesetze nicht nur nach oben schauen darf, sondern unten selbst anfangen soll.

Jawohl! Kommunisten und Sozialdemokraten, parteilose und christliche Gewerkschafter, berätet euch in den Betrieben, in den Gewerkschaftsorganisationen und -leitungen. Beschließt Aktionen zur Verhinderung der Notstandsgesetze. Bedenkt: Wenn die Arbeiterklasse in Aktionseinheit handelt, werden sich alle demokratischen Kräfte um sie sammeln. Die Arbeiterklasse ist die stärkste organisierte Kraft. Vereint handelnd wird sie zum Magnet für alle positiven Kräfte unseres Volkes, wird sie ihrer Rolle im Kampf für Frieden, Demokratie und Zukunft unseres Volkes gerecht.

Ausmaß und Gefahren der Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik von FRITZ RISCHÉ

Zur Durchsetzung der Revanchepolitik haben sich die herrschenden Kreise der Bundesrepublik die Bundeswehr geschaffen und eine moderne Rüstungsindustrie aufgebaut. Als 1963 der Aufbau der Bundeswehr einen Personalbestand (aktive Mannschaften und Verwaltungskräfte) von 617 175 Mann erreicht hatte, verfügte das Heer über etwa 3000 Panzer, 4500 Schützenpanzerwagen und 50 000 Kraftfahrzeuge, die Luftwaffe über 800 Flugzeuge und die Marine über 200 Kriegs- und Hilfsschiffe. Gewaltige Mengen Ausrüstungsmaterial, vor allem das „harte Gerät“ wurden zunächst weitgehend aus den USA und

anderen NATO-Ländern importiert. Heute jedoch wird der größte Teil der Ausrüstung (rund 70 Prozent) von der westdeutschen Industrie geliefert. Großekäufer ist das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, eine Verwaltung mit 3600 Beamten und einem Apparat von weiteren 7000 Mitarbeitern in nachgeordneten Dienststellen. Jährlich werden etwa 27 000 Beschaffungsverträge abgeschlossen, 600 davon im Ausland. Bei den Auslandsaufträgen handelt es sich um Großlieferungen, oder wie „Die Welt“ am 14. August 1964 schrieb, um „ausenpolitische Rüstungskäufe“. Die Bundesrepublik ist heute der größte Käufer von ausländischen Waffen. Dazu meint „Die Welt“: „Man sollte

¹⁹⁾ Nach Seifert: „Zur Kritik der Notstandsgesetzgebung“, S. 19

vermuten, das ließe sich in außenpolitische Stärke ummünzen. Schließlich geht es um Milliarden.“ An die USA wurden in den letzten Jahren Aufträge in Höhe von 10 Milliarden, an Frankreich von 2,5 Milliarden und weitere Milliardenaufträge nach Großbritannien und andere Länder vergeben. Eine neue Vereinbarung mit Washington sieht die Lieferung von mehr als 300 Hubschraubern für 1,8 Milliarden DM vor. Diese Milliardenaufträge werden von der Bonner Regierung als Faustpfänder für die eigenen Atom- und Raketenforderungen eingesetzt und als ökonomisches Druckmittel für die Unterstützung des scharfen Kurses gegen die Länder des Sozialismus politisch verkauft. Damit durchbricht die Bundesregierung aber auch systematisch jene Rüstungsbeschränkungen für ABC-Waffen und schweres Gerät, zu denen sie sich im WEU-Vertrag feierlich verpflichtet hat. Durch den Kauf modernster Waffen ersparen sich die Konzerne außerdem eine langfristige und kostspielige eigene Entwicklungsarbeit. Rüstungskäufe im Ausland waren und sind in der Regel die erste Etappe für die Vorbereitung und Aufnahme der eigenen Produktion. Das zeigt sich z. B. beim Raketenbau, der Grundlage der atomaren Kriegsführung.

Albert Norden, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, hat auf der internationalen Pressekonferenz am 27. Februar 1964 in Berlin darüber alarmierende Tatsachen enthüllt:

- Über fünfzig von Bonn finanzierte wissenschaftliche Institute der Industrie sind nach einem Plan des Kriegsministeriums in die Raketenforschung einbezogen.
- Auf dem Boden der Bundesrepublik gibt es 13 festgestellte Testareals für Raketen und Raketenzubehör.
- 25 Aktiengesellschaften und Unternehmungen bereichern sich an dieser verbotenen Waffenproduktion.

Am 11. Januar 1962 schrieb der Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts unverblümt, „... daß

⁹⁾ Die IG Metall hat gerade aus diesem Grunde auf ihrem 7. Gewerkschaftstag in Essen die Überführung der Atomindustrie in Gemeineigentum gefordert.

heute ... die einschlägige Industrie und die wissenschaftlichen Institute eine Kapazität besitzen, die auch im Hinblick auf die Raumfahrt einen guten Start erlaubt“. Dabei eingeschaltet ist u. a. die AEG-Tochtergesellschaft Telefunken GmbH München. Am Raketenbauprogramm der NATO ist die Bundesrepublik, technisch, industriell und finanziell (jährlich 35 Millionen DM) beteiligt. Die dritte Stufe einer Trägerrakete wurde 1962 auf der Messe in Hannover von Bölkow und dem Entwicklungsring Nord ausgestellt. Es ist nicht zufällig, daß Trägerraketen vorrangig entwickelt werden. Sie sind die Grundlage für den Kernwaffeneinsatz und die „Vorwärtsstrategie“. Nicht minder intensiv wird die direkte atomare Rüstung betrieben. In der Atomanlage bei Jülich und im Kernforschungszentrum in Karlsruhe sind dafür die wichtigsten Grundlagen entstanden. Hier arbeiten die Reaktoren, die sich zur Plutonium-Produktion in einem größeren Umfang eignen. „Die Welt“ schrieb triumphierend am 28. August 1964 „auch in Deutschland ist eine Atomwirtschaft im Aufbau, die sich anschießt, allmählich den Anschluß an die Entwicklung des Auslandes zu finden“. Die westdeutsche Regierung hat auf Kosten der Steuerzahler den Konzernen durch die Beteiligung an EURATOM und anderen internationalen Gesellschaften eigene Investitionen für Forschungen erspart und es ihnen erleichtert, diesen Anschluß schneller zu finden.

Die Arbeiterbewegung und die friedliebenden Kräfte treten für die friedliche Atomnutzung ein. Es zeugt von der Ausnutzung der Atomwirtschaft für Rüstungszwecke, daß die Bundesregierung gerade diesen Wirtschaftszweig, in dem mit gewaltigen staatlichen Mitteln gearbeitet wird (also ohne Risiko für die Konzerne), jeder öffentlichen Kontrolle entzieht.¹⁾

Bei den Plänen, auf dem Wege über die MLF und die finanzielle und technische Beteiligung an der Atomrüstung de Gaulles in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen, ist das mehr als beunruhigend. Der frühere Kennedyberater Kissinger, hat in der „Wehrkunde“ im Mai 1963 ausgesprochen, daß Bonn die MLF nicht als

Endstation betrachtet: „Wenn die Bundesregierung ernsthaft daran denkt, strategische Waffen zu erlangen, wird ihr die multilaterale Streitmacht bald nur als eine Zwischenphase erscheinen, die lediglich der bequemste Weg sein könnte, um Deutschland ins ernsthafte Kernwaffengeschäft zu bringen.“

Die Zentren der Atomforschung und Rüstung sind ausschließlich in Händen solcher Großkonzerne und Banken, die die KPD in ihrer Programmatischen Erklärung als die aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals gekennzeichnet hat: IG Farben-Konzerne, Flick,

Thyssen, Siemens und AEG. Die Liste umfaßt aber auch solche Firmen wie Metallgesellschaft Degussa, Krupp, Brown Boveri, Haniel, Demag, Babcock & Wilcox, Pintsch und Lurgi. Diese Konzerne unterhalten umfangreiche ausländische Verbindungen: die AEG mit der Internationalen General Electric Co., New York, Siemens mit Westinghouse usw. Rund 400 Betriebe beteiligen sich am Atomgeschäft, die nach der „Welt“ „über genügend eigene Bau- und Betriebserfahrungen verfügen, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können“.

Milliarden für die Rüstungsherren — Maßhalten für das Volk

Die gewaltige Rüstung steht in schroffem Widerspruch zu den friedlichen, sozialen und demokratischen Interessen der Arbeiter und aller Werktätigen. Bis Ende 1963 kostete z. B. die Bundeswehr den Steuerzahlern schon rund 81 Milliarden Mark. Die Aufrüstung, einschließlich Besatzungskosten, Zivilschutz und Notstandsmaßnahmen und Zuschüsse für die Frontstadt Westberlin kosteten seit 1950 rund 150 Milliarden Mark. Das brachte den Bundesbürgern nicht zuletzt die höchste steuerliche Belastung unter allen kapitalistischen Staaten.

Die modernen Waffen verschlingen Riesenbeträge. Ein Starfighter kostet rund 5,5 Millionen, ein Panzer mindestens 1,1 Millionen Mark. Für die Wehrdienstzeit betragen die Unterhaltskosten eines Soldaten rund 19 000 Mark. Hinzu kommen noch über 20 000 Mark für die Ausrüstung. Das ist etwa der Jahreslohn von sechs Spezialarbeitern in der Industrie. Geradezu irrsinnig teuer sind die modernen Waffen. 20 Milliarden Mark soll die MLF kosten — ein Drittel Bonner Anteil, etwa 6,7 Milliarden Mark. Die schon „überalterte“ Rakete „Titan“ kostete in der Entwicklung 8 Milliarden Mark. Es ist darum kein Wunder, daß die Rüstungen auf Kosten des Lebensstandards erfolgen. Während sich die Militärausgaben ab 1962 von 14,9 auf

19,2 Milliarden DM 1964 erhöhten, stiegen die Lebenshaltungskosten im gleichen Zeitraum um rund 6 Prozent. In der 105. Sitzung des Bundestages erklärte Finanzminister Dahlgrün: „Die Verteidigungsanstrengungen zwingen dazu, wichtige soziale Vorhaben, namentlich auch im sozialen Bereich, zurückzustellen.“²⁾

Die Folgen dieser Politik sind überall spürbar. „Druck und Papier“, weist auf den Zusammenhang von Rüstung und Preissteigerungen hin: „Wenn man über die Preisentwicklung spricht, vermeidet man meistens ängstlich, über Rüstungsausgaben der Bundesrepublik zu sprechen. Wir erkennen ein solches Tabu nicht an. Ein Volk, das Milliarden in die Rüstung steckt, darf sich nicht einbilden, daß dies ohne Auswirkung auf die Preise möglich ist.“³⁾

19 Milliarden Mark fehlen, um den Mangel im Schulwesen, vor allem Einklassenschulen, zu beseitigen. 10 Milliarden werden vordringlich gebraucht für Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen, 6,5 Milliarden für den „Goldenen Plan“. Für Sanierungsmaßnahmen in den Dörfern werden 13,4 Milliarden und 3 Milliarden zur Minderung der Raumnot in den Universitäten und Hochschulen benötigt. Das alles hätte mit den bisher rund 150 Milliarden für die Rüstung erledigt werden können. Aber nicht dem Volke, sondern der kleinen Schicht der Rüstungsgewinnler kommt die Aufrüstung zugute. Ihnen wird mit den Rüstungsaufträgen ein staatsmonopoli-

¹⁾ Protokoll der 105. Sitzung, 7. Januar 1964, S. 4798

²⁾ „Druck und Papier“, Nr. 19, Mai 1964, S. 218

stisch gesicherter Markt geschaffen. Als der Großaktionär und Generaldirektor vom Henschel-Konzern, Goergen, 1957 bei Henschel mit 3,1 Millionen Mark einstieg, forcierte er die Rüstung im großen Stile: Rund 15 Prozent der Produktion. Als Goergen nach dem Aufplatzen der betrügerischen Rüstungsgeschäfte 1964 seinen Anteil an Rhein Stahl verkaufte, erhielt er über 60 Millionen ausgezahlt. Demnach hatte Goergen in den letzten Jahren einen Stundenverdienst von 3300 DM. Aber es gibt noch eine andere „Leistungsbilanz“. Die 13 000 Henschelarbeiter steigerten ihre Leistungen von 1959 bis 1962 um 75 v.H.⁴⁾ Großkonzerne der Rüstung wie IG-Farben zahlen schon seit Jahren eine Dividende von 18 und mehr Prozent an ihre Aktionäre aus.

Rüstungsgeschäft — das bedeutet ständige Korruption und Zusteckerei mit „legalen“, d. h. staatlichen Mitteln, den Milliarden Subventionen für Atom-, Raketen- und Flugzeugbau und mit Hilfe der Lobby- und sonstigen Verbindungen. Im Falle von Henschel wurde der Staat um Hunderttausende Mark betrogen. Ersatzteile, die eine amerikanische Firma zum Preis von 40 DM anbot, wurden auf Empfehlungen von Henschel für 840 DM geliefert. Die Übergewinne flossen auf ein Schweizer Bankkonto und sollen rund 400 000 DM betragen. Wie „Welt der Arbeit“ am 28. August 1964 berichtet, soll der Staatsanwalt acht weitere Firmen „in der Zange haben“. Sie erwähnt in diesem Zusammenhang einen Betrag von 10 Millionen Mark. Andere Fälle zeigen andere Methoden: Der Bundeswehrmajor Bastigkeit erhielt allmonatlich Briefumschläge von der Panzerfirma Backhaus (Remscheid). Für seine Tips kassierte er 22 910 Mark. Die Firma nahm auch Verbindung mit General Becker

und über Becker mit dem Strauß Intimus Dr. Aloys Brandenstein auf. Er wurde als Verbindungsmann in Bonn mit einem Monatsgehalt von 7500 Mark eingebaut. In der Remscheider Firma wurde er Kommanditist mit einer fiktiven Einlage von 200 000 DM. Dieser Anteil wurde später mit einer runden halben Million ausgezahlt. Vor dem Koblenzer Gericht sagte Backhaus: „Wir waren doch keine Lieferfirma, wir waren ein Stück des Staates.“⁵⁾ Aufschlußreich ist auch die Meldung, daß ein großer Elektrokonzern dem ehemaligen Kriegsminister Strauß einen Direktorenposten mit einem Jahresgehalt von 130 000 Mark angeboten hat.⁶⁾

Es darf in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, daß gerade von den Rüstungskonzernen die gewerkschaftlichen Rechte in den Betrieben eingeschränkt und die Betriebe militarisiert (Verbote, Spitzelsysteme usw.) werden. In den Rüstungsbetrieben wird die Notstandspolitik schon praktiziert. So haben die Großkonzerne über 60 000 Mann im sogenannten Betriebsschutz gegen die Arbeiter eingesetzt. Die wirtschaftlichen Bestimmungen in den Notstandsgesetzen (z. B. im sogenannten Wirtschaftssicherstellungsgesetz) sind für die Interessen der Rüstungswirtschaft nur von Vorteil, wie überhaupt Kriegsrüstung mit dem Abbau der Demokratie einhergeht. Es ist darum eine wichtige Aufgabe aller Arbeiterorganisationen und friedliebenden Kräfte, gegen die Rüstungspolitik aufzutreten und alle Bestrebungen, wie z. B. die Petition der Ostermarschbewegung gegen die Atomrüstung und für ein Abrüstungsamt der Bundesregierung und alle Vorschläge für Entspannung, schrittweise Abrüstung und die Herabsetzung der Rüstungsausgaben aktiv zu unterstützen.

Die Alternative zur Rüstung und der Kampf für ihre Durchsetzung

Die Kommunisten haben stets gegen die Rüstungs- und Kriegspolitik gekämpft eingedenk der Worte von

⁴⁾ „Welt der Arbeit“, Nr. 32, 7. August 1964, S. 5

⁵⁾ „Spiegel“, Nr. 1/2 1964, S. 26

⁶⁾ „Frankfurter Rundschau“, 30. August 1964, S. 5

Karl Marx, daß „Kriegsausgaben in unmittelbarer ökonomischer Beziehung — das gleiche sind, wie wenn die Nation einen Teil ihres Reichtums ins Wasser wirft“. Davon lassen sich die sozialistischen Staaten in ihrer ganzen Außenpolitik leiten. Die Regierung der DDR hat mehrere Vorschläge an die Bundesrepublik unterbreitet, die Rü-

stung zu stoppen und die Ausgaben zu senken und auf die atomare Bewaffnung zu verzichten. Unsere Partei hat in ihrer Programmatischen Erklärung festgestellt: „Wenn die Milliarden, die jetzt für die Zwecke der Vernichtung verschleudert werden, für gemeinnützige Ausgaben verwendet würden, so entstünden für jeden Arbeitsplatz der Rüstungsproduktion reichlich zwei Arbeitsplätze in der Friedenswirtschaft.“

Der 6. DGB-Kongreß geißelte in einer Entschliebung das Wettlaufen „...dessen Folgen eine wachsende Kriegsgefahr, eine unverantwortliche Vergeudung von Produktivität und damit eine Gefährdung der Erhaltung und Fortentwicklung der Menschen sind...“.

Prof. Dr. Baade hat in seinem Buch „Der Wettlauf zum Jahre 2000“ die vielen Bereiche genannt, auf denen sich die Menschheit im Zeichen des weltgeschichtlichen Wettlaufs zwischen Sozialismus und Kapitalismus bei der friedlichen Entwicklung der Arbeit und der Kultur konzentrieren kann, um den Reichtum für alle zu mehren. Prof. Dr. Baade fordert die Abschaffung aller Atom- und Wasserstoffbomben und konventionellen Waffen und „die Umwandlung aller Heere der Welt in Arbeitsarmeen des Friedens“. Der Sozialdemokrat Baade hat damit nur ausgesprochen, was die Mehrheit der Sozialdemokraten und Gewerkschafter in der Bundesrepublik fordern. Erler jedoch erklärte auf dem Kölner Parteitag der SPD im Zeichen der Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU, daß es keine obere Grenze für die Rüstungsausgaben gebe. Am 19. August 1964 veröffentlichte der Finanzexperte der SPD, Dr. Alex Möller, im „Vorwärts“ Vorschläge für „Neue Wege zur Verteidigungsplanung und Finanzierung“, die „eine Optimierung des Miteinsatzes ermöglichen“ sollen. Möller ging es nicht um ein Programm für die Abrüstung, sondern nur um den wirkungsvollsten Einsatz der Rüstungsausgaben. Er brachte es auch fertig, die Rüstungsausgaben der westlichen Welt „als Investitionen“ zu bezeichnen. „die eine Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft in Frieden und Freiheit zum Ziel haben“. Die Erfah-

rungen aus der Vorbereitung von zwei Weltkriegen lehren, daß Rüstungsproduktion am Ende niemals soziale Sicherheit und dauernde Vollbeschäftigung, sondern stets nur Inflation, Krieg und Ruin einbringen. Die Arbeiter dürfen sich darum nicht von zeitweiligen Produktionsausweitungen durch Rüstungsaufträge täuschen lassen, denn Rüstungsaufträge und Rüstungslasten gehen letztlich zu Lasten der friedlichen Produktion und des friedlichen Bedarfs. Von diesen Erfahrungen her wurden vom 6. bis 9. März 1961 am Institut für Weltwirtschaft bei der Universität Kiel die ökonomischen Konsequenzen der Abrüstung von Wirtschaftswissenschaftlern aus beiden Weltsystemen diskutiert. Die Ergebnisse dieser Konferenz enthalten wertvolle Gedanken für eine Alternative zur Rüstungsproduktion:

1. Durch die Abrüstung werden erhebliche Mittel für die Verstärkung der Sozial- und Kulturausgaben sowie für die Ausgaben des Gesundheitswesens usw. frei. Sie könnten für die Erhöhung des Realeinkommens der Werktätigen verwendet werden. Die damit verbundene Kaufkraft der Arbeiter würde die Aufnahmefähigkeit des Marktes und die Absatzmöglichkeiten für die Unternehmer und die Gewerbetreibenden wesentlich verbessern.

2. Im Falle einer Teilabrüstung bzw. einer Totalabrüstung lassen sich beträchtliche zusätzliche Möglichkeiten zur ökonomischen Hilfe für den Fortschritt in den jungen Nationalstaaten erschließen. Jährlich werden etwa 120 Milliarden Dollar für die Rüstung im Weltmaßstab verwendet. Ließe man z. B. nur ein Fünftel der genannten Summe den Entwicklungsländern als Wirtschaftshilfe zukommen, so könnten diese 30 bis 40 Industrie- und Energieschwerpunkte von Weltrang schaffen, ihre Rückständigkeit in 20 bis 25 Jahren wesentlich überwinden und an den Status der industriellen Länder in Europa herankommen.

3. Wie der amerikanische Wissenschaftler Svernilson in Kiel mitteilte, sind etwa 50 Prozent der naturwissenschaftlichen und technischen Intelligenz in den USA mit militärischer Produktion beschäftigt. Würden

diese Kräfte für die Entwicklung des technischen Fortschritts frei, so könnten ungeahnte Ergebnisse für die Produktion erzielt werden. Die Wissenschaftler unterstrichen, daß technische Fortschritte durch Waffenproduktion die Rüstung niemals rechtfertigen könne — im Gegenteil, der technische Fortschritt würde ohne sie letztlich viel schneller erfolgen. An diese Vorschläge sollte die Arbeiterbewegung anknüpfen und sie in allen Lebensbereichen bei der Ausarbeitung von Alternativvorschlägen beachten.

Die großen Rüstungskonzerne sind international versippt. Die Gewerkschaften aller Richtungen sollten eine internationale Zusammenarbeit gegen die Machtkonzentration der Rüstungskonzerne schaffen. Das gilt auch für die Betriebsräte in den Rüstungsbetrieben der EWG.

Vor allem von den Kommunisten und von den Betriebsgruppen der KPD muß der konkrete Kampf gegen die Folgen des Rüstungskurses geführt und den Arbeitern gesagt werden, welche besseren Möglichkeiten statt Rüstung Friedensproduktion und friedlicher Handel für sie bringt. In den Betriebszeitungen sollten die gewaltigen Rüstungsgewinne und die empörenden Korruptionen angeprangert und die Forderung nach Mitbestimmung über die Produktion, nach Dividendenstopp und Gewinnbegrenzung nachdrücklicher als bisher vertreten werden. Leider fehlen oft in den Betriebszeitungen im Kampf für Arbeiterrechte die konkreten Hinweise auf die Militarisierung und die Folgen der Rüstung im Betrieb. Hier muß Wandel geschaffen werden im Sinne der Aufforderung von Lenin, daß es die Aufgabe aller Kommunisten ist, ständig

das Geheimnis zu enthüllen, in dem Kriege geboren werden.

Im DGB-Grundsatzprogramm wird gefordert, daß die „Bereitstellung von Mitteln für soziale und kulturelle Zwecke... nicht durch Rüstungsausgaben beeinträchtigt werden“ darf. Im Sinne des Grundsatzprogramms gilt es in den Betrieben darüber Klarheit zu schaffen, daß Rüstungsproduktion kein Ausweg aus zeitweiligen Schwierigkeiten bedeutet und keine wirtschaftliche und soziale Perspektive bietet. Wenn dies den Arbeitern klar wird, werden sie bereit sein, gegen die Rüstungsproduktion zu kämpfen. Das Mitbestimmungsrecht muß auch die Entscheidung über Friedens- oder Kriegsproduktion einbeziehen. Der Mißbrauch der Monopolmacht, so wird in der Programmatischen Erklärung des Parteitag der KPD 1963 festgestellt, „äußert sich im Rüstungs- und Notstandskurs, in der Politik des Maßhaltens und der Aussperrung. Umso dringender wird die gewerkschaftliche Forderung nach demokratischer Kontrolle von Besitz und Macht, nach Überführung bestimmter Schlüsselindustrien und marktbeherrschender Unternehmungen in Gemeineigentum. Die KPD tritt ein für die Nationalisierung der Konzerne der Rüstungsindustrie, der Atom- und Elektroindustrie, der Großchemie, der Monopole des Steinkohlenbergbaus und der Stahlindustrie sowie der Großbanken.“ Die Verwirklichung dieser Forderung steht im engsten Zusammenhang mit der Verteidigung und dem Ausbau der Demokratie und der Sicherung des Friedens. Rüstungsproduktion und Rüstungspolitik sind Hauptquellen der Kriege, die es durch den Kampf der Arbeiter mit allen Friedenskräften zu verstopfen gilt.

Das Bündnis der Arbeiter und Bauern und der Getreidepreis

von ANTON MÜLLER

Die Verständigung von Arbeitern und Bauern, die Herstellung eines Bündnisses zwischen ihnen ist die Voraussetzung für eine grundlegende Wende in der Bundesrepublik. Vor der Arbeiterklasse steht drängender denn je die Frage: Wem folgen die Massen der Bauern? Geraten sie unter den Einfluß der Reaktion, der Scharf-

macher, oder verbinden die Bauern ihren Kampf mit dem der Arbeiterklasse und aller vom Monopolkapital Unterdrückten und Gefährdeten in der Bundesrepublik? Im Interesse der Entwicklung des Kampfes um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt in der Bundesrepublik ist es notwendig, Arbeitern und Bauern die

Gemeinsamkeit ihrer Grundinteressen deutlich zu machen, Klarheit darüber zu schaffen, daß sie sich niemals gegeneinander aufbringen lassen dürfen, sondern sich im Gegenteil fest zusammenschließen und gemeinsam handeln müssen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind viele Bauern besonders über die geplante Senkung des Getreideerzeugerpreises beunruhigt.

In der Sitzung des EWG-Ministerates, die am 22. September 1964 stattfand, wurde wiederum keine Einigung über den Getreidepreis erzielt. Der französische Agrarminister Pisani drängt jedoch darauf, bis zum 15. Dezember 1964 eine Entscheidung über die Angleichung des Getreidepreises in der EWG zu erreichen. Wie im „Mansholt-Plan“ vorgesehen, würde dann der westdeutsche Erzeugerpreis für Getreide um 11–15 Prozent gesenkt werden.

In der Regierungs-Presse wird in diesem Zusammenhang die Behauptung aufgestellt, die EWG-Maßnahmen würden den Verbrauchern, den arbeitenden Menschen in der Stadt, Vorteile bringen. Diese Behauptung ist eine Unwahrheit, ebenso unwahr wie die Versprechen der herrschenden Kreise der Bundesrepublik, daß „die EWG Preisverbilligungen mit sich bringt“ und „den Bauern einen gesicherten Absatz mit wachsendem Einkommen garantiert“. Schon ist seit fast sechs Jahren der EWG-Vertrag über den Gemeinsamen Markt in Kraft. Man sollte annehmen, daß diese Zeit den Regierungen gereicht hätte, ihre Versprechen wahrzumachen. Aber das Gegenteil trat ein. Die Lebensmittelpreise für die Bevölkerung stiegen sprunghaft an. Mit Recht nennen viele Arbeiter die EWG „Europäische Wucher-Gemeinschaft“. Der DGB-Vorsitzende von Bayern, Linsert, erklärte auf der DGB-Kundgebung in München im März 1964: „Die EWG wird immer mehr ein Zusammenschluß der Industriegiganten und der Finanzmächte... Bisher hat der deutsche Verbraucher von der EWG nur Nachteile gehabt.“

Wie für die Arbeiter, so wirkte sich die EWG auch für die Bauern nur zum

Die Erfahrungen des Kampfes in Italien und Frankreich beweisen, welche Erfolge erzielt werden können, wenn die Arbeiterklasse große Anstrengungen für die Entwicklung des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter und Bauern unternimmt.

I

Nachteil aus. Der Ruin der Bauern beschleunigte sich. Allein im letzten Jahr gingen rund 50 000 westdeutsche Bauern zugrunde. Bei fast gleichbleibenden Erzeugerpreisen der Bauern stiegen die Preise für die Betriebsmittel, die sie benötigen, so daß die Preisschere zwischen den Erzeugnissen der Landwirtschaft und denen der Industrie sich immer weiter zugunsten der Monopole öffnet. Die Verschuldung der Bauern nahm in dieser Zeit rapide zu. Sie hat die 20-Milliarden-Grenze erreicht. Dafür mußten die Bauern im letzten Wirtschaftsjahr eine Milliarde DM Zinsen an das Finanzkapital zahlen. Dies alles bestätigt, was die Kommunisten in der Programmatischen Erklärung des Parteitages 1963 sagen: „Das Monopolkapital nutzt die EWG, um die Ausbeutung der Arbeiter... zu verschärfen, den Ruin der Bauern... zu beschleunigen.“

Und wie steht es mit der geplanten Senkung des Getreideerzeugerpreises? Nützt sie den Bauern, den Arbeitern? Die Senkung des westdeutschen Getreideerzeugerpreises entsprechend dem „Mansholt-Plan“ würde für die Bauernschaft einen Einnahmeverlust von jährlich anderthalb Milliarden DM mit sich bringen. Die Einkünfte der westdeutschen Bauern würden dadurch um mehr als ein Drittel geschmälert. Hunderttausende Bauern würden in ihrer Existenz ernsthaft gefährdet oder würden sie verlieren.

Das kann den Arbeitern nicht gleichgültig sein! Arbeiter und Bauernschaft sind die beiden wichtigsten produktiven Klassen der Nation. Ihre Arbeit sichert in erster Linie die materiellen Existenzgrundlagen der Bevölkerung. Sie haben darum gemeinsame Interessen. Die Arbeiterklasse kann sich niemals mit einer Politik einverstanden erklären, durch die ihr nächster Bundesgenosse ruiniert wird. Die Arbeiterklasse kann

keine Politik gutheißen, die letztlich die Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten aus dem eigenen Land in Frage stellt und in- und ausländischen Monopolen die Möglichkeit gibt, noch mehr als bisher die Preise zu diktieren.

Die Arbeiter, die Verbraucher in der Stadt, hätten von der geplanten Getreidepreissenkung keinen Nutzen. Es ist nicht richtig, wenn der DGB-Vorsitzende Rosenberg und auch der DGB-Vorstand der Meinung sind, daß eine Senkung des Getreideerzeugerpreises den Arbeitern billigere Lebensmittel liefern würde. Nehmen wir zum Beweis ein Beispiel: Aus dem Mehl eines Zentners Weizen werden etwa 950 Brötchen gebacken. Bei einem Weizenerzeugerpreis von 21,50 DM je Zentner entspricht der Erzeugerpreis-Anteil des Bauern je Brötchen gegenwärtig 2,2 Pfennige. Eine 11–15prozentige Senkung der Getreideerzeugerpreise würde damit den Anteil der Bauern je Brötchen um 0,3 Pfennig vermindern. Kein Verbraucher sollte sich der Illusion hingeben, daß er auf Grund dieser Tatsache das Brötchen um 0,3 Pfennig billiger einkaufen könnte. Die gleichen Monopole und ihre Bonner Regierung, die bisher die Preise für Brot hoch-

getrieben haben, werden das Ergebnis der Senkung des Getreideerzeugerpreises einstreichen. Nicht die Erzeugerpreise der Bauern (das, was der Bauer für seine Erzeugnisse bekommt) bestimmen den Preis, den der Verbraucher zahlen muß, ihn bestimmen die Monopole und Großhandelskonzerne. Die Preise für Brot und Brötchen sind ein Beweis dafür. Die Erzeugerpreise der Bauern für Roggen und Weizen sind seit 1951/52 auf fast dem gleichen Stand geblieben, aber das Roggenbrot ist im gleichen Zeitraum um 39 Pfennig und das Weizenbrot um 49 Pfennig je kg teurer geworden. Das „Institut für landwirtschaftliche Marktforschung“ in Braunschweig-Völkenrode ermittelte, daß z. B. die Erzeugerpreise für Rinder von Anfang 1959 bis Ende Dezember 1963 um nur knapp 3 Prozent gestiegen waren, die Spannen der Verarbeitungsindustrie und des Handels dagegen um 60 Prozent!¹⁾ Bundeslandwirtschaftsminister Schwarz mußte zugeben, daß die Erzeugerpreise für Schlachtschweine im Wirtschaftsjahr 1962/63 im Vergleich zu 1958/59 um 7 Pfennige je kg gefallen, die Verbraucherpreise ungeachtet dessen aber in der gleichen Zeit um 42 Pfennige je kg gestiegen waren.²⁾

II

Die wahren Ursachen der ständigen Preissteigerungen liegen in den wachsenden Rüstungsausgaben, in der EWG-Wirtschaftspolitik, im maßlosen Profitstreben der Monopole und Handelskonzerne. Diese treiben die Preise in die Höhe! Den Nutzen von der geplanten Senkung des westdeutschen Erzeugerpreises für Getreide hätten die Monopolherren, die Scharfmacher in der Bundesrepublik. Sie schröpfen die Bauern und die Arbeiter. Konzernherren wie Reusch sprechen es offen aus, daß man die Bauern und die Landwirtschaft der EWG opfern müsse, opfern für die Exportexpansion der Industriekonzerne. Diese antinationale und bauernfeindliche Konzeption kann niemals

von der Arbeiterklasse gut geheißt werden, sind doch die Konzernherren und die Großexporteure bereit, den herrschenden Kreisen Frankreichs und auch der USA zu gestatten, den westdeutschen Markt mit ihren Agrarüberschüssen zu überschwemmen, wobei sie gleichzeitig dank ihres Monopols Preissenkungen ausschließen. Dadurch würde sich der Ruin weiterer zehntausender Bauern nur beschleunigen. Die Großindustrie wünscht dies sogar, denn auf diese Weise erhält sie billige Arbeitskräfte für ihre Betriebe, Arbeitskräfte, die sie auch als Lohndrücker einzusetzen hofft. Die Monopolherren und Militaristen möchten für dieses Zugeständnis an die EWG-Partner auf Kosten der westdeutschen Bauern und Verbraucher eine Beteiligung an der französischen Atomausrüstung oder an der multilateralen Atommacht einhandeln, um so Atomwaffen in die Hand zu be-

¹⁾ Presseinformationen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierzüchter e. V., Bonn, Nr. 51 vom 18. Dezember 1963

²⁾ „Süddeutsche Zeitung“ vom 18. Dezember 1963

kommen. Hunderttausende bäuerliche Existenzen sind hier ein Tauschobjekt. Sie sollen von den Bonner Machthabern für eine Politik geopfert werden, die gegen die Lebensinteressen auch der Arbeiter gerichtet ist.

Es zeigt sich, daß die Politik der Regierung Erhard gleichermaßen arbeiter- und bauernfeindlich ist. Die Bauern haben darum Recht, wenn sie sich gegen die geplante Senkung des Getreideerzeugerpreises, gegen die EWG-Agrarpolitik der Bonner Regierung wehren. Die Arbeiter, die Gewerkschaften sollten sie — im eigenen Interesse und im Interesse des Bündnisses mit den Bauern gegen die Monopole — dabei unterstützen. Billigere Betriebsmittel für die Bauern auf Kosten der Riesenprofite der Monopole; Senkung der Verbraucherpreise für Lebensmittel auf Kosten der Profite der Nahrungsmittelkonzerne und der unverschämten Gewinnspannen der Handelskonzerne; staatliche Mittel für die Förderung und Modernisierung der bäuerlichen Betriebe auf Kosten der wahnsinnigen Rüstungslasten — das durchzusetzen liegt im gemeinsamen Interesse von Arbeitern und Bauern.

Vertreter der Bundesregierung und der CDU/CSU versuchen zur Zeit bei den Bauern den Eindruck zu erwecken, als sei die Bundesregierung gegen eine Senkung der westdeutschen Getreideerzeugerpreise. Die Bauern sol-

len damit beruhigt und gleichzeitig irreführt werden. Tatsache ist: Die Bundesregierung ist nicht prinzipiell gegen, sondern für die Senkung des Getreideerzeugerpreises! Sie hat den EWG-Vertrag unterschrieben, und in diesem ist die Angleichung der Getreidepreise vorgesehen. Aber sie hat Furcht, dem Drängen der französischen Regierung, die ihren Monopolen die Möglichkeit geben will, den westdeutschen Markt mit Agrarprodukten zu überschwemmen, noch vor den Bundestagswahlen 1965 nachzugeben. Die CDU/CSU fürchtet, dadurch große Teile der bäuerlichen Wähler zu verlieren. Deswegen versuchen die Vertreter der Bundesregierung, den Zeitpunkt der Angleichung der Getreidepreise bis nach den Bundestagswahlen hinauszuschieben.

Das ist die Taktik der Bauernfängerei. Die Bauern sollen erst für die CDU stimmen dürfen und dann geopfert werden. Auf diesen Betrug dürfen die Bauern nicht hereinfallen. Recht haben die Bauern, die erklären, daß es darauf ankommt, jetzt zu handeln, Aktionsausschüsse zu bilden, den Forderungen der Bauern in kraftvollen Kundgebungen und Treckerdemonstrationen Ausdruck zu geben, die Arbeiter, die Gewerkschafter über die Lage der Bauern zu informieren und sie für die Unterstützung der berechtigten bäuerlichen Forderungen zu gewinnen.

III

Wie die letzten Treckerdemonstrationen der Winzer in Rheinland-Pfalz und der Bauern in Schleswig-Holstein bewiesen haben, treten viele Bauern nachdrücklicher als früher für die Änderung der gegenwärtigen EWG-Agrarpolitik der Bonner Regierung ein. Auf Grund der wachsenden Unzufriedenheit und des Widerstandes der Bauern war der Präsident des Bauernverbandes, Rehwinkel, gezwungen zu erklären: „... wir wollen ... den Regierungen und der Bevölkerung klipp und klar zeigen, daß es so wie bisher in der EWG nicht weitergehen kann, da sonst die Landwirtschaft zugrunde geht.“

Die Bauern erheben mit Recht u. a. die Forderung nach einer Senkung der Betriebsmittelpreise. Es ist aber

falsch, wenn Rehwinkel das auf Kosten der Löhne der Arbeiter erreichen will. Eine solche Forderung spielt gerade den Feinden der Bauern in die Hände, den Monopolen, die Arbeiter und Bauern gegeneinander ausspielen wollen. Eine solche Forderung, wie Rehwinkel sie erhebt, würde darüberhinaus eine Minderung der Kaufkraft der Arbeiter bedeuten, und das würde sich wieder gegen die Bauern auswirken, weil dadurch der Absatz der bäuerlichen Erzeugnisse erschwert würde. Senkung der Betriebsmittelpreise und der Handelsspannen der Importeure auf Kosten der Profite der Monopole durch den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Bauern — das ist der richtige Weg!

Im Gegensatz zu den Auffassungen Rehwinkels ist eine aktive Lohnpolitik, „ein größeres Stück vom Kuchen“, für die Arbeiter auf Kosten der Profite der Monopole im Interesse der Bauern. Die Monopole, die Feinde der Bauern, werden durch eine solche aktive Lohnpolitik geschwächt, und die Kaufkraft der Arbeiter, die Möglichkeit für sie, mehr und bessere Lebensmittel zu kaufen, steigt. Nicht die Lohnerhöhungen für die Arbeiter sind — wie die Gewerkschaften mit Recht sagen — die Ursachen für die steigenden Preise der Industriewaren, die der Bauer braucht. In Wirklichkeit laufen die Preise den Löhnen davon. Die Teuerung hat politische Ursachen. Sie stammt vom unbegrenzten Profitstreben der Monopole und von der Aufrüstung!

Viele Bauern fordern die Beseitigung der Lastenausgleichszahlungen und die Herabsetzung der Wucherzinsen, die sie für Kredite zahlen müssen. Sie fordern die Verwirklichung des Landwirtschaftsgesetzes von 1955, das u. a. verspricht, die soziale Lage der in der Landwirtschaft tätigen Menschen an die vergleichbarer Berufsgruppen anzugleichen.

Diese Forderungen der Bauern sind gerecht. Ihre Verwirklichung läge auch im Interesse der Arbeiterschaft. Sie könnte dazu beitragen, die Arbeiterschaft mit besseren und preiswerteren Lebensmitteln zu versorgen. Die KPD hat auf ihrem Parteitag 1963 diese und andere objektiv gegen die Monopole gerichteten Forderungen unterstützt und sie in die Programmatische Erklärung aufgenommen.

Die Erhard-Regierung hat gegenüber den Bauern — das ist trotz aller Verbrämungen auch der Kern des auf dem Parteitag von Hannover beschlossenen agrarpolitischen Aktionsprogramms der CDU — das Programm der Monopole verkündet. Es lautet, auf eine kurze Formel gebracht: Eine weitere Million Bauern soll zum Wohle der Monopole und der Großgrundbesitzer von ihrem Grund und Boden verschwinden. Diese von der Erhard-Regierung angestrebte Entwicklung würde für die Arbeiter bedeuten, daß sie noch stärker als bisher dem Preisdiktat der in- und ausländischen Monopole unterworfen würden, daß ihr Feind gestärkt, ihr Verbündeter geschwächt würde.

IV.

Die KPD wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen diese antinationale Politik der Bundesregierung, die sich gegen Arbeiter und Bauern richtet. Sie ist der Meinung, daß ein konstruktiver und demokratischer Weg gegangen werden muß, der es den Bauern ermöglicht, Bauer auf eigener Scholle zu bleiben bei gleichzeitiger Anwendung der modernsten Errungenschaften der Landtechnik und der Wissenschaft. Die moderne Technik und Wissenschaft verlangen die Großraumwirtschaft, die, wenn der Einfluß der Monopole zurückgedrängt wird, den Arbeitern, den Verbrauchern billigere Lebensmittel liefern kann. Die KPD ist der Auffassung, daß diese Großraumwirtschaft nicht der weiteren Bereicherung einiger tausend Millionäre, sondern der Sicherung der Existenz und der besseren Befriedigung der Bedürfnisse unserer Bauern wie auch der arbeitenden Menschen in der Stadt dienen muß.

Die Logik des wirtschaftlichen und politischen Kampfes der Bauern ge-

gen die herrschenden Monopole und ihre Erkenntnis, daß die moderne Technik nicht mehr in ihren engen Besitzgrenzen unterzubringen ist, läßt bei ihnen verstärkt den Entschluß reifen, sich in Genossenschaften zusammenzuschließen. Bisher schlossen sich die Bauern außer in den Raiffeisengenossenschaften in rund 20 000 verschiedenen Gemeinschaften zusammen. Wir halten es für richtig, daß die Bauern dazu übergehen. Formen der bäuerlichen Selbsthilfe wie Gemeinschaften zur überbetrieblichen Nutzung von Maschinen, zum Einkauf von Betriebsmitteln und zum Verkauf ihrer Erzeugnisse zu schaffen. Diese Genossenschaften sollten sich zu echten Selbsthilfeorganisationen gegen den Druck der Monopole entwickeln. Sie sollten unter demokratischer Selbstverwaltung der Bauern stehen. Wir treten dafür ein, daß diese Einrichtungen aus staatlichen Mitteln gefördert werden.

Die Gewerkschaften sollten die Bestrebungen der Bauern, Genossen-

schaften unter demokratischer Selbstverwaltung zu entwickeln, begrüßen und unterstützen. Arbeiter und Bauern müssen sich aber darüber klar sein, daß unter den Bedingungen der Bundesrepublik solch eine Entwicklung nur ermöglicht und vorangetrieben werden kann, wenn Arbeiter und Bauern gemeinsam gegen den Einfluß der Monopole und für die Zurückdrängung deren Macht kämpfen.

Wir sagen ganz offen: Auch für Westdeutschland kann die endgültige Lösung der Agrarprobleme im Interesse der Arbeiter und Bauern nur die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft sein. Die Bauern in der DDR sind diesen Weg gegangen; sie sind dabei Bauern geblieben. Sie meistern mit Erfolg die moderne Großraumlandwirtschaft. Schon jetzt, wenige Jahre nach dem umfassenden sozialistischen genossenschaftlichen Zusammenschluß, erweisen sich die Vorzüge dieses Weges. Es wäre gut, wenn zahlreiche Gruppen westdeutscher Bauern jede Gelegenheit nutzen würden, um sich auf Studienreisen in der DDR mit eigenen Augen vom Fortschritt der dortigen Landwirtschaft zu überzeugen.

Unsere Bauern fordern eine ihren Interessen entsprechende Agrar- und Wirtschaftspolitik. Es sollte nie vergessen werden, daß alle ihre berechtigten Forderungen nur durchgesetzt werden können, wenn Bauern und Arbeiter gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften für eine Politik der Verständigung und des Verzichts auf atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik, für die Verwendung der Rüstungsausgaben für die Belange der Bauern und Arbeiter eintreten. Beide sind die Leidtragenden der wahnsinnigen Aufrüstung. Heute werden deren Lasten auf ihre Schultern abgewälzt — morgen kann es das Leben kosten. Im Interesse der Durchsetzung der gemeinsamen Forderung der Arbeiter und Bauern, ist die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte, die Verhinderung der Notstandsgesetze erforderlich. Mit ihrer Hilfe sollen sowohl die Lohnforderungen der Gewerkschaften als auch die gerechten Forderungen der Bauern unterdrückt werden. Sie sollen Kriegerrecht schon in Friedenszeiten

schaffen. Im gemeinsamen Interesse von Arbeitern und Bauern liegt es, dafür einzutreten, daß endlich die Beziehungen zur DDR normalisiert werden, daß ihre Vorschläge für Verzicht auf Atomwaffen, für Rüstungsstopp und Verständigung angenommen werden. Die Sicherung des Friedens, die Sicherung all der Werte, die durch den Fleiß der Arbeiter und Bauern geschaffen wurden und die Öffnung des Weges zur Wiedervereinigung Deutschlands hängen davon ab.

Arbeiter und Bauern gehören zusammen! Recht hat deswegen der DGB-Vorsitzende von Bayern — Linsert — wenn er vorschlägt, daß Arbeiter, Vertrauensleute und Betriebsräte aufs Land fahren sollen, um sich von der Lage der Bauern ein Bild zu machen, und daß umgekehrt die Bauern in die Stadt zu den Arbeitern gehen sollen, um sich über die Lage und die Forderungen der Arbeiter zu informieren. Die Vertrauensleute der Dortmunder Westfalenhütte haben entsprechend gehandelt. Das Ergebnis war ein fruchtbarer Erfahrungsaustausch und die gemeinsame Auffassung, daß es notwendig ist, jeden Versuch, Arbeiter und Bauern gegeneinander auszuspielen, zurückzuweisen.

In Mannheim haben die Leitungen des DGB und des Kreisbauernverbandes eine Aussprache durchgeführt. Gewerkschafter und Bauern stellten fest, daß durch die Aussprache Mißverständnisse beseitigt werden konnten, die auf falsche Informationen oder ungenügende Sachkenntnis zurückzuführen sind. Sie brachten zum Ausdruck, daß Arbeiter und Bauern auch auf gemeinsamen Veranstaltungen ihren Forderungen Ausdruck geben sollten.

Die Beispiele von Dortmund und Mannheim sollten in der Arbeiterschule machen. Das bedeutet aber, daß sich die Kommunisten in den Betrieben und Gewerkschaften für eine neue Einstellung zu der Bauernschaft einsetzen, daß sie dafür eintreten, die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Bauern in der Gewerkschaftspolitik zu verwirklichen. Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß ein grundlegender Wandel auch entscheidend davon ab-

hängt, wie sich die Partei und ihre Leitungen bei der Entfaltung von Aktionen der Bauern mit Rat und Hilfe einschalten. Das Dorf ist in Bewegung geraten. Um unter den Bauern zu wirken, braucht die KPD auf dem Lande Stützpunkte und Organisationen aus

Bauern und Arbeitern. „Die Sache des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts kann“ — wie es in der Programmatischen Erklärung des Parteitagcs 1963 heißt — „nur siegen, wenn die Arbeiterklasse und die Bauernschaft gemeinsam handeln“.

Der Kampf der Gewerkschaften für ein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz

von HELMUT PETZOLD

Die KPD unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und der Arbeiterjugendorganisationen für ein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz. Bereits 1951 hat die KPD-Fraktion im Bundestag einen Gesetzentwurf eingebracht, der auch entscheidende Verbesserungen der Berufsausbildung vorsah.

Nachdem schon im Jahre 1919 auf dem Nürnberger Gewerkschaftstag ein Berufsausbildungsgesetz gefordert worden war und in den nachfolgenden Jahren mehrere Gesetzentwürfe vom damaligen Reichstag immer wieder abgelehnt bzw. hinausgezögert wurden, verlangte im Frühjahr 1948 die in Hallthurn bei München durchgeführte 1. Interzonengewerkschaftsjugendkonferenz erneut ein für „ganz Deutschland geltendes Berufsausbildungsgesetz“. Während die Vertreter der sowjetisch besetzten Zone schon damals berichten konnten, daß in den

früheren Ländern der heutigen DDR dieses Gesetz bereits 1947 geschaffen wurde — es ist seither im Zuge des sozialistischen Aufbaus durch weitergehende Jugendgesetze verbessert worden —, blieb diese Forderung in Westdeutschland bis auf den heutigen Tag unerfüllt. Nach wie vor gelten gesetzliche Bestimmungen aus dem vergangenen Jahrhundert. Obwohl der Bundestag am 27. Juni 1962 einstimmig die Regierung beauftragte, bis zum 1. Februar 1963 einen Gesetzentwurf vorzulegen, hat sich nichts getan; das Veto der Unternehmerverbände genügte, um den Parlamentsbeschluß zu ignorieren. Dabel war es für die Bundesregierung gar nicht schwierig, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, denn der DGB hat bereits 1959 einen Entwurf vorgelegt. Die große Unzufriedenheit der Arbeiterschaft über das rückschrittliche veraltete System der Berufsausbildung wird deutlich, wenn man kurz die

gegenwärtige Situation der Berufsausbildung

beleuchtet. Die Berufsausbildung ist von einer tiefen Krise erfaßt. Mindestens jeder zweite Arbeiter muß nach abgeschlossener Lehrausbildung seinen Beruf wechseln und sich mit einer angelernten oder Hilfsarbeitertätigkeit begnügen. Wie das in der Praxis aussieht, mag folgendes Beispiel veranschaulichen:

„In einem großen Hüttenwerk der Bundesrepublik gab es nur 25 Prozent Facharbeiter — also nur ein Viertel der Arbeiter hatte von Anfang an die Absicht gehabt, in einem Hüttenwerk zu arbeiten. Die

restlichen drei Viertel waren angelernte oder umgeschulte Arbeiter. Ursprünglich hatten 200 von ihnen kaufmännische oder Büroberufe erlernt. 1260 hatten als Metallhandwerker, 230 als Bergleute gelernt, 110 waren ursprünglich Maurer, 260 Zimmerleute und Schreiner gewesen. Außerdem gab es in diesem Hüttenwerk 110 ehemalige Anstreicher, 220 gelernte Bäcker und Konditoren, 90 Metzger, 40 Sattler, 90 Schneider und Schuhmacher, 50 Dachdecker, 40 Gärtner, 20 Köche und Kellner. Und wenn einer sich hätte die Haare schneiden lassen wollen, so hätte er in diesem Hüttenwerk noch 40 gelernte Friseure gefunden.“¹⁾

¹⁾ Dr. W. Burkhard, „Handwerksgesellen in der Industrie“, Ruhr-Wirtschaft, IHK. Dortmund 1962, Heft 12

Die große Masse der Lehrlinge erlernt einen Beruf, mit dem sie nach dreijähriger Lehrzeit nichts anfangen kann. Diese Erscheinung wird sich mit der erst am Anfang stehenden technischen Revolution noch verstärken. Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat berechnet, daß bis 1970 durch die verstärkte Automation in der Bundesrepublik 7 bis 8 Millionen Arbeiter und Angestellte oder jeder dritte Beschäftigte seinen bisherigen Beruf wechseln muß. Die Berufsausbildung ist auf die technische Umwälzung in keiner Weise eingestellt. Die Mehrheit der Jugend wird nicht einmal mit dem erreichten Stand der Technik vertraut gemacht.

Immer noch muß die Masse der Lehrlinge im Handwerk, in kleinen Einzelhandelsgeschäften und Kleinbetrieben der Industrie ein Lehrverhältnis eingehen. Während bei den gewerblichen Lehrlingen im Handwerk auf 100 Beschäftigte (einschließlich der Meister und mitarbeitenden Familienangehörigen) 11 Lehrlinge entfallen, sind es in der Industrie nur 3. In Industriebetrieben bis zu 50 Beschäftigten beträgt die Lehrlingsquote noch 4,7 Prozent, in Großbetrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten nur mehr 2,1 Prozent. Bei den kaufmännischen Lehrlingen entfallen 67 Prozent der Lehrlinge auf Betriebe bis zu 49 Beschäftigten, aber nur 6 Prozent auf Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigte.

Dieser Widersinn, daß im Zeitalter automatischer Taktstraßen, Elektronenmaschinen und hochmechanisierter Fertigungsweise die Masse des Nachwuchses der Arbeiterklasse im Bereich der kleinen Warenproduktion an veralteten Maschinen handwerkliche Fertigkeiten vermittelt bekommt, liegt in der monopolkapitalistischen Gesellschaftsordnung begründet. Durch die aus den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen resultierende Anarchie in der Volkswirtschaft, wird die Nachwuchsentwicklung nicht gelenkt und geplant, sondern über den „Lehrlingsmarkt“ nach Angebot und Nachfrage geregelt. Die Nachfrage von Seiten der Unternehmer ist in den Zweigen am größten, wo die Lehrlinge nur eine geringe Qualifikation erhalten, aber schon während der Lehrzeit in den

Produktionsprozeß eingereiht werden und bei niedrigen Löhnen eine Quelle von zusätzlichem Profit sind. In Großbetrieben mit hochentwickelter Technik, wo die Beschäftigung von Lehrlingen keinen unmittelbaren Profit einbringt und teilweise zusätzliche Kosten verursacht, wird die Zahl der Lehrlinge so klein wie möglich gehalten. Die „Rentabilität“ der übersteigerten Lehrlingshaltung wird noch deutlicher, wenn man die äußerst geringen Lehrlingslöhne betrachtet. Sie liegen im Handwerk zwischen 35 bis 70 Mark im ersten und 55 bis 90 Mark im dritten Lehrjahr. Für ein besseres Taschengeld müssen die Lehrlinge oft das gleiche wie die erwachsenen Arbeiter leisten und werden nicht selten – die Berichte der Gewerbeaufsicht beweisen es immer wieder – zu Überstunden meist ohne Bezahlung gezwungen.

Durch die Lehrlingsschinderei versuchen Handwerker und Einzelhändler dem Konkurrenzkampf der großen Monopole standzuhalten. Die Gewerkschaften müssen den Handwerksmeistern und kleinen Unternehmern zeigen, daß ihre Existenz nicht auf Kosten der Lehrlinge, sondern nur durch die Einschränkung und Überwindung der Macht der Monopole gesichert werden kann. Dieser Kampf der Mittelschichten gegen die Konzerne und ihre Regierung wird die vollste Unterstützung der Arbeiterklasse finden.

Obwohl die fachliche Ausbildung in den Lehrwerkstätten der Großbetriebe relativ besser ist, können nur wenige Jugendliche dort einen Ausbildungsplatz erhalten. Nur etwa 10 Prozent der Lehrlinge der Bundesrepublik können dort unterkommen. Schon am 28. Dezember 1961 schrieb die „Hannoversche Presse“: „Die Lehrwerkstätten der Industrie müssen von 10 Bewerbern 9 abweisen.“ Um nicht für die Konkurrenz Fachkräfte auszubilden, wird die Lehrlingszahl niedrig gehalten. Es werden nur soviel ausgebildet, wie es für den Nachwuchs der künftigen Stammbesatzung, d. h. für Meister, Vorarbeiter, Zeitnehmer und hochqualifizierten Facharbeitern unbedingt notwendig erscheint. Diese Zurückhaltung der Konzerne schließt nicht aus, daß auch dort die Lehrlinge

einer ständig wachsenden Ausbeutung unterliegen. Sie werden schon früh während der Lehrzeit in die Akkord- und Fließbandarbeit einbezogen und ihnen wird nach Lehrabschluß im Alter von 17 bis 20 Jahren der gleiche Lohn für gleiche Arbeit, die die Erwachsenen leisten, vorenthalten. Hinzu kommt, daß in den Großbetrieben die Lehrlinge einer intensiven Unternehmerpropaganda ausgesetzt sind. Mit Hilfe von speziellen Seminaren, Freizeitgruppen usw. werden die Lehrlinge im antigewerkschaftlichen Sinne beeinflusst und sollen nach den Worten des bisherigen Unternehmerschefs Paulssen zu „Mitkämpfern und Mitverteidigern der freiheitlichen sozialen Ordnung“, der monopolkapitalistischen Ausbeuterordnung erzogen werden.

Für die berufliche Qualifizierung gewinnt angesichts der technischen Entwicklung die Vermittlung theoretischer Kenntnisse wachsende Bedeutung. Die Berufsschule in der Bundesrepublik wird dieser Aufgabe nicht im entferntesten gerecht. Nicht einmal die in den Ländergesetzen vorgeschriebene Unterrichtszeit von 8 Wochenstunden wird wegen Mangel an

Lehrkräften und Klassenräumen eingehalten. Nach einer DGB-Untersuchung beträgt die effektive Unterrichtszeit nur 5 bis 6 Stunden in der Woche. In dieser wenigen Zeit ist noch der in den meisten Ländern obligatorische Religionsunterricht von je einer Stunde wöchentlich enthalten, wodurch die Vermittlung von Fachwissen nochmals dezimiert wird.

Ganz anders sind die Verhältnisse in der DDR, wo die wöchentliche Unterrichtszeit 14 Stunden beträgt und auf eine Lehrkraft 23,2 Berufsschüler entfallen gegenüber 93 in Westdeutschland. Eine Fehl Ausbildung von Lehrlingen wie in der Bundesrepublik ist in der Deutschen Demokratischen Republik durch die Planung des Nachwuchsbedarfs weitgehend ausgeschlossen. Die jungen Menschen werden mit der modernen Technik in Lehrningswerkstätten vertraut gemacht und erhalten in den zehnklassigen polytechnischen Oberschulen bereits eine solide Grundlage, während in den westdeutschen Volksschulen von einer Vermittlung naturwissenschaftlicher und technischer Kenntnisse überhaupt nicht gesprochen werden kann.

Gesetze aus dem vorigen Jahrhundert

Die Krise in der westdeutschen Berufsausbildung spiegelt sich im Festhalten an veralteten, z. T. aus Urgroßväterzeiten stammenden gesetzlichen Bestimmungen wider. Für die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft gelten unterschiedliche Bestimmungen, die größtenteils aus dem vergangenen Jahrhundert stammen. Die Ausbildung der Lehrlinge in der Industrie basiert auf der 1869 vom Norddeutschen Bund erlassenen Gewerbeordnung. Zwar gab es einige Pflasterchen in Form von Novellen zur Gewerbeordnung in den Jahren 1897—1908, die jedoch zu keiner grundsätzlichen Änderung führten. Die Ausbildung der kaufmännischen Lehrlinge geht auf das Handelsgesetzbuch aus dem Jahre 1897 zurück und für Bergbau, Bahn, Post und Seeschifffahrt gelten wieder andere Bestimmungen, die auf verschiedene Gesetze verteilt und teilweise heute über 50 Jahre alt sind. Für die Landwirtschaft gibt es überhaupt keine gesetzlichen Bestimmun-

gen, von einigen nichtssagenden Paragraphen im Bürgerlichen Gesetzbuch abgesehen. Die 1953 beschlossene Handwerksordnung, die die Berufsausbildung im Handwerk regelt, ist zwar neueren Datums, aber gleichen Inhalts wie die Gewerbeordnung.

Dieser Gesetzeswirrwarr gibt den Unternehmern eine legale Handhabe, aus den Lehrlingen Profite herauszupressen und verwehrt der Arbeiterklasse jeglichen Einfluß auf die Gestaltung der Berufsausbildung. Kennzeichnend dafür ist die von Unternehmenseite viel gepriesene „Selbstverwaltung“ der Lehrlingsausbildung. Sie liegt fest in den Händen der Unternehmer und ihrer Verbände. Die von den großen Monopolen beherrschten Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Landwirtschaftskammern, Berg-, Bahn- und Postbehörden führen die Lehrlingsrollen und halten die Lehrlingsabschlußprüfungen ab. Die sogenannten Berufsbilder werden von der Arbeits-

stelle für betriebliche Berufsausbildung, einer Institution des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vom Deutschen Industrie- und Handelstag ausgearbeitet und vom Bundeswirtschaftsminister veröffentlicht. Alle anderen Richtlinien, wie Lehrlingsrollenordnung, Musterlehrverträge, Prüfungsbestimmungen, haben keine Gesetzeskraft. Im Handwerk werden die Berufsschullehrer zu den Lehrabschlußprüfungen nicht einmal hinzugezogen, während sie in Industrie und Handel lediglich eine beratende Stimme haben.

In den Berufsausbildungsausschüssen bei den Kammern — sie haben nur eine beratende Funktion — sitzen zwar auch Vertreter der Arbeiterschaft, sie sind jedoch stets in der Minderheit. Beispielsweise setzt sich der Berufserziehungsausschuß des Deutschen Handwerkskammertages aus 15 Unternehmern und 5 Arbeitern zusammen. Von einer Mitbestimmung der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften kann nicht die Rede sein, zumal ihre Vorschläge seit Jahr und Tag ignoriert werden.

Obwohl bekannte bürgerliche Berufspädagogen, wie beispielsweise Prof. Heinrich Abel, feststellen müs-

sen, daß sich in der Bundesrepublik das Berufsausbildungswesen in einer „grundsätzlichen Krise“ befindet³⁾, werden die Unternehmer und die Bonner Regierung nicht müde, die westdeutsche Lehrlingsausbildung mit Lobpreisungen zu überschütten, sie habe sich „hervorragend bewährt“⁴⁾ und sei die beste der Welt.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen 15 Jahren nichts zur Verbesserung der Berufsausbildung getan und trägt wesentlich Schuld an der vorhandenen Bildungsmisere. Angeblich hat sie keine Mittel für die Ausbildungsbeihilfen, neue Berufsschulen, überbetriebliche Lehrwerkstätten usw. Für die atomare Rüstung sind genügend Mittel vorhanden, sogar auf dem Gebiete des Berufsausbildungswesens. Denn Anfang der 60er Jahre wurden speziell Lehrwerkstätten der Bundeswehr eingerichtet, um schon die 14jährigen für den Kriegsdienst zu gewinnen. Die erste dieser Art wurde in Hammelburg (Bayern) eingerichtet. Diese Werkstätten sollen

„dem dringenden Bedarf der Bundeswehr an technischem Nachwuchs abhelfen... Die Bundeswehr hofft, daß sich die Ausgebildeten weiter für den Dienst bei der Truppe verpflichten.“⁴⁾

Vorschläge der Gewerkschaften

Der vom DGB 1962 vorgelegte Entwurf für ein Berufsausbildungsgesetz ist eine gute Diskussionsgrundlage und seine Annahme würde den gegenwärtigen Zustand verbessern. Der Entwurf sieht u. a. vor, daß alle Berufsausbildungsverhältnisse einheitlichen Bestimmungen unterliegen, die überbetriebliche Organisation statt von den Unternehmerverbänden von staatlichen Einrichtungen geleitet wird und auf Bundes-, Länder- und Bezirksebene paritätisch zusammengesetzte Ausschüsse für Berufsausbildung geschaffen werden. Diese Ausschüsse sollen die Aufgabe haben. Be-

rufsbilder, Prüfungsanforderungen usw. auszuarbeiten und die Ausbildung in den Betrieben und Schulen zu überwachen. Hervorzuheben ist besonders die Einrichtung von „öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Lehrwerkstätten, Einsetzung von staatlichen Ausbildungsprüfern, Gewährung von Berufsausbildungsbeihilfen aus staatlichen Mitteln, die Mitwirkung der Berufsschullehrer in den Prüfungskommissionen, Festlegung von Lehrlingshöchstzahlen, Entziehung der Ausbildungsbefugnis bei Verletzung der Pflichten der Ausbilder und nicht zuletzt die vorgeschlagene Formulierung, daß dem „Lehrling nur Arbeiten zugewiesen werden dürfen, die seiner Ausbildung dienen“.

Ohne die positiven Vorschläge des DGB-Gesetzesentwurfes herabmindern zu wollen, ist es notwendig, den Entwurf noch durch eine Reihe von

³⁾ Abel/Groothoff „Die Berufsschule — Gestalt und Reform“. Darmstadt 1959, S. 63

⁴⁾ „Industriekurier“ vom 9. April 1959

⁵⁾ „Wirtschaft und Berufs-Erziehung“, Bielefeld, Nr. 1, Januar 1960, S. 3

wesentlichen Punkten zu ergänzen. Die beginnende technische Revolution macht eine Nachwuchsplanung und Nachwuchsenlenkung dringend erforderlich. Den paritätisch zusammengesetzten Berufsausbildungsausschüssen muß das Recht eingeräumt werden, daß sie bei Berufen, die keine oder fast keine Zukunft haben (Zimmerer, Schneider, Schmied, Schuhmacher usw.), die Ausbildung stark einzuschränken und bei Berufen mit großen Aussichten (Elektromechaniker, technischer Zeichner, Chemotechniker, Programmierer usw.) stark zu fördern.

Im Gesetz muß für die meisten Berufe eine breite Grundausbildung vorgeschrieben sein, die dem künftigen Facharbeiter ein fundiertes Allgemeinwissen besonders auf mathematisch-naturwissenschaftlichem Gebiet sichert, damit er bei etwaigen Produktionsumstellungen durch neue technische Verfahren jederzeit für eine andere Spezialistentätigkeit umgeschult werden kann. Vor allem ist es notwendig, daß die Lehrlinge ein besseres Wissen in den Grundfragen Mathematik, Chemie, Physik usw. erhalten und wissenschaftlich fundierte Kenntnisse vermittelt bekommen. Um das zu erreichen, ist nicht nur eine Ausweitung des Berufsschulunterrichtes auf mindestens 12 Stunden in der Woche erforderlich, sondern auch die Verlängerung der allgemein bildenden Schulen. In einem fortschrittlichen Berufsausbildungsgesetz muß vorgeschrieben sein, daß die Lehrlinge im Geiste des Humanismus, des Friedens und der Demokratie erzogen werden, daß das militaristische Gift aus den Schulen und Ausbildungseinrichtungen verschwindet.

Um die Arbeiterjugend mit dem neuesten Stand der Technik vertraut zu machen, ist neben der vorgesehenen Einrichtung von staatlichen oder gemeinwirtschaftlichen Lehrwerkstätten eine Erweiterung der Lehrlingsausbildung in den Großbetrieben erforderlich. Die Zahl der Lehrlinge müßte mindestens 12 Prozent der in den Großbetrieben beschäftigten Facharbeiter betragen.

Diese Kampfaufgabe bedingt zugleich mehr Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Jugendvertretungen auf die Ausbildung im Betrieb. Im

Betriebsverfassungsgesetz ist zwar im § 56 unter Punkt d) festgestellt, daß der Betriebsrat bei der „Durchführung der Berufsausbildung“ mitzubestimmen hat, jedoch ist ihm kein Einfluß auf die Zahl der sich in Ausbildung befindlichen Lehrlinge gegeben. Die betrieblichen Mitbestimmungsrechte auf dem Gebiet der Berufsausbildung müssen erweitert und präzisiert sowie auf die betriebliche Jugendvertretung ausgedehnt werden. Die KPD unterstützt all diese Forderungen für ein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz und hat im Entwurf der schulpolitischen Grundsätze diese wichtigen Forderungen nochmals bekräftigt.

Der Kampf der Gewerkschaft und der Arbeiterjugendorganisationen für ein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz wird dann erfolgreich sein, wenn er zum Bestandteil des Kampfes zur Zurückdrängung der Macht der Monopole gemacht wird. Je mehr es der Arbeiterklasse gelingt, in Betrieb und Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sich einen größeren politischen Einfluß zu erkämpfen, mehr Mitbestimmung durchzusetzen, umso stärker wird sie und ihre Organisationen, vor allem die Gewerkschaftsjugend, in der Lage sein, eine echte Reform der Berufsausbildung herbeiführen zu können.

Damit ein verbesserter Gesetzentwurf der Gewerkschaft vom Bundestag angenommen wird, genügen nicht nur Protesterklärungen an Regierung und Parlament. Große außerparlamentarische Kämpfe sind notwendig. Angefangen von Flugblattaktionen, von Forderungen an die Bundestagsabgeordneten, über Kundgebungen und Versammlungen bis zu großen Protestdemonstrationen reicht die Skala der notwendigen Schritte. Bei den erforderlichen Auseinandersetzungen sollten die Arbeiterjugendorganisationen die Erfahrungen nutzen, die sie im Kampf für ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz gesammelt haben. Wenn auch dieses Gesetz nicht voll den Forderungen der Jugend entsprach, mußte sich doch der Bundestag unter dem Druck einer großen Massenbewegung bequemen, ein Jugendarbeitsschutzgesetz zu verabschieden. Um ein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz durch-

zusetzen, kommt es vor allem darauf an, daß bei den Aktionen ein einheitliches Handeln aller Arbeiterjugendorganisationen, von Kommunisten und Sozialdemokraten, christlichen und parteilosen Gewerkschaftern hergestellt wird. Dieser Kampf muß durch und mit den Gewerkschaften geführt und zu einer Sache der gesamten Arbeiterklasse werden.

Ebenso notwendig ist es, bei diesem

Kampf mit dem Beispiel der Berufsausbildung in der DDR die Monopole und ihre Regierung zu Zugeständnissen zu zwingen. Eine große Zahl von Jugendfunktionären, Berufsausbildern, Berufsschullehrern usw. sollte in der DDR an Ort und Stelle die sozialistische Berufsausbildung studieren bzw. Fachleute oder Experten aus der DDR in die Bundesrepublik zum Meinungsaustausch einladen.

Verstärkte Massenarbeit fordert Verbesserung unserer Arbeit mit den Kadern!

von WILLI MOHN, MITGLIED DES POLITBÜROS DES ZK DER KPD

Vorbemerkung der Redaktion: Im nachstehenden Artikel wird zu brennenden Fragen der Arbeit mit unseren Kadern Stellung genommen, von deren Lösung die allseitige Verbesserung unserer Massenarbeit und innerparteilichen Tätigkeit abhängt. Dieser Artikel soll als Grundlage für eine Diskussion in allen Grundeinheiten und Parteileitungen dienen. Im Ergebnis dieser Diskussion sollen Festlegungen zur systematischen Förderung und Entwicklung unserer Mitglieder und Funktionäre erfolgen. In Diskussionsbeiträgen, die an die Redaktion „Freies Volk“ und „Wissen und Tat“ gerichtet werden, erwarten wir Meinungen und Vorschläge unserer Grundorganisationen und der Leitungen.

Die Beschlüsse des Parteitagcs 1963 und unserer 2. und 3. ZK-Tagung zeigen der Arbeiterklasse, den Werktätigen und allen friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik den Weg zur Rettung des Friedens, zur Verteidigung der demokratischen Rechte und zu sozialer Sicherheit. Das ist eine Politik, die unserer Bevölkerung den Ausweg zeigt, die aber nur durchgeführt werden kann im harten Kampf gegen die reaktionären Kräfte des Imperialismus und Militarismus in der Bundesrepublik, die die Politik der Revanche und atomaren Aufrüstung betreiben. Das Leben selbst hat die vom Parteitag beschlossene Generallinie, wie sie in der Programmatiscben Erklärung dargelegt ist, bestätigt.

Seit dem Parteitag vermehren sich die Anstrengungen vieler Leitungen und Grundorganisationen, den Einfluß unserer Partei in den vielfältigen Aktionen und Bewegungen zu erweitern. Sie tragen dazu bei, unserer Partei eine größere politische Autorität unter den Massen zu verleihen. Viele Leitungen finden zu einem neuen Arbeitsstil, der auf maximale Ergebnisse in der Massenarbeit zugeschnitten ist.

Es gibt nicht wenige Grundorganisationen, die durch verbesserte politische, ideologische und organisatorische Arbeit ihre Massenbeziehungen erweitern konnten.

Von der Fähigkeit, dem Elan und der Einsatzbereitschaft der ganzen Partei, von den Verbesserungen unserer täglichen Massenarbeit hängt es ab, wie wir die Arbeiter in den Großbetrieben und Gewerkschaften sowie breite Bevölkerungsschichten von der Richtigkeit unserer Politik überzeugen und zum gemeinsamen Handeln mobilisieren. Dazu ist notwendig, mehr als bisher die schöpferischen Fähigkeiten aller Mitglieder und Funktionäre zu wecken und in den Kämpfen voll zu entfalten, und das hängt nicht zuletzt von einer klugen Arbeit unserer Leitungen mit den Kadern ab. Eine zielbewußte Arbeit mit den Kadern erfordert, daß die Auswahl und der Einsatz der Funktionäre und Mitglieder, die Erziehung und Entwicklung der Kommunisten zu mutigen, selbstlosen Kämpfern der Partei zu einem festen untrennbaren Bestandteil jeder Leitungstätigkeit wird.

Besser unter den Massen arbeiten und zu anerkannten Führern der Klasse und der Massen werden

Lenin wies uns mit Recht darauf hin, daß die Kommunisten mit Hilfe der Parteiorganisation in den Massen tätig sein müssen. Die großen Aufgaben der Partei in der Arbeiterklasse werden wir nur dann erfolgreicher verwirklichen, wenn sich unsere Genossen eng mit der Arbeiterklasse verbinden und sich für deren Interessen rückhaltlos einsetzen.

Wir lassen uns dabei von der Erkenntnis leiten, daß

- unsere Politik mit den Interessen breiter Volksschichten, mit vielen Forderungen und Beschlüssen der Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen übereinstimmt;
- die Bedingungen unseres illegalen Kampfes (— ohne den deutschen Imperialismus zu unterschätzen —) andere sind, als zur Zeit des Faschismus.

Nicht überall wird die Forderung des Parteitages — jeder Kommunist ein guter Massenarbeiter — verwirklicht. Es sind noch große Anstrengungen notwendig, um das Sektierertum in der Partei zu überwinden, um zu einer wahrhaft eng mit den Massen verbundenen Partei zu werden. Darum ist es gerade jetzt notwendig aber auch möglich, eine weitere Verbesserung unserer gesamten Kaderarbeit herbeizuführen, die zielstrebig darauf gerichtet ist, unsere Genossen für die Massenarbeit auszurüsten.

Beispielgebend sind solche Kommunisten, die sich mutig zu ihrer Weltanschauung bekennen, offensiv die Wahrheit über die DDR verbreiten, gegen den Revanchismus und Antikommunismus und für die Legalität der KPD einsetzen.

Beispielgebend sind die Genossen einer Betriebsgruppe in NRW, die an der Spitze eines erfolgreichen Lohnkampfes in ihrem Betrieb standen, Initiative an den Tag legten, wodurch das Ansehen der Partei wuchs.

Beispielgebend sind die Genossen, die überall auftreten und für die Partei und ihre Person Ansehen gewinnen.

Beispielgebend sind solche Kom-

munisten, die vor den Schranken der westdeutschen Klassenjustiz offen und mutig die Politik der Partei verfechten und die friedensfeindliche und antidemokratische Politik der Bonner Regierung anprangern.

Immer mehr Genossinnen und Genossen sind bestrebt, in Auswertung des Parteitages und der ZK-Tagungen ihre Isolierung zu überwinden und neue Wege zu beschreiten, um ihre Verbindungen zu den Massen zu erweitern. So brachte ein Genosse auf einer Versammlung in Süddeutschland zum Ausdruck:

„Ich bin schon lange in der Partei und ich war immer stark sektierisch. Früher wurden mir mehrmals Funktionen in der Gewerkschaft angetragen. Immer habe ich sie abgelehnt. Was bin ich heute? Jetzt bin ich in Schlußfolgerung unseres Parteitages Vertrauensmann, habe das Vertrauen meiner Kollegen und werde von ihnen geachtet.“

Mit jungen Gewerkschaftern schaffen wir uns eine Musikgruppe; dabei springt auch etwas für die Partei heraus. Einen jungen Kollegen, der immer zu mir kommt, habe ich schon für die Partei geworben und ich verspreche euch, ich werde bestimmt noch zwei junge Kollegen im Karl-Liebknecht-Aufgebot der Partei zuführen.“

Um zu erreichen, daß alle Genossen zu dieser Erkenntnis kommen, bedarf es einer geduldrigen und beharrlichen Diskussion. Von großer erzieherischer Bedeutung für unsere Genossen ist es, daß die Mitglieder, vor allem die **Leitungen in den Kreisen und Ländern Vorbild sind und selbst mit gutem Beispiel vorangehen**. Es gibt bereits Leitungsmitglieder, die durch ihre gute Gewerkschaftsarbeit in wichtige Funktionen gewählt wurden. Nicht wenige haben dadurch auch ausgezeichnete Verbindungen zu sozialdemokratischen Parteifunktionären. Dadurch wird die Leitungsarbeit praxisverbundener, die Anteilung der Grundorganisationen überzeugender, weil die Genossen aus dem eigenen Beispiel lernen können.

Den Genossinnen und Genossen die in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen Funktionen ausüben, weil sie sich dort durch ihre vorbildliche Arbeit Anerkennung und Achtung erworben haben, muß durch die Parteorganisationen und Leitungen eine ständige Hilfe zuteil werden.

Ein Kommunist muß, wenn er in den Betrieben, Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen fruchtbare Arbeit leisten will, mit der Politik der Partei verbunden sein, fest zu ihrer Politik und zu den Beschlüssen stehen. Er muß sich immer bewußt sein, daß er Kommunist ist. Er muß seine Aufgabe darin sehen, in den Betrieben und Massenorganisationen durch seine Überzeugungsarbeit,

durch seine selbstlose Tätigkeit im Interesse der Mitglieder der Massenorganisationen die Menschen für die Ziele der Partei zu gewinnen.

Indem die Kommunisten in den Massenorganisationen sich offen zu ihrer Weltanschauung bekennen, entlarven sie die Lüge unserer Feinde, die Kommunisten würden die Massenorganisationen unterwandern. Aktive Massenarbeit ist auch der richtige Weg zur Überwindung des Verbots der Partei. In dem Maße, wie es uns gelingt, die Massen für die in der Programmatischen Erklärung dargelegte Politik zu gewinnen, erwächst auch die reale Perspektive für die Legalität der Partei.

Erziehung und Befähigung zur Massenarbeit erfolgt im Kampf und durch das Kollektiv

Die Hauptmethode der marxistisch-leninistischen Erziehung ist der Kampf um die Durchführung der Beschlüsse und die aktive Teilnahme unserer Genossen an allen politischen und sozialen Kämpfen, in denen sie sich zu Vorkämpfern für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt entwickeln. Der tägliche Erziehungsprozeß erfolgt im Kampf der Massen, in den Grundorganisationen und den Leitungskollektiven.

In den Grundeinheiten und Leitungen sind im lebendigen, kollektiven Meinungsstreit die sich aus den Beschlüssen der Partei ergebenden Aufgaben herauszuarbeiten und ihre Durchführung zu kontrollieren. Dort sind die Erfahrungen auszutauschen, um mit positiven Beispielen unsere Genossen zu befähigen, ihre Massenarbeit auf eine neue, höhere Stufe zu heben.

Entsprechend dem Statut sind die Leiter der Parteigruppen und die Sekretäre solcher Grundorganisationen, die nicht in Parteigruppen unterteilt sind, von den Mitgliedern zu wählen. Auf diese Seite unserer innerparteilichen Demokratie wird von Parteileitungen noch zu wenig orientiert. Es ist aber von hohem erzieherischem Wert, unseren Mitgliedern ihr Mitbestimmungsrecht bei der Wahl dieser Funktionäre zu sichern. Da-

durch wird auch ihr Mitverantwortungsgefühl gehoben.

In den Grundorganisationen erhalten die Genossen Hilfe und Unterstützung für die praktische Parteiarbeit. Mit Hilfe von Parteiaufträgen und Selbstverpflichtungen sind sie zu ergebenen und treuen Funktionären der Partei zu erziehen. In den Grundorganisationen sind unsere Mitglieder so zu erziehen, daß sie sich durch ihr vorbildliches Wirken, vor allem in den Betrieben und Gewerkschaften Vertrauen und Funktionen erwerben und dort unsere Politik vertreten und realisieren.

So ist die Wohngebietsgruppe X seit längerer Zeit darum bemüht, die im Parteiaufgebot aufgenommenen drei neuen Mitglieder zu wirklichen Kommunisten zu entwickeln. Ein beachtlicher Erfolg ihrer erzieherischen Arbeit ist, daß einer der jungen Genossen Arbeit in einem Großbetrieb aufnahm. Dort hat er eine Reihe junge Arbeiter für die Gewerkschaft gewonnen und mit Unterstützung von Mitgliedern des Betriebsrates eine Gewerkschaftsgruppe junger Metallarbeiter geschaffen. In Anerkennung seiner vorbildlichen Gewerkschaftsarbeit wählten ihn Anfang dieses Jahres die jungen Arbeiter zum Jugendsprecher. Dieser junge Genosse konnte im Betrieb so gut Fuß fassen, weil die Wohngebietsgruppe einen

älteren, erfahrenen Genossen, der viele Jahre in diesem Betrieb gearbeitet hat, beauftragte, ihm ständig zu helfen und zu beraten.

Der junge und der alte Genosse sind der festen Überzeugung, daß am Ende des Karl-Liebknecht-Aufgebots in dem wichtigen Metallbetrieb eine Betriebsgruppe aus neuen Mitgliedern bestehen wird.

Ein weiteres Beispiel richtiger Erziehungsarbeit gibt eine Kreisleitung in Nordrhein-Westfalen. In langer zielbewußter Anleitung hat sie eine Verbesserung der Arbeit der Grundorganisationen in den Betrieben und eine Verbesserung der Arbeit in den Gewerkschaften und unter der Jugend erreicht. Die Mitgliederzahl wurde verdoppelt. In guter kollektiver Zusammenarbeit wurde den neuen, jungen Mitgliedern Verantwortung übertragen. Im Ergebnis dieser Arbeit haben unsere Genossen heute mehr Gewerkschaftsfunktionen inne als in der legalen Zeit. Die jungen Genossen stellen bereits 50 Prozent der Leitungsmitglieder in den Grundorganisationen. Auch in die Kreisleitung sind neue, junge Genossen einbezogen worden. Die Zusammenarbeit der jungen und alten Genossen ist gut.

Unsere Partei läßt sich in ihrem Tun und Handeln von der Theorie des Marxismus-Leninismus leiten. Sie ist für alle Kommunisten der beste Kompaß für ihre Arbeit, denn „ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis“, lehrt uns Lenin.

Die Hauptmethode der Aneignung unserer sozialistischen Wissenschaft ist das **systematische Selbststudium** der Literatur des Marxismus-Leninismus. Dafür sind unseren Genossen notwendige Hinweise und Hilfe zu geben. Die Schulungsabende in den Grundorganisationen sind regelmäßig durchzuführen, um unseren Genossen marxistisches Wissen zu vermitteln. Alle Schulungsmöglichkeiten und Publikationen sollten weit besser genutzt werden.

Das ZK der SED und der FDGB haben wiederholt die westdeutschen Arbeiter, Sozialdemokraten und Kommunisten in die DDR zu gesamtdeutschen Gesprächen und Studienelegationen eingeladen. Davon muß weit

besser Gebrauch gemacht werden. Es gehört zum Bedürfnis jedes Kommunisten, in der DDR die Praxis des sozialistischen Aufbaus kennen zu lernen. Alle Genossen, die schon an Studienreisen durch die DDR teilgenommen haben, konnten ihr Wissen über den sozialistischen Aufbau, die sozialen Errungenschaften und Einrichtungen, die führende Rolle der SED und die Macht des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates bereichern. Diese neuen Erkenntnisse sind eine große Hilfe für die Arbeit und wappnen die Genossen zum Kampf gegen die verleumderische Hetze gegen die DDR.

Es muß die Sorge jeder Grundorganisation und Kreisleitung sein, daß die jungen, neuen Funktionäre und Mitglieder mindestens innerhalb ihrer ersten zwei Jahre Parteizugehörigkeit die großen Möglichkeiten wahrnehmen, die uns die DDR zum Studium des Sozialismus bietet. Das ist nicht nur ein Problem unserer neuen Mitglieder. Es gehört zum Rüstzeug eines jeden Kommunisten, jedes leitenden Funktionärs konkrete Kenntnisse über die DDR zu besitzen.

Neben der Sorge um die Förderung der neuen Mitglieder und der Funktionäre in den Grundorganisationen ist es notwendig, daß sich die Parteileitungen in den Ländern und Kreisen wohlüberlegte und langfristige Vorstellungen über die weitere Qualifizierung ihrer leitenden Funktionäre machen. Jeder Genosse muß auch eine feste Perspektive für seine weitere Entwicklung in der Partei haben. Dabei ist zu beachten, daß Schwerpunkt-Kreisleitungen und Schwerpunkt-Betriebsgruppen ständig gestärkt werden müssen. Durch eine solche, auf längere Zeit bedachte Planung zur Qualifizierung unserer leitenden Funktionäre werden wir zu einer wesentlichen Verbesserung unserer Kaderpolitik kommen.

Es ist von hohem Wert, daß sich viele unserer Funktionäre ein großes Wissen aus der Schatzkammer des Marxismus-Leninismus aneignen können. Das erleichtert ihnen ihre Arbeit. Sie können sich in schwierigen Lagen zurechtfinden. Fundierte theoretische Kenntnisse führen zu Prinzipienfestigkeit bei Entscheidungen. An

diese Genossen richten wir die Aufforderung, ihr Wissen uneingeschränkt für die Erziehung unserer neuen Mitglieder zur Verfügung zu stellen und in der Schulungsarbeit Initiator zu sein.

Jedoch dürfen wir nicht außer acht lassen, daß mit den Massen eng verbundene und anerkannte Führer und Funktionäre der Partei und der Arbeiterklasse nur im täglichen Klassenkampf, in der Massenarbeit heranwachsen.

Es ist in unserer Parteiarbeit von großer Bedeutung, daß unser Statut als das Grundgesetz unserer Partei ständig bei der Erziehungsarbeit angewandt wird:

- Erziehung zur klassenmäßigen, marxistisch-leninistischen Beurteilung aller Erscheinungen im Kampf der Partei und der Arbeiterklasse, gegen die bürgerliche Ideologie, gegen Dogmatismus und Revisionismus, für die Einheit und Reinheit der Partei.
- Erziehung zu einem richtigen klassenmäßigen Verhältnis zur DDR, dem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat in Deutschland.
- Erziehung zu hoher Parteimoral sowie zur Opfer- und Einsatzbereitschaft für die Sache der Arbeiterklasse und des Volkes, zur Standhaftigkeit gegenüber dem Gegner, zur Solidarität mit den politisch Verfolgten.
- Erziehung zu konsequenter Einhaltung und Verwirklichung der Beschlüsse unserer Partei und zur ständigen Orientierung auf das Neue in der Entwicklung.
- Erziehung zu einem richtigen Verhältnis zur Rolle und zu den Aufgaben der Partei, der richtigen Verbindung von illegaler mit legaler Arbeit, zum kommunistischen Kollektiv, das jeder Genosse für seine eigene Entwicklung braucht.
- Erziehung zur revolutionären Wachsamkeit gegen alle Feinde der Partei und der Arbeiterbewegung.
- Erziehung im Geiste des proletarischen Internationalismus.

Es ist eine zwingende politische Notwendigkeit, daß alle Leitungen der Partei, vom ZK bis zu den Grundor-

ganisationen auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei und des Statuts einer systematischen Entwicklung unserer Mitglieder und Funktionäre größere Aufmerksamkeit schenken.

„Wissen und Tat“, „Freies Volk“, die verschiedenen Schulungsmaterialien und der „Deutsche Freiheitssender 904“ sind für die Erziehungsarbeit eine wichtige Hilfe. Außerdem bedürfen die Grundorganisationen dazu der tatkräftigen Unterstützung aller Parteileitungen.

Die Arbeit und der Umgang mit den Kadern erfordern die Achtung vor jedem Genossen. Besonders unter unseren illegalen Bedingungen sind ein gegenseitiges parteiliches Vertrauensverhältnis, aber auch Offenheit und Ehrlichkeit der Zement unseres Zusammenhalts. Mißtrauen ist in der Arbeit mit den Menschen fehl am Platze. Die Sicherheit der Partei erfordert jedoch, unsere Genossen ständig mit den Regeln der Konspiration vertraut zu machen, sie zu deren Einhaltung zu erziehen, um die Partei und jeden Kommunisten vor Schaden zu bewahren.

Immer muß unser Bestreben sein, alle Kommunisten mit dem Statut vertraut zu machen und sie so zu erziehen, daß sie das Statut in die Tat umsetzen. Dazu ist auch erforderlich, den Genossen in der Überwindung von Schwierigkeiten mit Rat und Tat zu helfen. Ein offenes Gespräch im Kollektiv über Fehler und ernste Mängel in der Arbeit eines aktiven Kommunisten oder an seinem persönlichen Verhalten und Leben hilft, diese Schwächen zu überwinden. Dieser Prozeß geht nicht im Selbstlauf vor sich. Dazu ist notwendig,

„Kritik und Selbstkritik zu entwickeln, um Mängel in der Arbeit aufzudecken und sie beseitigen zu helfen, gegen Selbstzufriedenheit und Schönfärberei und gegen jede Unterdrückung der Kritik zu kämpfen“.

(Aus dem Statut)

Jedes Mitglied unserer Partei hat das Recht, in der Partei Kritik an der Tätigkeit und dem Verhalten der Mitglieder und Funktionäre, ohne Ansehen der Person, zu üben. Es gibt jedoch nach wie vor Funktionäre bei

uns, die die Kritik mißachten und die Selbstkritik nicht als eine ernste Sache betrachten. Eine solche Einstellung ist eines kommunistischen Funktionärs

unwürdig und muß konsequent bekämpft werden, denn in unserer Partei gibt es nicht zweierlei Rechte und Pflichten.

Junge und alte Kader gemeinsam

In der Erziehung und Entwicklung der Funktionäre müssen die Leitungen ihre Aufmerksamkeit vor allem den jungen Kommunisten, deren Zahl durch Neuaufnahmen ständig zunimmt, zuwenden.

Mit dem Parteaufgebot 1962 wurde begonnen, der Überalterung der Parteimitgliedschaft zu begegnen. Widerlegt ist die falsche Auffassung „in der Illegalität könnten keine neuen Mitglieder aufgenommen werden“. Hunderte, meist junge Mitglieder haben das Gesicht der Partei verjüngt. Weitere hunderte junge Arbeiter folgten und wurden in der nachfolgenden Zeit Mitglieder der Partei. Viele von ihnen sind heute in verschiedenen Leitungen und verantwortlichen Funktionen tätig.

Die neuen Mitglieder sind mit großen Erwartungen und Vorstellungen in die Partei gekommen. Sie sind von großem Tatendrang und Wissendurst beseelt. Ihr in unsere Partei gesetztes Vertrauen dürfen wir nicht enttäuschen. Sie sind zu den kollektiven Beratungen und Beschlußfassungen der Grundorganisation hinzuziehen. Sie sind Mitglieder mit allen Rechten und Pflichten des Statuts. Zwei junge Bergarbeiter kritisierten zu Recht ihre Genossen von der Betriebsgruppe, weil sie wohl die Betriebszeitung verteilen dürfen, aber zur Beratung über die Arbeit nicht hinzugezogen werden.

Um die schöpferischen Fähigkeiten junger Genossen zu wecken, ihnen Selbstvertrauen zu vermitteln, sind ihnen ihren Fähigkeiten entsprechend, Parteaufträge zu geben. Werden ihnen jedoch Parteaufträge gestellt, die sie noch nicht zu lösen imstande sind, werden sie entmutigt.

Viele der jungen Mitglieder sind bereits als Jugendfunktionäre in Massenorganisationen tätig. So wurden in einem Kreis im Parteaufgebot 15

junge Mitglieder aufgenommen. 14 dieser neuen Mitglieder, darunter drei Genossinnen, haben Funktionen in Massenorganisationen. Drei Genossen üben in Grundorganisationen verantwortliche politische Funktionen aus.

Die neuen, jungen Mitglieder finden aber nicht in allen Grundorganisationen genügend politische Hilfe und sind mit ihrem Drängen zu größerer Aktivität nicht immer willkommen. Schulmeisterei, Gängeln, Vorurteile und Unduldsamkeit sind fehl am Platze und zum Schaden aller. Notwendig ist, ein gutes Einvernehmen und enges Vertrauensverhältnis mit den neuen, jungen Mitgliedern zu schaffen. Das wird ihr Verantwortungsgefühl heben. Das ist die beste Basis für ein erfolgreiches Zusammenwirken.

Unsere jungen Genossen sind zur Achtung und Wahrung der großen revolutionären Traditionen der Partei und der Arbeiterklasse zu erziehen. Es ist eine Ehrenaufgabe unserer älteren Genossen, den jungen Genossen ihre großen Kampferfahrungen zu vermitteln. Das wird ihnen in ihrer Arbeit helfen und sie werden dafür dankbar sein. So werden unsere jungen und alten Mitglieder und Funktionäre zu einer festen Kampfgemeinschaft zusammenwachsen.

Genosse Chruschtschow sagte auf dem XXII. Parteitag der KPdSU:

„Bei der Arbeit mit den Kadern ist es erforderlich, das Leninsche Prinzip der richtigen Verbindung alter, erfahrener, im Kampf für die Linie der Partei gestählter Mitarbeiter mit jungen, energischen Organisatoren, die die Arbeit gut kennen, streng einzuhalten. Sehr wichtig ist es, in unserer Arbeit die Kontinuität einzuhalten. Sie trägt zur Erhaltung und Entwicklung der besten Parteitraditionen und zum Zustrom junger Kräfte bei, die das Gefühl für das Neue, Initiative in der Arbeit und operatives Handeln auszeichnet.“)

¹⁾ N. S. Chruschtschow „Der Triumph des Kommunismus ist gewiß“, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 138

Wenn dieses Prinzip nicht eingehalten wird treten Störungen auf. Wie wir gegen eine Überalterung der Leitungen ankämpfen, so dürfen wir auf der anderen Seite nicht zulassen, daß die Einbeziehung der alten erfahrenen Kader in die Leitungsarbeit ignoriert wird.

So wurde in einer süddeutschen Stadt die Kreisleitung ausschließlich aus Genossen zusammengesetzt, die nach dem Verbot in die Partei gekommen sind. Da sie die Partei aus der Zeit vor dem Verbot nicht kannten, wirkte sich das nachteilig aus, da mancher erfahrene Genosse und Funktionär unbeachtet blieb. Nachdem ältere Genossen wieder in die Kreisleitung einbezogen worden sind, geht die Arbeit besser voran.

Worauf kommt es jetzt an?

Man muß Schluß machen mit dem alten Trott in unserer Kaderarbeit. Der erfolgreichste Weg zur Verbesserung unserer Arbeit mit den Funktionären ist, sie zu einem festen Bestandteil der Tätigkeit aller Leitungskollektive zu machen und sie nicht einzelnen Genossen der Leitungen zu überlassen. Für die Parteileitungen ergeben sich folgende Aufgaben:

- Einen genauen Überblick über die vorhandenen Funktionäre in ihrem Leistungsbereich verschaffen.
 - Auswahl und Einsatz von Funktionären in Parteileitungen und verantwortliche Parteiarbeit nach dem Prinzip: „Jeder Genosse seinen Fähigkeiten entsprechend am richtigen Platz!“
- Dabei ist der Hinweis Lenins zu beachten, den er im September 1902 in seinem „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“ gab:

„Das Komitee muß danach trachten, eine möglichst weitgehende Arbeitsteilung durchzuführen, eingedenk dessen, daß für verschiedene Seiten der revolutionären Arbeit verschiedene Fähigkeiten erforderlich sind, daß manchmal ein Mensch, der als Organisator völlig unbrauchbar ist, ein unersetzlicher Agitator

Im Verlaufe der Illegalität wurden vielerorts Parteileitungen geschaffen, wie sie unsere Massenarbeit erfordern. Dadurch sind die Leitungen beständiger und aktionsfähiger. In die Leitungen der Partei sind kluge und verantwortungsbewußte Parteifunktionäre mittleren Alters einbezogen worden. Es sind Genossen mit Partei- und Lebenserfahrung, die sich vor dem Klassenfeind bewährt haben.

Die jungen Mitglieder sind also kühn in die verantwortliche Arbeit einzubeziehen. Es kommt aber darauf an, eine gesunde Mischung von alten erfahrenen und neuen, aktiven und fähigen Genossen in den Parteileitungen herbeizuführen. Das betrifft vor allem unsere Grundorganisationen, Stadtteil- und Kreisleitungen.

sein kann, oder ein Mensch, der sich für die strenge konspirative Disziplin nicht eignet, ein ausgezeichnete Propagandist, usw.“)

- Die Leitungen der Partei so zusammenzusetzen, daß sich die verschiedenen Fähigkeiten und Erfahrungen der Leitungsmitglieder ergänzen. Es müssen Genossen sein, die über gute Erfahrungen in der legalen Massenarbeit verfügen, selbständig Politik zu machen verstehen und gute Kenntnisse über ihr Arbeitsgebiet haben. Dadurch erhalten die Leitungen eine feste Beständigkeit und werden häufige Veränderungen vermieden.
- Unter Beachtung des Lebensgesetzes der Partei systematisch neue, junge Funktionäre zu entwickeln, um den Funktionärbestand ständig zu verjüngen und zu vergrößern und die besten von ihnen in die Parteileitungen einzubeziehen. Reservén dafür liegen in der ständigen Werbung neuer Mitglieder, insbesondere in der Gewinnung junger Arbeiterinnen und Arbeiter.
- Die systematische Entwicklung leitender Parteifunktionäre für verantwortliche Führungsaufgaben.
- Bei der gründlichen Auswahl, besseren Einsatz, Förderung und Einschätzung der Funktionäre, wobei jeder Genosse mit seinen Fähigkeiten und Eigenschaften, seinen

*) W. I. Lenin, Bd. 6, S. 234

Mängeln und Schwächen beurteilt werden muß, sind kollektive Entscheidungen der Leitung notwendig. Oft kennen wir unsere Funktionäre nur aus der unmittelbaren Arbeit. Mit ihnen sind persönliche Aussprachen zu führen, um auch ihre Sorgen und Nöte, ihre Familien kennenzulernen. Diese Anteilnahme wird unsere Kampfgemeinschaft festigen.

- In jedem Fall ist mit dem Funktionär, der in eine Leitung einbezogen oder herausgenommen werden soll, ein offenes persönliches Gespräch zu führen, um ihn von der Richtigkeit der festgelegten Maßnahme zu überzeugen. Es darf nicht einfach über den Kopf des Genossen hinweg entschieden werden.

Die Partei hat in der Illegalität viele

positive Erfahrungen gesammelt. Aber vieles muß noch verändert werden. Unsere verstärkten Anstrengungen zur Verbesserung unserer Arbeit mit den Mitgliedern und Funktionären muß zum Ziel haben, solche Kommunisten und Grundorganisationen zu entwickeln, die das Gefühl für das Neue, Initiative, Selbständigkeit und Kühnheit auszeichnet.

In unserer Partei sind viele kampf-erfahrene alte und mutige junge Funktionäre. Sie sind unser goldener Fond. Wenn alle Leitungen sich um den richtigen und vernünftigen Einsatz unserer Funktionäre und Mitglieder sorgen, werden weitere neue Kräfte für die Aktivierung der Grundorganisationen und Leitungen gewonnen zur erfolgreichen Führung unseres Kampfes für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Aus der internationalen Arbeiterbewegung

Für eine neue Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien!

Das ZK der KPdSU hat den Bruderparteien vorgeschlagen, für das Jahr 1965 eine neue Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien einzuberufen. Die überwiegende Mehrheit der Bruderparteien hat diesem Vorschlag zugestimmt. „Wissen und Tat“ veröffentlicht nachstehend Auszüge aus den Zustimmungserklärungen einiger Bruderparteien. SED und KPD haben in Erklärungen und in Reden ihrer führenden Repräsentanten die Notwendigkeit einer internationalen Beratung hervorgehoben und ihre Zustimmung für eine Teilnahme an der Beratung bekundet.

CSSR

„Das ZK unserer Partei“, schreibt das Zentralorgan der KPC, „*Rudé Právó*“, am 12. August 1964, „unterstützt die Vorschläge des ZK der KPdSU und hat seine Entscheidung über die aktive Teilnahme sowohl an den Vorbereitungen der Beratung als auch an ihren eigentlichen Verhandlungen getroffen.“ Gegenwärtig sei eine internationale Beratung der wirksamste Weg zur Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten und zur Festigung der Einheit. Die Zeitung betont, daß alle kommunistischen Parteien für die Einheit verantwortlich sind: „Die überwiegende Mehrheit der Bruderparteien empfindet nicht nur diese Verantwortung und wünscht keine Spaltung sondern weiß auch, daß man die Einheit nicht durch grundsätzliche Konzessionen erreichen

kann, daß sie aber auch nicht im Selbstlauf geschaffen wird.“

Ungarn

„Wir ungarischen Kommunisten sind der Ansicht, daß die Zeit gekommen ist, eine internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien einzuberufen“, heißt es im Zentralorgan der USAP, „*Népszabadság*“ vom 16. August 1964. Die USAP befürwortet auch den Vorschlag der KPdSU, die internationale Beratung durch die Tätigkeit einer Redaktionskommission vorzubereiten. Die Zeitung begründet ihre Zustimmung mit den Veränderungen, die seit 1960 in der Welt vor sich gegangen sind.

Bulgarien

„Das ZK der BKP unterstützt voll und ganz die neuesten Vorschläge und wird sich aktiv sowohl an der Vorbe-

reitung als auch an der Arbeit der Beratung beteiligen“, schreibt das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Bulgariens, „**Rabotnitschesko Delo**“, am 14. August 1964. Die bulgarischen Kommunisten seien überzeugt, daß die kommunistische Weltbewegung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden und unter dem Banner des Marxismus-Leninismus neue Siege erringen wird. Die Zeitung wendet sich gegen die Taktik der Führer der KP Chinas, die zuerst einer Beratung zugestimmt hatten, jetzt aber plötzlich dagegen auftreten, weil sie Zeit für die Fortsetzung ihrer Spaltertätigkeit gewinnen wollen.

Frankreich

Das ZK der KP Frankreichs hat in einem Schreiben dem von der KPdSU vorgeschlagenen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien zugestimmt und die Delegierten für die Redaktionskommission zur Vorbereitung der Beratung benannt. Die „**Humanité**“ stellt zu diesem Schreiben fest, daß die großen Wandlungen, die seit 1960 eingetreten sind, eine neue Beratung erforderlich machen. Eine neue Beratung sei auch deshalb zeitgemäß, weil die Spaltertätigkeit der Führer der KP Chinas den weiteren Vormarsch der sozialistischen und antiimperialistischen Kräfte hemmen könnten.

Spanien

„Die Notwendigkeit einer neuen Konferenz der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung wird heute von der übergroßen Mehrheit der Parteien dieser Bewegung anerkannt“, erklärte der Generalsekretär der KP Spaniens, Genosse **Sanctiagó Carillo**. Die Konferenz werde bestrebt sein, die gegenwärtigen Probleme unserer Bewegung offen und schöpferisch zu behandeln, den Standpunkt der Führer der KP Chinas einer ernsthaften Kritik unterziehen und Wege zur Überwindung der von den chinesischen Führern herbeigeführten Schwierigkeiten zu finden.

Portugal

Im Antwortschreiben auf den Vorschlag des ZK der KPdSU, eine neue internationale Beratung einzuberufen,

weist der Generalsekretär der KP Portugals, Genosse **Cunhal**, darauf hin, daß sich die KP Portugals mehrfach für eine neue Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien ausgesprochen hat. Die KP Portugals hält den vorgeschlagenen Zeitpunkt für richtig. Sie wendet sich gegen die Teilnahme irgendwelcher Spaltergruppen, die in einigen Ländern zusammengezimmert wurden.

Indien

Die Kommunistische Partei Indiens hat den Vorschlag zur Einberufung einer neuen internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien begrüßt. Wie die indische Zeitung „**Patriot**“ am 18. August 1964 mitteilte, hat sich die Partei in einem Schreiben außerdem bereit erklärt, zu den Beratungen im Dezember 1964 eine Delegation unter Leitung des Vorsitzenden der KP Indiens, Genossen **Dange**, zu entsenden.

Australien und Chile

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich die kommunistischen Parteien Australiens und Chiles für die Einberufung einer neuen Beratung ausgesprochen. Sie wenden sich entschieden gegen die von den chinesischen Führern betriebene Spaltungspolitik und betonen ihre Treue zu der gemeinsam vereinbarten Generallinie der kommunistischen Weltbewegung.

Argentinien

Das ZK der KP Argentinien hat sich in einer Erklärung für eine neue Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien ausgesprochen. „Gegenwärtig ist eine solche Lage entstanden, in der es unbedingt erforderlich ist, eine derartige Beratung zum frühest möglichen Zeitpunkt durchzuführen.“ Wie das ZK weiter feststellt, kann und muß die KPdSU die Organisation dieser Beratung übernehmen, so wie das auch bei der Beratung im Jahre 1960 der Fall war.

Weitere Zustimmungserklärungen zu den Vorschlägen der KPdSU haben die Bruderparteien in Kanada, Italien, Finnland, Österreich, Dänemark, Griechenland, Libanon, Zypern, Israel, Irak, Ceylon, Peru, Paraguay, Uruguay, Martinique und aus anderen Ländern abgegeben.

Leser fragen – wir antworten

„Wissen und Tat“ erhielt von Lesern Zuschriften mit der Anfrage: Wie die Redaktion die gesellschaftliche Stellung und die Kandidatur Goldwaters einschätze. „Wissen und Tat“ veröffentlicht als Antwort nachfolgend aus der Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 9/1964, Auszüge aus dem Beitrag:

Die Goldwater-Gefahr

Die Aufstellung Goldwaters ist ein Ausdruck der Krise des amerikanischen Imperialismus angesichts der stürmischen revolutionären Prozesse, die für unsere Epoche charakteristisch sind. Das ist ein Versuch der Reaktion, die Entwicklung der positiven Erscheinungen der letzten Zeit aufzuhalten, die ihren Ausdruck in der internationalen Entspannung und in der immer breiteren Anerkennung der Konzeption der friedlichen Koexistenz als der einzigen Form der Beziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung fanden. Das ist ein Versuch der reaktionärsten Kräfte in den USA, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Daß sich die Ultras – und keineswegs die sogenannten alten Konservativen, wie das einige politische Kommentatoren behaupten – der Republikanischen Partei bemächtigt haben, ist eine neue und besonders gefährliche Erscheinung, die nicht nur das amerikanische Volk angeht, sondern auch die Völker der ganzen Welt. Die Ergebnisse des Kongresses der Republikanischen Partei und insbesondere der Charakter der von ihnen angenommenen Wahlplattform zeugen von einer immer deutlicheren Herausbildung des reaktionärsten Blocks sowohl innerhalb als auch außerhalb der beiden traditionellen bürgerlichen Parteien.

Der Prozeß der politischen Umgruppierung entwickelte sich bereits seit längerer Zeit. Daß sich die Ultras der Republikanischen Partei bemächtigt haben, ist alles andere als ein Zufall. Die Reaktion hat recht lange und ernsthaft die Möglichkeit studiert, eine Bewegung für die Schaffung einer dritten Partei zu organisieren, die alle reaktionärsten Kräfte in den USA vereinen sollte. Doch die Hintermänner

der Reaktion gelangten zu dem Schluß, daß es zur Verwirklichung ihrer unheilvollen Ziele notwendig ist, sich einer der traditionellen Parteien zu bemächtigen, sich mit ihrer Respektabilität zu tarnen und auf diese Weise die eigenen wahren Ziele zu verschleiern. Deshalb gaben sie die Pläne zur Schaffung einer dritten Partei auf und setzten alle Kräfte zur Eroberung der Republikanischen Partei ein.

Die Ermordung Kennedys war eines der Kettenglieder dieser Verschwörung.

Die Verwandlung der Republikanischen Partei in die Hauptstütze der Ultras ist keine zeitweilige Erscheinung, verursacht durch taktische Erwägungen und auf die bevorstehenden Präsidentenwahlen beschränkt. Sie ist ein wichtiger Wendepunkt im politischen Leben der USA und hat weitreichende Folgen, die sich unabhängig vom Ausgang des bevorstehenden Wahlkampfes auch nach den Wahlen auswirken werden. Das Hauptziel dieses neuen reaktionären Blocks ist die Ergreifung der Staatsmacht, die Beseitigung der wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Errungenschaften, die das amerikanische Volk so mühevoll erkämpft hat. Nach einer Erklärung des führenden Funktionärs der Kommunistischen Partei der USA, Gus Hall, „stehen die USA vor der reaktionärsten Herausforderung, sie sind auf eine Kraft gestoßen, die die bloße Existenz unserer demokratischen Einrichtungen gefährdet, auf eine widerliche Kraft, die alle Errungenschaften unseres Volkes zu vernichten und den Erdball in einem Kernwaffenkrieg zu verheeren droht...“

Den amerikanischen Kommunisten gebührt das große Verdienst, mit als

erste, lange vor der Herausbildung des reaktionären Goldwater-Blocks, die demokratischen und linken Kräfte vor der Unterschätzung der unheilvollen Verschwörungen der Ultras gewarnt zu haben. Die Entstehung des Goldwater-Blocks hat gezeigt, daß die Kommunisten recht hatten und daß diejenigen, die sie mit den Worten „so etwas kann es bei uns nicht geben“ der Aufbauschung der ultrarechten Gefahr beschuldigten, sich jetzt davon zu überzeugen beginnen, daß derartiges in den USA geschehen kann. Diese Menschen sehen jetzt, daß der Faschismus in seiner amerikanischen Ausgabe es verstanden hat, in den USA große Erfolge auf dem Wege zur Eroberung der Staatsmacht zu erringen. Goldwaters Anhänger begreifen, daß sie mit einer Unterstützung des offenen Faschismus durch die Massen ebenso wenig rechnen können, wie sie auf die Gewinnung der Massen durch die offen ultrarechten Organisationen hoffen konnten. Deshalb müssen Goldwaters Anhänger zur raffiniertesten demagogischen Tarnung Zuflucht nehmen und sind bestrebt, hinter einer politischen Partei versteckt vorzugehen.

Ähnlich wie der Hitlerfaschismus versuchen sie, die echte Opposition gegen die Macht der Monopole für die eigenen reaktionären Zwecke auszunutzen. Gerade die Verbindung dieser und anderer Faktoren gibt der Goldwater-Clique die Massenbasis. Es wäre für die demokratischen Kräfte in den Vereinigten Staaten die größte Gefahr, wenn sie die Kräfte des reaktionären Goldwater-Blocks und seiner Anhänger unterschätzen würden.

Hinter der Tarnung und der hemmungslosen Demagogie, hinter dem Rauchschleier des Antikommunismus verbergen sich mächtige antidemokratische und kriegslüsterne monopolistische Kräfte. Das monopolistische Lager der USA ist von einem schweren Konflikt erfaßt. Er findet seinen Ausdruck im Kampf zwischen den monopolistischen Gruppen des Nordostens, den Morgans, Rockefellers, Mellons, Duponts u. a., sowie den Monopolen des Westens und des Südwestens, den Erdölmagnaten und Monopolen aus Texas, die sich am Wettrüsten und an Kriegsvorbereitungen bereichern. Das ist ein Konflikt zwischen den alten

mächtigeren Monopolen und den „Neureichen“.

Die Kommunisten und die demokratischen linken Kräfte berücksichtigen diesen Konflikt im Lager der Monopolisten und seine politische Widerspiegelung innerhalb und außerhalb des Zweiparteien-Systems. Eben deshalb machten die amerikanischen Kommunisten einen Unterschied zwischen den Ultras und der Kennedy-Regierung und waren bestrebt, die Regierung durch Massenaktionen unter Druck zu setzen und damit dem von den Rechten ausgeübten Druck entgegenzuwirken. Nach der Eroberung der Republikanischen Partei durch die Ultras besteht der strategische und taktische Hauptkurs darin, alles nur Mögliche zu tun, um alle demokratischen Kräfte für die Beseitigung der Goldwater-Gefahr zu aktivieren und zusammenzuschließen.

Die Kommunisten der USA lehnen die Theorie ab, wonach die Einstellung „Je schlimmer, desto besser“ zur Verteidigung der Demokratie, der sozialen Sicherheit, der Bürgerrechte und des Weltfriedens führt. Diese Philosophie bedeutet im Grunde, daß die Arbeiterklasse die Strategie und Taktik annehmen soll, die den Machtantritt der reaktionärsten monopolistischen Kräfte fördern würde. Das ist ein Teil eben der Philosophie, wonach der Weg zum Sozialismus über den Kernwaffenkrieg führt.

Der Weg zu der neuen demokratischen Alternative, dem weiteren sozialen Fortschritt und dem Frieden verläuft über die Verteidigung und allmähliche Erweiterung der mühevoll erkämpften Reformen sowie über die Isolierung und Zerschlagung der reaktionärsten Kräfte. Dieser Entwicklungsweg wird letztlich zu den sozialistischen Vereinigten Staaten führen. Die Kommunisten der USA, die das Volk dazu aufrufen, Goldwater eine Niederlage beizubringen, billigen die Politik der Johnson-Regierung nicht und verlassen sich nicht auf sie. Sie waren zur Regierung Kennedy recht kritisch eingestellt und behalten die gleiche kritische Einstellung zur Regierung Johnson bei.

Sie begreifen, daß nur der kämpferische Druck der Massen der Arbeiter-

klasse, des Negervolkes, der demokratischen und friedliebenden Kräfte die Regierung Johnson zum Widerstand gegen den Druck von rechts zwingen und zu bedeutenden Erfolgen für die Sache der Demokratie und des Friedens innerhalb und außerhalb des Landes führen kann.

Es kommt vor allem darauf an, die demokratische Bewegung für eine entfaltete Offensive zu mobilisieren, zu organisieren und mitzureißen. Welcher Art die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des demokratischen Lagers auch sein mögen — das erste Gebot des gegenwärtigen Augenblicks ist die Einheit zur Abwendung der Gefahr des Faschismus und des Krieges.

Es gibt allen Grund, für die Überzeugung, daß die demokratischen Kräfte es verstehen werden, ihre Interessen zu vertreten. Sie werden ihre Reihen enger schließen und Goldwater sowohl im eigenen Interesse als auch im Interesse der Völker der Welt eine vernichtende Niederlage bereiten.

J. Thomas

Tatsachen aus der DDR

Aus der Bilanz der 15 Jahre

15 Jahre nach ihrer Gründung ist die DDR einer der führenden Industriestaaten der Welt. In der Produktion pro Kopf der Bevölkerung belegt sie unter den modernen Industriestaaten einen der vordersten Plätze bei vielen wichtigen Erzeugnissen. Insgesamt wurde die industrielle Produktion von 1950 bis 1963 auf 345 Prozent gesteigert.

Das in der DDR erzielte durchschnittliche Wachstumstempo übertrifft das der modernen kapitalistischen Industriestaaten Europas zum Teil erheblich. Das 1963 produzierte Nationaleinkommen entspricht dem in den Jahren 1951 und 1952 zusammen produzierten Nationaleinkommen.

Der Anteil der DDR am Außenhandelsumsatz der RGW-Länder betrug 1963 14,7 Prozent und lag damit an zweiter Stelle hinter der Sowjet-

union. Vom Außenhandelsumsatz der DDR entfielen 1963 allein 75 Prozent auf die Länder des RGW, darunter mehr als 50 Prozent auf die UdSSR. Das zeigt die besonders engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, die durch den im Juni 1964 abgeschlossenen Freundschaftsvertrag noch enger gestaltet werden. So ist z. B. vorgesehen, im Zeitraum von 1966 bis 1970 etwa 100 Chemieanlagen für mehrere Milliarden Mark zu produzieren. Die Sowjetunion wird der DDR durch ihre Lieferungen eine wesentliche Hilfe bei der Durchführung der technischen Revolution leisten.

Insgesamt betreibt die DDR mit über 100 Ländern Außenhandel.

Große Erfolge in der Produktion und beim Verbrauch

In den 15 zurückliegenden Jahren wurden durch die zielstrebige Arbeit der Millionen Werktätigen sozialistische Produktionsverhältnisse geschaffen. Gleichzeitig entstand eine breite ökonomische Basis. Das drückt sich in der erreichten Zunahme der Produktion wichtiger Erzeugnisse pro Kopf der Bevölkerung aus.

Vom bedeutenden Anstieg der Produktion zeugen u. a. diese Daten: Die Produktion von Fernsehgeräten betrug in den Jahren 1962 und 1963 zusammen 1,041 Millionen Stück. Im Zeitraum 1956 bis 1960 (5 Jahre) wurden ebensoviel produziert (1,050 Millionen Stück).

Bei Kühlschränken betrug die Produktion 1962 und 1963 zusammen über 436 000 Stück. Demgegenüber wurden von 1955 bis 1960 (6 Jahre) über 344 000 Stück produziert.

Die Ausstattung der Haushalte in der DDR mit hochwertigen Konsumgütern nimmt von Jahr zu Jahr zu. Pro 100 Haushalte betrug die Ausstattung bei Fernsehgeräten im Jahre 1958 noch 5, 1963 dagegen 38, bei Kühlschränken 1958 noch 2, 1963 dagegen 16, bei elektrischen Waschmaschinen 1958 2, 1963 dagegen 18. Das heißt, mehr als jeder dritte Haushalt besitzt heute ein Fernsehgerät und fast jeder fünfte Haushalt eine elektrische Waschmaschine.

Hohe Leistungen in der Landwirtschaft

Die zielstrebige Produktionssteigerung der Industrie führte dazu, daß der Landwirtschaft hochwertige Produktionsmittel in immer größerem Umfange zur Verfügung gestellt werden konnten.

Der Bestand an Traktoren wurde von etwa 36 000 im Jahre 1950 auf über 111 000 im Jahre 1963 erhöht. Während somit 1950 je 1000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 5,6 Traktoren bereitstanden, waren es 1963 18,9 Traktoren. Die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeit hat große Fortschritte erzielt.

Sozial- und Kulturerfolge

In den 15 Jahren des Bestehens der DDR wurden nicht nur große Fortschritte im Verbrauch an Waren erreicht, sondern auch eine vorbildliche soziale, kulturelle und gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung geschaffen. Deutlicher Ausdruck hierfür sind die Aufwendungen des Staatshaushaltes für diese Zwecke.

So wuchsen beispielsweise die Ausgaben für Volkbildung, Berufsausbildung und Sport von 1951 bis 1963 von 1,2 Md. Mark auf 3,3 Md. Mark, für das Gesundheitswesen von 5,4 Md. Mark auf 15,0 Md. Mark und für Wissenschaft und Kultur von 0,9 Md. Mark auf 2,3 Md. Mark.

Insgesamt wurden damit im Jahre 1963 pro Kopf der Bevölkerung für kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke rund 1200 Mark aufgewandt.

Hunderttausende Werktätige sind in der Bewegung des künstlerischen Volksschaffens tätig. Eine große Bewegung des Lernens hat das gesamte Volk erfaßt. Das Volk nimmt Besitz von seinen geistigen Gütern.

In diesem Prozeß entwickelte sich die künstlerische Selbstbetätigung der Werktätigen. 1962/1963 bestanden 133 Arbeiter- und Bauerntheater. Über 4200 Ensemblemitglieder dieser Theater spielten in 2433 Vorstellungen vor über 800 000 Besuchern. 12 000 bis 15 000 junge Menschen bewarben sich im Rahmen der Sendereihe „Herzklopfen kostenlos“, von denen 1200 in öffentlichen Sendungen auftraten.

Berufsausbildung in der DDR

Bedeutende Mittel stellt der Staatshaushalt der DDR jährlich für die Berufsausbildung zur Verfügung. Allein im Jahre 1962 waren es 583,4 Millionen. Die Ausgaben für berufsbildende Schulen liegen in der DDR im Jahre 1962 mit über 50 DM je Kopf der Bevölkerung wesentlich höher als die in Westdeutschland, wo es nur knapp 20 DM sind.

Etwa 90 Prozent aller Schulabgänger der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule erlernen einen Beruf. Dabei wächst von Jahr zu Jahr die Zahl der Lehrlinge, die ihre Lehre nach Abschluß der 10. Klasse beginnen. Waren dies 1958 erst 14,8 Prozent, so stieg die Zahl bereits im Jahre 1963 auf 61,3 Prozent an.

1962 standen insgesamt 260 266 Lehrlinge in der Lehrausbildung. Hinzu kommen noch die 252 456 Oberschüler der 9. bis 12. Klasse, die entweder eine berufsvorbereitende oder an den erweiterten Oberschulen sogar eine abgeschlossene Facharbeiterausbildung erhalten. Der größte Teil der Lehrlinge wird in der Industrie, in der Landwirtschaft und in der Bauwirtschaft ausgebildet. 1962 erhielten 93 930 Lehrlinge den Facharbeiterbrief.

Während der Lehrzeit und ein Jahr nach Abschluß besteht für die Jugendlichen Kündigungsschutz. Am Tage des Berufsschulbesuches dürfen sie nicht im Lehrbetrieb beschäftigt werden.

An den 1133 Berufsschulen in der Deutschen Demokratischen Republik gab es im Jahre 1962 über 13 000 vollbeschäftigte Lehrer, auf eine Lehrkraft kamen 23,2 Schüler. In der Berufsschule werden neben berufspraktischem und theoretischem Wissen die Kenntnisse der Jugend besonders in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern, aber auch in den allgemeinbildenden Fächern vertieft.

Die Berufsausbildung in der Deutschen Demokratischen Republik sieht 14 Wochen-Stunden theoretischen Unterricht vor, darunter drei Stunden für mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer, jeweils eine für Deutsch, Staatsbürgerkunde, Russisch und zwei Stunden für Sport.

Die Berufsausbildung in der Industrie und Landwirtschaft wird ständig auf der Grundlage der neuesten wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse verbessert.

Die Frauen und Mädchen wirken in allen Bereichen der Gesellschaft aktiv an der Gestaltung unseres sozialistischen Lebens mit. In der DDR wurde die Sehnsucht aller Mütter nach Frieden und einem sicheren Leben für ihre Kinder Wirklichkeit. 47 Prozent aller Arbeiter und Angestellten in der Volkswirtschaft der DDR sind Frauen und Mädchen.

Staat der Jugend

Der jungen Generation wurden und werden in der DDR alle Möglichkeiten Jugend in noch stärkerem Umfang in die Leitungs- und Führungstätigkeit des Staates und der Wirtschaft einzubeziehen. So sind von den Abgeordneten der Volkskammer 13 Prozent und in den örtlichen Volksvertretungen 15 Prozent Jugendliche. Die Gestaltung der demokratischen Rechte der Frauen und der Jugend ist eine Pioniertat der sozialistischen Republik für das ganze deutsche Volk.

In der DDR existiert seit Jahren keine einklassige Schule mehr, während sich in Westdeutschland die Zahl der Einklassenschulen von 5600 im Jahre 1950 auf über 8000 im Jahre 1963 erhöht hat. In der DDR kommen auf 100 000 Einwohner 600 Studierende an Universitäten und Hochschulen, in der Bundesrepublik dagegen nur 370. Für das Bildungswesen gibt die Deutsche Demokratische Republik pro Kopf der Bevölkerung jährlich 312 Mark aus; sie steht damit in der Welt an vierter Stelle.

In der Bundesrepublik dagegen betragen die Pro-Kopf-Ausgaben für das Bildungswesen jährlich 108 DM, womit sie auf dem 22. Platz in der Welt steht. Für die achtehnmonatige Ausbildung eines Bundeswehrsoldaten aber werden 18 000 DM ausgegeben.

Forschung und Bildung

Seit der Gründung der DDR wurden für die Forschung nahezu 11 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Es entstanden in dieser Zeit die Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und die Deutsche Bauakade-

mie. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften entwickelte sich immer mehr zu einem Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit und erweiterte ihre Tätigkeit vor allem auf den naturwissenschaftlichen, medizinisch-biologischen und technischen Gebieten. Allein an der Deutschen Akademie der Wissenschaften wurden in diesen 15 Jahren über 80 Institute neu gegründet und aufgebaut. Gleichzeitig entstanden in der Industrie eine Vielzahl großer Forschungszentren und Institute.

Eine der ersten Maßnahmen der Arbeiter-und-Bauern-Macht bestand darin, die Tore der Universitäten und Hochschulen den Arbeiter- und Bauernkindern zu öffnen und alle schöpferischen Kräfte des Volkes zu entfalten, für ihre allseitige Bildung geboten. Nachdem die Grundrechte der jungen Generation verwirklicht wurden, sieht nunmehr das Jugendgesetz vor, die Heute sind in der DDR mehr als 55 Prozent aller Studierenden Arbeiter und Bauern.

Seit der Gründung der DDR wurden insgesamt 20 neue Hochschulen und 100 Fachschulen der verschiedensten Wissenschaftsgebiete gegründet und erbaut.

Auf Grund dieser einzigartigen Förderung der Wissenschaften sind heute in der DDR nahezu eine halbe Millionen Menschen mit Hoch- und Fachschulbildung tätig. Die Mehrzahl aller in der Volkswirtschaft tätigen Hoch- und Fachschulkader erhielt ihre Ausbildung nach 1945. In der DDR studierten 1963 an Universitäten und Hochschulen im Direktstudium 78 400 Studenten, darunter 39 550 Arbeiter- und Bauernkinder; an Fachschulen fast 52 800 Studenten, darunter über 35 000 Söhne und Töchter von Arbeitern und Bauern.

Mit einer Jahresproduktion von sechs Büchern pro Kopf der Bevölkerung steht die DDR heute an vorderster Stelle in der Welt. Das Buch gewann eine stets wachsende Bedeutung im Leben unserer Gesellschaft. Ein weitverzweigtes Netz wissenschaftlicher und allgemeinbildender Bibliotheken und Museen wurde geschaffen und ausgebaut, das Millionen von Menschen aller Bildungs- und Altersstufen betreut.

Außenpolitik

Die wachsende ökonomische Stärke der DDR, ihre konsequente Friedenspolitik und ihre zunehmende Autorität machten alle Versuche des westdeutschen Imperialismus zunichte, sie zu isolieren.

Die reaktionäre Hallstein-Doktrin wurde durchbrochen. Die Deutsche Demokratische Republik unterhält mit 49 Staaten verschiedener Gesellschafts-

systeme diplomatische, konsularische oder wirtschaftliche Beziehungen. Sie erweitert ihre freundschaftlichen Beziehungen zu den jungen Nationalstaaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und bekämpft dadurch wirksam den Neokolonialismus der imperialistischen Bundesrepublik. Diese Außenpolitik hat entscheidend dazu beigetragen, dem deutschen Namen in der Welt wieder Ansehen und Geltung zu verschaffen.

INHALT

Seite

Beileidsschreiben der KPD zum Ableben von Otto Grotewohl 3

Ein neues Blatt der Geschichte ist aufgeschlagen

Aus der Rede Walter Ulbrichts auf der Festveranstaltung
15 Jahre DDR 4

Der gefährliche Kurs der chinesischen Führer 16

Die Notstandsgesetze müssen verhindert werden 19

Ausmaß und Gefahren der Rüstungsproduktion
in der Bundesrepublik 25

Das Bündnis der Arbeiter und Bauern und der Getreidepreis 30

Der Kampf der Gewerkschaften für ein
fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz 36

Verstärkte Massenarbeit fordert Verbesserung
unserer Arbeit mit den Kadern 41

Aus der internationalen Arbeiterbewegung:

Für eine neue Beratung der kommunistischen
und Arbeiterparteien 48

Leser fragen — wir antworten:

Die Goldwater-Gefahr 50

Tatsachen aus der DDR 52